Die kommunalen Unternehmungen in ihrer Bedeutung für den ſtädtischen Haushalt der Nachkriegszeit.

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Rechts- und Wirtschaftswissen-
schaftlichen Fakultät der Univer-
sität Rostock.

Vorgelegt von
Max Blume
Diplomvolkswirt
aus Bonn.

1931
Druck: Heinrich Pöppinghaus, o. H.-G., Bochum-Langendreer.

Referent: Professor Dr. Heinrich Mannstaedt.

Tag der mündlichen Prüfung: 27. Juni 1931.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Inhaltsverzeichnis.

Seite

A. Einleitung: Ziel der Arbeit. Klarlegung einiger Begriffe 1

B. Hauptteil:

1. Kapitel: Die städtischen Unternehmungen in ihrer Bedeutung für den städtischen Haushalt bis zur Steuerreform 6

I. Vor dem Kriege 6
1. Die Ausgaben 6
2. Die Einnahmen 8
3. Die Überschüsse der Unternehmungen im besonderen 9
4. Die Stellung der Überschüsse der Unternehmungen im Rahmen des Gesamthaushalts 26

II. Während des Krieges 47

2. Kapitel: Die kommunalen Unternehmungen in ihrer Bedeutung für den städtischen Haushalt der Nachkriegszeit 48

I. Die heutige Regelung der Ausgaben und Einnahmen 48
1. Die Ausgaben 48
2. Die Einnahmen 52

II. Die Einnahmen der Unternehmungen im besonderen 56
1. Die Gesamtüberschüsse der Unternehmungen in ihrer Stellung im städtischen Haushalt 56
2. Der Anteil der vier Hauptunternehmungen am Gesamtüberschuß der Unternehmungen 70
3. Die Ursachen der Steigerung der Überschüsse der Unternehmungen 71
4. Zusammenfassung 107
5. Die übrigen Unternehmungen 110

C. Schluß: Ausblick 117

Vorwort.

Die Arbeit verdankt ihre Entstehung dem Interesse des Verfassers für kommunalpolitische Fragen. Aus einem ursprünglich recht weit gesteckten Plane erfolgte die Beschränkung auf dieses, heute wohl im Mittelpunkt des Interesses stehende Teilgebiet städtischer Finanzpolitik. Meinen Dank möchte ich vor allem Herrn Professor Dr. Mannstaedt aussprechen, der in regster Weise an dem Werden der Arbeit Anteil nahm und dem ich viele wertvolle Anregungen verdanke. Herrn Professor Dr. Weigmann verdanke ich ebenfalls Unterstützung mit Rat und Tat. Ferner möchte ich den Städten und privaten Gesellschaften meinen Dank aussprechen, die mir durch Beantwortung der Anfragen die Durchführung der Untersuchung ermöglichten, insbesondere auch dem deutschen Städtetage für seine wertvolle Unterstützung. Der Stadtverwaltung der Seestadt Rostock verdanke ich nicht nur zahlreiche und wertvolle Anregungen, die ich während meiner informatorischen Tätigkeit erhielt, sondern auch Unterstützung durch Literatur.

Der Verfasser.

Einleitung.

Ziel der Arbeit. Klarlegung einiger Begriffe.

Die vorliegende Arbeit soll als ein Beitrag zu den Problemen auf dem Gebiete des Finanzausgleichs aufgefaßt werden. Ausgehend davon, welche Stellung die Einnahmen aus den städtischen Unternehmungen vor dem Kriege hatten, will sie deren Bedeutung für den heutigen städtischen Haushalt auf Grund statistischer Unterlagen herausarbeiten, eine Bedeutung, die sich zunächst zeigt in der Steigerung der Überschüsse der städtischen Werke und in ihrem Anteil im wachsenden Kommunalhaushalt, die sich aber erst voll erschließt, wenn dargelegt wird, in welcher Weise die steigenden Überschüsse erzielt worden sind. Jedoch wird sich hierbei auch ergeben, daß eine solche Steigerung, wenn sie eine gesunde Fortführung der Unternehmungen nicht gefährden soll, den Städten nur innerhalb gewisser Grenzen möglich ist.

Da also einer Steigerung der Einnahmen der Unternehmungen enge Grenzen gesetzt sind, andererseits aber die Einahmen der Kämmereiverwaltungen dauernd in ihrer Bedeutung für die Einnahmeseite des städtischen Haushalts zurückgegangen sind, so ergibt sich aus vorliegender Untersuchung der zwingende Schluß, daß eine Änderung der augenblicklichen katastrophalen Finanzlage der Städte nur von zwei Seiten her möglich ist. Einmal durch einen Abbau der den Städten auferlegten Aufgaben und damit ein Sinken der Ausgaben und zum andern durch eine Neuregelung der Steuerverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, also durch eine Änderung des Finanzausgleichs.

Bevor wir jedoch mit unserer Untersuchung beginnen, müssen zuerst noch einige Begriffe klargestellt werden. Zunächst der Begriff „Unternehmung". Die kommunale Literatur trennt zwischen Anstalten und Betrieben. Erstere werden von der Stadt in gemeinnützigem Sinne betrieben und dienen teils hygienischen Zwecken, teils kulturpolitischen Aufgaben der Städte. Hierunter sind zu zählen: „Markthallen, Kanalisation, Straßenreinigung, Hauskehrichtabfuhr, Krankenanstalten.

Friedhöfe, Theater, Orchester usw." [1]) Die Anstalten sollen sich nach Möglichkeit von den eingehenden Gebühren erhalten; eine Erwerbsabsicht liegt nicht vor.

Im Gegensatz hierzu stehen die Betriebe, bei denen eine Erwerbsabsicht vorliegt. „Das Maßgebende für die Definition ist nicht, ob ein Gewinn tatsächlich erzielt wird — das Unternehmen kann auch mit Verlust abschließen —, sondern die Absicht einer Gewinnerzielung". [2]) In demselben Sinne äußert sich auch Eheberg in seinem im Handwörterbuch der Staatswissenschaften veröffentlichten Artikel: „Gemeindefinanzen". [3])

Hierunter fallen: „Wasser-, Gas-, Elektrizitäts- und Umformerwerke; Straßenbahnen, Kleinbahnen, Omnibusse; Stadtbanken, Girokassen; Leihämter; Hafen, Lagerhäuser, Hafengelände, Hafenbahnen; Flughäfen; Ziegeleien, Grubenwerke, Steinbrüche; Apotheken; Stadthallen, Gastwirtschaften, Kellereien, Brauereien; landwirtschaftliche Betriebe; Forsten; Badeverwaltungen in Kurorten; Reklamewesen und sonstige privatwirtschaftliche Betriebe." [4]) Ferner kommen noch die Vieh- und Schlachthöfe hinzu.

Diese Unterscheidung entspricht jedoch nicht den wissenschaftlichen Anforderungen, da hier den Begriffen „Betrieb" und „Unternehmung" ein feststehender Inhalt gegeben worden ist. Amonn unterscheidet 4 Arten von der Form nach privatwirtschaftlichen Betrieben öffentlicher Gemeinwesen und zwar ist das Einteilungsmerkmal das Prinzip, welches für die Einnahmegewinnung ausschlaggebend ist. „Geht der Staat darauf aus, gerade das zu erzielen, was auch ein privatwirtschaftlicher Unternehmer im Tauschverkehr erzielen würde, dann haben wir eine ‚privatwirtschaftliche Unternehmung'. Geht er aber darauf aus, prinzipiell vielleicht nur Kostendeckung zu erzielen (oder vielleicht nicht einmal das in vollkommener Weise, sondern nur die Deckung gewisser Kosten, Betriebskosten o. dgl. u. U. auch etwas mehr als Kostendeckung ohne den privatwirtschaftlich möglichen Gewinn zu erzielen) und läßt er im übrigen andere Gesichtspunkte für die Führung der Unternehmung entscheidend sein und zwar „öffentliche", d. h. solche des Gemeininteresses (volkswirtschaftliche, sozialpolitische u. dgl.), dann liegt eine ‚öffentliche Unternehmung' (im materiellen Sin-

1) Statistisches Jahrb. Deutscher Städte, 23. Bd. S. 296.
2) Dr. Majerczik: Kommunale gewerbliche Unternehmungen S. 3.
3) Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl. 4. Bd. S. 808.
4) Statistisches Jahrb. Dtsch. Städte, 23. Bd. S. 295.

ne) vor. Geht der Staat überhaupt nicht darauf aus, Einnahmen von irgendwie bestimmter Höhe zu erzielen, dann haben wir eine ‚öffentliche Anstalt' (wie Museen, Schulen, Bildungsanstalten, Kranken- und Pflegeanstalten u. dgl.); ist schließlich die Absicht darauf gerichtet mehr zu erzielen, als ein privater Unternehmer erzielen würde, so liegt eine ‚Finanz-' oder ‚fiskalische' Unternehmung vor." [5])

Es deckt sich also der in der Kommunalliteratur gebräuchliche Begriff „Betrieb" mit dem der „privatwirtschaftlichen Unternehmung" bei Amonn, während die kommunale „Anstalt" bei ihm in „öffentliche Unternehmung" und „öffentliche Anstalt" zerfällt. Da vorliegender Arbeit die klare Unterscheidung Amonns zu grunde gelegt wurde, ist also im folgenden unter den städtischen Unternehmungen dasselbe wie unter dem Begriff „Betrieb" in der kommunalen Literatur zu verstehen.

Die Tabellen, auf denen ja die vorliegende Arbeit im wesentlichen aufgebaut ist, sind, wenn nicht etwas anderes angegeben ist, dem Statistischen Jahrbuch Deutscher Städte entnommen, oder nach dessen Angaben berechnet und nach den Erfordernissen der Arbeit zusammengestellt worden. Dieses Werk bringt seit dem Jahre 1890 fortlaufend Angaben über die einzelnen Etatpositionen der Städte, die in zahlreichen Tabellen und Abschnitten nach einzelnen Aufgabengruppen gesondert geordnet sind. Leider wurde durch den Krieg und die Inflation die Veröffentlichung unterbrochen.

Da sich die Angaben nur auf die Städte über 50 000 Einwohner beziehen, so behandelt die vorliegende Arbeit auch durchweg nur diese Städte. Wenn auch hierdurch die zahlreichen Kleinstädte von 10—50 000 Einwohnern nicht behandelt werden, so schien es doch geboten sich auf die Städte zu beschränken, für die ins einzelne gehende Angaben vorliegen. Im großen und ganzen gelten jedoch die hier gewonnenen Ergebnisse für sämtliche deutschen Städte.

Nach ihrer Einwohnerzahl werden die Städte in drei Größengruppen eingeteilt: Gruppe A umfaßt die Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern, Gruppe B die Städte mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern und Gruppe C die Städte von 50—100 000 Einwohnern. Im ersten Band des Statistischen Jahrbuchs deutscher Städte, der nach dem Kriege erschien (Bd. 22), gab es statt der einen Gruppe C zwei Gruppen C und D für

5) Handbuch der Finanzwissenschaft, Amonn: Prvatwirtschaftliche Einnahmen, S. 335.

die Städte mit 75 bis 100 000 und 50 bis 75 000 Einwohnern; diese Aufteilung wurde aber schon im nächsten Band wieder aufgegeben und hat deshalb in unserer Arbeit auch keine Beachtung gefunden.

Die Einreihung der Städte für die Jahre 1925 bis 1929 erfolgte nach dem neuesten (25.) Band des Statistischen Jahrbuchs. Wenn auch hierdurch eine kleine Ungenauigkeit Platz gegriffen hat, insofern als z. B. Hagen erst für 1928 in Gruppe B aufgeführt wird, während es vorher Gruppe C zugerechnet wurde, so schien es doch besser, diesen kleinen Fehler mit in Kauf zu nehmen und einen guten Vergleich zu ermöglichen, als wenn dieser dadurch erschwert wurde, daß dieselbe Stadt bei zwei verschiedenen Städtegruppen angeführt worden wäre. Dasselbe gilt auch für die Vorkriegszeit, wenn auch hier der Fehler dadurch größer wird, daß 22 Jahre behandelt werden, während sich unsere Untersuchung nach dem Kriege auf nur vier Jahre erstreckt.

Vor dem Kriege war es im Statistischen Jahrbuch Deutscher Städte Brauch, die Städte innerhalb der Größengruppen alphabetisch geordnet anzuführen. Da in der Nachkriegszeit dieser Standpunkt zu Gunsten der Ordnung nach der Einwohnerzahl auch innerhalb der Städtegruppen aufgegeben wurde, wurden der Einheitlichkeit wegen in vorliegender Arbeit auch für die Vorkriegszeit die Städte genau nach ihrer Einwohnerzahl geordnet, und zwar nach dem Stande vom 1. April 1914.

Hamburg, Bremen und Lübeck schieden bei unserer Untersuchung aus, da sie Stadtstaaten sind, also nicht Städte im eigentlichen Sinne des Wortes. Rüstringen wurde nicht mit angeführt, da seine Angaben für 1925 nur auf Grund einer fehlerhaften Berechnung der Einwohnerzahl im 22. Bd. des statistischen Jahrbuchs aufgenommen worden waren.

Da wir es hier nur mit den laufenden jährlichen Einnahmen und Ausgaben zu tun haben, so sind sämtliche angeführten Ziffern dem ordentlichen Haushalt der Städte entnommen. Das Extraordinarium interessiert uns in diesem Zusammenhang nicht.

Da die verschiedene Kaufkraft der Mark heute und vor dem Kriege einen direkten Vergleich der absoluten Zahlen nicht zuläßt, wurden Verhältniszahlen berechnet, so daß es doch möglich ist, einen Vergleich zwischen dem prozentualen Anteil der Einnahmen der Unternehmungen im Rahmen der Gesamteinnahmen einer Stadt heute und vor dem Kriege durchzuführen.

Über das Zahlenmaterial ist noch kurz folgendes zu sagen. Die Angaben des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte für die Vorkriegszeit sind Ist-Zahlen, d. h. sie sind erst nach Abschluß der einzelnen Rechnungsjahre von den Städten mitgeteilt worden. Dagegen beziehen sich die Angaben für die Nachkriegszeit — mit Ausnahme natürlich der Zahlen der Abnehmer und der Preise der einzelnen Werke — auf die Voranschläge, sind also Soll-Zahlen. Trotzdem glaubten wir einen Vergleich durchführen zu können, da, auf die Dauer gesehen, alle Etats eine kontinuierliche Kette bilden, einer sich aus dem anderen ergibt und auf ihn aufbaut.

Hauptteil.

1. Kapitel.

Die städtischen Unternehmungen in ihrer Bedeutung für den städtischen Haushalt bis zur Steuerreform.

I. Vor dem Kriege:

Der Aufbau des ersten Teiles des ersten Kapitels ist so gedacht, daß zunächst in den Abschnitten „Die Ausgaben" und „Die Einahmen" sowie „Die Einnahmen der Unternehmungen im besonderen" — bei letzterem allerdings durch einige Tabellen unterstützt — ein Überblick über die vor dem Kriege geltende Regelung gegeben werden soll. Im letzten Abschnitt „Die Stellung der Einnahmen der Unternehmungen im Rahmen des Gesamthaushalts" sollen dann zahlreiche Tabellen die Ausführungen unterstützen und bestimmte Schlüsse ermöglichen. Beginnen wir daher zuerst mit der Darstellung der Ausgaben.

1. Die Ausgaben.

Wir können die gesamten Ausgaben, die eine Stadt im Rahmen ihres Haushaltsplanes leistet in zwei große Gruppen einteilen: in freiwillige und in Pflichtausgaben. Professor Hensel, der zwischen „staatlichen Auftragsangelegenheiten und kommunalen Selbstverwaltungsangelegenheiten" unterscheidet, definiert erstere wie folgt: „Bei ihnen bedient sich der Staat entweder der Gemeinde als solcher oder eines bestimmten Gemeindeorgans, (des Bürgermeisters, Magistrats), um bestimmte Aufgaben durchzuführen, deren Erfüllung im vom Staate wahrzunehmenden öffentlichen Interesse liegt." [1]) Hierunter fallen in der Hauptsache die Aufwendungen für Schulen und Polizei, in der Gegenwart die Ausgaben für das Wohlfahrtswesen.

1) Hensel, Kommunalrecht und Kommunalpolitik in Deutschland S. 126.

Eheberg gibt in seinem Aufsatz „Gemeindefinanzen“ [2]) für das Jahr 1907 folgende Reihenfolge für die städtischen Ausgaben: Den höchsten Aufwand erforderte das Schulwesen; es folgten dann der Reihe nach: Bildung und Kunst, Bauverwaltung, Armen-, Waisen- und Krankenhausverwaltung, Polizei, allgemeine Verwaltung, Kämmereiverwaltung (im engeren Sinne. D. Verf.), Steuerverwaltung und Schuldendienst.

Im folgenden sollen nun kurz die einzelnen wichtigsten Aufgabengebiete besprochen werden. Beginnen wir mit dem Schulwesen.

Wir können das gesamte Schulwesen in zwei Hauptgebiete zerlegen: in die Volksschulen und in die Mittel-, Fach- und höheren Schulen. Das Volksschulwesen ist geregelt durch das Volksschulunterhaltungsgesetz vom 28. VII. 1906. Hiernach trägt die Gemeinde die sachlichen Schullasten wie überhaupt die Errichtung und Unterhaltung der Volksschulen den Gemeinden obliegt. Jedoch beteiligt sich der Staat hieran in Form von Zuschüssen, die sich nach der Zahl der schulpflichtigen Kinder richten (Beschulungsgeld). Die persönlichen Lasten werden von Staat und Gemeinde getragen.

Zur Errichtung von Volksschulen sind die Gemeinden gesetzlich verpflichtet. Dagegen werden die Aufwendungen für Mittelschulen, für das gesamte höhere Schulwesen, die Volkshochschulen sowie für die Fach- und Berufsschulen zum weitaus größten Teil von den Gemeinden als freiwillige Ausgaben getragen. Lediglich zu dem Zwecke, ihren Bürgern eine umfassende Bildung zu ermöglichen, haben die Städte aus eigenem Antrieb heraus diese Bildungsanstalten ins Leben gerufen und geben alljährlich große Summen für ihre Unterhaltung und Ausbau aus. Eng mit diesen kulturfördernden Bestrebungen hängen die Ausgaben für Theater, Konzerte, Museen usw. zusammen.

Unter Bauverwaltung, die in der Reihenfolge der Ausgaben an zweiter Stelle genannt wurde, verstehen wir einmal die ganze Tätigkeit der Städte in Bezug auf Hoch- und Tiefbau, also etwa: Bau von Unterführungen, Bau von Brücken über einen Fluß, Aufführung neuer Theater, Museen, Schulen usw. Dann aber sind hierunter auch in weiterem Sinne die Ausgaben für die Ausgestaltung der Städte zu verstehen: Anlage und Unterhaltung von Straßen, Plätzen und Grünflächen, Durchbruch und Niederlegung älterer Straßen-

2) Eheberg, a. a. O. S. 803.

züge zur Schaffung großer Ausfallstraßen für den stets wachsenden Verkehr, kurz alle Bestrebungen, die eigene Stadt in baulicher Hinsicht zu fördern und zu verschönen. Eng hiermit hängt auch die Aufgabe der Baupolizei zusammen, die durch Festsetzung von Bebauungsplänen und Fluchtlinien die ganze Planung der Städte einem großen, einheitlichen Gesichtspunkt unterwirft. Daneben besteht noch eine wichtige Aufgabe für sie darin, durch Beratung bei der Vorlage von Neubauplänen für ein einheitliches Gesamtbild eines Straßenzuges oder eines Stadtteils Sorge zu tragen. In dieser Richtung sind auch im wesentlichen die Ursache für die städtische Grundstückspolitik zu suchen.

Die Kosten der Polizei, soweit sie städtisch war, hatten die Gemeinden allein zu tragen. Die gesamte Materie war von den Ländern einheitlich durch Gesetz geregelt worden. Die grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen für Preußen finden sich im allgemeinen Landrecht für die preußischen Staaten vom 5. II. 1794 Teil II Titl. 17 §§ 10—14 und im Gesetz über die Polizeiverwaltung vom 11. III. 1850. Jedoch war ihre Ausführung den Gemeinden übertragen worden. Und nicht nur auf dem Gebiete der Sitten- und Kriminalpolizei, sondern auch durch die Kontrolle der Lebensmittel, durch Marktpolizei, durch Schlachthofzwang usw. wird wertvolle Arbeit für Leben und die Gesundheit der Bürger geleistet.

Die Ausgaben der Städte für das Wohlfahrtswesen nahmen nur einen beschränkten Raum im Gesamthaushalt ein. Wohl gab es damals schon Krankenfürsorge, Armenfürsorge, Alterspflege u. drgl. Aber einmal bot sich hier der privaten Initiative ein weites Feld der Betätigung und zum anderen war Deutschland damals ein emporblühendes Land, das eine Arbeitslosigkeit und ein wirtschaftliches Elend, wie sie heute vorherrschen, nicht kannte.

Nachdem wir so mit ein paar kurzen Strichen die Hauptaufgabengebiete der Städte und damit ihre hauptsächlichsten Ausgaben gezeichnet haben, wollen wir uns im folgenden den Einnahmequellen der Städte zuwenden.

2. Die Einnahmen.

Im allgemeinen spielen im ordentlichen Haushalt der Städte drei Arten von Einnahmequellen eine Hauptrolle: 1) Die Gebühren, 2) die Steuern und 3) die Überschüsse aus den Unternehmungen der Städte. Unter Gebühren — auch Einnahmen aus der Verwaltung genannt — verstehen wir diejenigen Ein-

nahmen, welche als „Entgelt für einen einzelnen Leistungsfall der Gemeinde bezw. deren Verwaltungsorgane oder Veranstaltungen“ [3]) erhoben werden.

An zweiter Stelle haben wir die Steuern als wesentlichen Bestandteil der städtischen Einnahmen zu nennen. Die Haupteinnahmequelle der Städte war vor dem Kriege die Einkommensteuer, die rund die Hälfte des gesamten Steuereinganges ausmachte. Das Einkommensteuergesetz, das für viele Staaten in Deutschland zum Vorbild genommen wurde, wurde am 24. 6. 1891 in Preußen durch den damaligen Finanzminister v. Miquel erlassen. Die Länder erhoben die Steuer und die Gemeinden hatten hierzu ein Zuschlagsrecht. Die Zuschläge errechneten sich nach den Staatssätzen, waren aber örtlich recht verschieden (Steueroasen!). In Verbindung mit dem Dreiklassenwahlrecht lag der große erzieherische Wert dieser Steuer darin, die Stadtverordneten zu einer sorgfältigen und sparsamen Verwaltung anzuhalten, da sie ja die bewilligten Ausgaben selbst tragen mußten. „Es konnte sich jeder Stadtverordnete sozusagen im Augenblick ausrechnen, welche Auswirkung die neubeschlossene Ausgabe in seinem eigenen Privathaushalt zeitigen werde.“ [4])

Von der anderen Hälfte erbrachten die Realsteuern — Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern — rund 40 % und in den Rest teilten sich einige kleinere Steuern wie die Hundesteuer, Vergnügungssteuer, Wertzuwachssteuer und Verbrauchsteuern; letztere hauptsächlich vom Bier.

Unter den Haupteinnahmequellen der Städte hatten wir an dritter Stelle die Einnahmen aus den Unternehmungen der Städte genannt. Da diesen im Rahmen unserer Arbeit eine bevorzugte Rolle zukommt, wollen wir nachfolgend in einem besonderen Abschnitt näher hierauf eingehen.

3. Die Einnahmen der Unternehmungen im besonderen.

Die gewerbliche Tätigkeit der Städte reicht bis weit ins Mittelalter zurück. Aus dieser Zeit datiert bei vielen Städten ihr Besitz an Forsten und Landwirtschaft, an Mühlen und Kellereien usw. Aber als die direkten Vorläufer der heutigen Entwicklung können sie nicht angesehen werden. „Der absolute Staat nahm im 17. und 18. Jahrhundert den Gemeinden neben der politischen auch die wirtschaftliche Selbständigkeit.“ [5])

---

3) Bleicher, Kommuanale Finanzwirtschaftslehre. In: Handbuch der Finanzwissenschaft, 2. Bd., S. 390.
4) Hensel, a. a. O. S. 115.
5) Staats-, Gemeinde- und akadem. Schwartzsche Vakanzenzeitung, 56. Jahrgang, Nr. 21. Dassel.

Ferner aber waren auch die Einnahmen, die die Städte aus dieser erwerbswirtschaftlichen Tätigkeit bezogen, nicht allzu groß. Dr. Majerczik schreibt hierüber: „Die deutschen Städte betreiben zwar schon seit Jahrhunderten gewerbliche Anlagen, aber erst in den letzten drei Jahrzehnten hat diese Betätigung einen solchen Umfang angenommen, daß sie finanziell von größerer Bedeutung ist.“ [6]) Da dieses Buch 1919 veröffentlicht wurde, verlegt Dr. Majerczik also den Zeitpunkt des Beginns der finanzwirtschaftlichen Bedeutung der Unternehmungen in die Zeit um 1890.

Wenn auch eine Behandlung der wichtigsten städtischen Unternehmungen unter dem Gesichtspunkt ihrer finanziellen Ergebnisse erst vom Jahre 1890 ab einsetzen kann, so sei es doch gestattet, einen kurzen historischen Rückblick auf die Entwicklung der wichtigsten städtischen Unternehmungen zu geben. Wir sind uns dabei bewußt, etwas vom vorgesteckten Wege abzugehen, glauben aber mit Hinsicht auf die Bedeutung, welche gerade diese Unternehmungen für den städtischen Haushalt hatten und auch heute noch haben, dem Leser diese kleine historische Übersicht schuldig zu sein.

Da man auch nach dem Erlaß der Steinschen Städteordnung den Städten nur Hoheitsrechte zuerkennen wollte und da außerdem in dieser Zeit der beginnenden Industrialisierung das wirtschaftliche Risiko für jedes Unternehmen ein mehr oder weniger großes war, finden wir in den Städten zuerst fast überall eine Gründung der sog. „Versorgungsbetriebe“ (Gas, Wasser, Elektrizität) durch Private. „1825 wurde in Hannover von einer englischen Gesellschaft das erste Gaswerk in Deutschland errichtet; es war eine Privatunternehmung mit langjähriger Konzession.“ [7]) „In den rheinischen Landen wurden die ersten Gaswerke in Elberfeld und Aachen in den Jahren 1837 und 1838, und zwar ebenfalls von Privatgesellschaften gegründet.“ [8]) Allmählich folgten dann die anderen Städte nach; so Berlin, Dresden, Frankfurt a. M. u. a. m. Zuerst stand bei allen diesen Gründungen das Bestreben im Vordergrund, die öffentliche Beleuchtung der Straßen zu verbessern.

Es war üblich, den privaten Gesellschaften eine langfristige Konzession zu erteilen. Diese hatten dann an die Stadt

---

6) Dr. Majerczik, a. a. O., S. 1.

7) Lueken, Die Verwaltung städtischer Betriebe, Ztschr. f. Kommunalwirtschaft, 15. Jg. Nr. 12.

8) Dr. Schillo, Die Gasversorgung in der Rheinprovinz, Ztschr. f. Kommunalwirtsch, 15. Jg. Nr. 10.

eine Konzessionsabgabe zu zahlen, die sich nach der Höhe des Konsums richtete. Daneben hatten sie Gas unentgeltlich für die städtische Beleuchtung zu liefern.

Die Wasserwerke, die kurz hiernach gegründet wurden, gingen schon ziemlich bald in das Eigentum der Städte über, da ja die Sorge für die Gesundheit der Bevölkerung, die sehr wesentlich mit gutem Wasser zusammenhängt, eine wichtige Aufgabe der Städte ist.

In den 60er und 70er Jahren wurden dann ebenfalls von privaten Gesellschaften die ersten Straßenbahnunternehmungen ins Leben gerufen. Zuerst 1865 in Berlin; es folgten dann Hamburg (1866), Stuttgart (1868), worauf in den 70er und 80er Jahren die anderen größeren Städte nachfolgten. Die Wagen wurden teils von Pferden, teils von Dampflokomotiven gezogen. „Bis zum Jahre 1892 gab es keine Stadt mit eigener Straßenbahn." [9]) Als erste Stadt erwarb Düsseldorf eine eigene Straßenbahn. Die anderen Städte folgten diesem Beispiele und „kauften vorhandene Privatbahnen oder stellten neue Linien betriebsfertig her." [9])

Diese Entwicklung zog sich bis ins erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts hinein. Gerade bei den Straßenbahnen war die Überführung in städtische Regie dadurch erleichtert worden, daß mit Einführung der Elektrizität die Pferdebahnkonzession nicht verlängert wurde.

Lediglich der Vollständigkeit halber sei hier schon erwähnt, daß es auch schon vor dem Kriege eine gleislose Straßenbahn mit elektrischer Oberleitung in Mülhausen i. E. gab.

Im Statistischen Jahrbuch Deutscher Städte finden wir auch die Angaben über die ersten Elektrizitätswerke; Metz (1885) und Berlin (1886) waren hier wohl die ersten Gründungen.

Nach 1870 setzte dann eine Bewegung ein, die bisher privaten Unternehmungen in die Regie der Städte zu überführen. Die Verträge mit den privaten Gesellschaften, die abgelaufen waren, wurden nicht mehr erneuert, sondern die Werke wurden von den Gemeinden übernommen oder aber die Städte bauten sofort eigene Werke. Diese Bewegung nannte man mit einem damals viel gebräuchlichen Wort: „Munizipalisierung". Diese Bewegung erfaßte zuerst die Wasserwerke, ergriff dann die Schlachthäuser und schließlich folgten die Gaswerke in

9) Statistisches Jahrbuch deutscher Städte, Bd. 20, S. 253.

den 80er und 90er Jahren. Die starke Ausdehnung bestehender und der Bau neuer Gaswerke in den 90er Jahren, besonders für die Zwecke der Beleuchtung ist auf die Erfindung des Auerschen Gasglühlichtes zurückzuführen. Die Kommunalisierung der Elektrizitätswerke, die in den 80er und 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts begann, zog sich bis in den Anfang des 20. Jahrhunderts hin. „Dann erst entwickelte sich allmählich die Tätigkeit der Städte auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung und Einrichtung für Handel, Industrie und Gewerbe.“ [10])

Kurz erwähnt soll noch werden, daß das heute so aktuelle Problem der Ferngasversorgung schon bis in die Vorkriegszeit zurückgeht. Im Jahre 1903 finden wir hierzu die Anfänge in Hamburg und Lübeck.

Der Hauptgrund für die Übernahme der bisher privaten Unternehmungen in städtische Regie war neben finanziellem Interesse der Umstand, daß die Städte glaubten, mit kommunalen Unternehmungen sei das Allgemeininteresse ihrer Einwohner mehr gesichert. In der Tat ergaben sich daraus, daß die private Unternehmung in erster Linie auf eine möglichst gewinnbringende Gestaltung des Unternehmens hinarbeitete, während die Städte daneben noch allgemeine Kommunal- und sozialpolitische Momente gewahrt wissen wollten, oft unerquickliche Differenzen. Durch die Übernahme der Unternehmungen in eigene Regie war es den Städten dagegen möglich gemacht, diese beiden Gesichtspunkte gegeneinander abzuwägen. Bei der Behandlung der Unternehmungen der Nachkriegszeit werden einige Einzelheiten berührt werden. Außerdem spielte bei der Übernahme auch noch die Absicht eine Rolle, hierdurch in technischer und sozialer Hinsicht vorbildliche Musterbetriebe zu schaffen.

Wenden wir uns nach dieser kurzen Übersicht wieder unserem eigentlichen Thema, den Einnahmen der Unternehmungen zu.

Das Statistische Jahrbuch Deutscher Städte bringt nur für die beiden Vorkriegsjahre 1911 und 1912 — sehen wir von dem ersten Versuch einer derartigen Finanzübersicht in Bd. 18 des Jahrbuchs ab — eine Übersicht darüber, wie die Bedeutung der verschiedenen Unternehmungen für den städtischen Haushalt sich im Laufe der Jahre verändert hat, wie der Überschuß stetig gewachsen ist.

---

10) Bleicher, a. a. O., S. 430.

Es werden für die Jahre von 1890 bis 1911 (für das letztere nur teilweise) die Überschüsse für die Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke und Straßenbahnen angeführt, um so einen Überblick über deren Entwicklung zu geben. Der Grund dafür, daß die Überschüsse der einzelnen Jahre vom Verfasser in einem Fünfjahresdurchschnitt zusammengezogen wurden, war einmal der, daß bei Veröffentlichung der Zahlen für die 27 Jahre vor dem Kriege der Leser durch die Fülle der Zahlen erdrückt worden wäre; weiterhin läßt sich aus diesen Jahresdurchschnitten die Gesamtentwicklung besser herauslesen und werden Schwankungen einzelner Jahre ausgeglichen. Zu beachten ist hierbei, daß es sich bei diesen Zahlen um Angaben in Vorkriegsmark handelt; ein direkter Vergleich mit den absoluten Zahlen der Nachkriegszeit ist daher nicht möglich.

Trotzdem bei manchen Städten für einzelne Jahre, ja mitunter für eine Reihe von Jahren (dies gilt besonders für die ersten Jahre der Veröffentlichung) keine Angaben vorhanden waren und sich somit oft ein lückenhaftes Bild vor unseren Augen zeigt, glaubte der Verfasser doch nicht nur die Städte, bei denen vollständige Angaben für alle Jahre vorliegen in den Tabellen bringen zu müssen; sondern um ein möglichst breites und ausführliches Bild zu geben, wurden auch diese spärlichen Angaben mit in den Tabellen verarbeitet.

Tabelle 1.

Überschüsse der Gaswerke
(in 1000 Mk.).

Städte	Durchschnittsertrag der Jahre					
	1890	1891–94	1895–98	1899–1902/03	1903–06/07	1907/08
1	2	3	4	5	6	7
Städtegruppe A.						
Berlin	4.843	3.967	7.069	8.437	11.045	12.884
München *)	-			954	1.599	2.200
Leipzig	71	386	1.019	1.184	1.871	2.279
Dresden	344	408	1.118	1.864	2.344	2.626
Köln	653	666	1.364	1.849	2.141	2.581
Breslau	366	241	839	897	2.332	2.789
Düsseldorf *)	328	315	619	892	1.335	1.795
Nürnberg		203	682	854	1.322	1.845
Charlottenburg *)	251	60	744	1.143	2.074	3.106
Essen *)		33	171	346	627	519
Stuttgart *)				283	703	954
Magdeburg		229	642	817	1.041	1.083

Tabelle 1.

Überschüsse der Gaswerke
(in 1000 Mk.)

Städte	Durchschnittsertrag der Jahre 1890	1891–94	1895–98	1899–1902/03	1903–06/07	1907/08
1	2	3	4	5	6	7
Königsberg	128	234	268	—104	801	1.289
Duisburg *)	59	37	161	288	272	395
Stettin *)			232	417	812	916
Mannheim *)		237	459	574	721	757
Kiel *)		7	136	280	540	507
Städtegruppe B.						
Danzig *)	203		284	353		554
Halle		106	267	362	446	567
Altona			309	573	769	787
Elberfeld *)		434		815	874	925
Barmen *)		379	532	573	638	727
Posen *)		68	94	69	397	518
Cassel *)		73	128	268	395	501
Bochum *)		50	186	233	379	284
Augsburg						268
Bln.-Lichtenberg						230
Braunschweig		54	163	234	337	404
Karlsruhe *)		282	491	597	808	650
Crefeld *)			452	505	788	813
Mülheim/Ruhr						279
Plauen *)		38	179	253	582	646
Mainz *)			206		342	
Wiesbaden		152	332	444	602	539
Spandau *)			105	115	110	
Rixdorf					641	1.073
Städtegruppe C.						
Oberhausen						115
Hagen						178
Ludwigshafen						124
Bonn						189
Würzburg *)			196	212	323	424
Freiburg			216	322	417	403
Darmstadt	68				348	469
Görlitz		54	124	146	206	356

Tabelle 1.

Überschüsse der Gaswerke
(in 1000 Mk.)

Städte	Durchschnittsertrag der Jahre 1890	1891–94	1895–98	1899–1902/03	1903–06/07	1907/08
1	2	3	4	5	6	7
Bielefeld						384
Offenbach						344
Remscheid						229
Zwickau *)			47	179	301	405
Beuthen						107
Osnabrück						243
Fürth						385
Harburg						85
M.-Gladbach						397
Liegnitz *)		44	94	67	159	192
Rostock						146
Bromberg						248
Coblenz						504
Elbing						103
Kaiserslautern						201
Mülheim a. Rh.						168
Brandenburg						223

Zu der Tabelle der Überschüsse der Gaswerke sind noch folgende Angaben zu machen:

München: Sp. 5: Die Angaben für das Jahr 1899 fehlen.
Düsseldorf: Sp. 3: Die Angaben für das Jahr 1893 fehlen.
Charlottenburg: Sp. 3: Die Angaben für das Jahr 1894 fehlen.
Essen: Sp. 4: Die Angaben für das Jahr 1898 fehlen.
Essen: Sp. 5: Die Angaben für das Jahr 1902/03 fehlen.
Stuttgart: Sp. 5: Die Angaben für das Jahr 1899 fehlen.
Duisburg: Sp. 3: Angaben nur für das Jahr 1894.
Sp. 5: Angaben nur für die Jahre 1899 und 1901.
Sp. 6: Angaben nur für die Jahre 1905/06 u. 1906/07.
Stettin: Sp. 4: Die Angaben für das Jahr 1895 fehlen.
Sp. 5: Die Angaben für das Jahr 1902/03 fehlen.
Sp. 6: Die Angaben für das Jahr 1903/04 fehlen.
Mannheim: Sp. 4: Die Angaben nur für das Jahr 1897.
Kiel: Sp. 3: Angaben nur für die Jahre 1891 und 1892.

Danzig: Sp. 4: Angaben nur für die Jahre 1897 u. 1898.
Sp. 5: Angaben nur für das Jahr 1898.
Elberfeld: Sp. 3: Die Angaben nur für das Jahr 1894.
Barmen: Sp. 5: Die Angaben für das Jahr 1901/02 fehlen.
Posen: Sp. 4: Die Angaben für das Jahr 1898 fehlen.
Sp. 5: Die Angaben für das Jahr 1899 fehlen.
Kassel: Sp. 3: Angabn nur für das Jahr 1893.
Sp. 4: Angaben nur für die Jahre 1895 und 1898.
Bochum: Sp. 3: Angaben nur für das Jahr 1894.
Karlsruhe: Sp. 3: Angaben nur für die Jahre 1893/94.
Sp. 4: Die Angaben für das Jahr 1898 fehlen.
Krefeld: Sp. 4: Die Angaben für die Jahre 1895 u. 1897 fehlen.
Plauen: Sp. 3: Angaben nur für das Jahr 1894.
Mainz: Sp. 4: Angaben nur für das Jahr 1895.
Spandau Sp. 6: Die Angaben für das Jahr 1905/06 fehlen.
Würzburg: Sp. 4: Die Angaben für die Jahre 1895 u. 1896 fehlen.
Zwickau: Sp. 4: Angaben nur für das Jahr 1895.
Sp. 5: Die Angaben für das Jahr 1900/01 fehlen.
Liegnitz: Sp. 3: Angaben nur für das Jahr 1894.

Leider mußte die Tabelle mit den Jahren 1907/08 abgeschlossen werden. Denn da im Statistischen Jahrbuch Deutscher Städte vom folgenden Jahre ab die Tabelle nach einem anderen Gesichtspunkt aufgestellt war, war ein Vergleich dieser Angaben mit denen der vorherigen Jahre nicht möglich. Dasselbe gilt auch für die Angaben über die Überschüsse der Elektrizitätswerke. Ferner ist zu den Tabellen der Gas- und Elektrizitätswerke noch folgendes zu sagen: Da bei den einzelnen Städten verschiedene Grundsätze über die ganze Finanzgebarung der Werke bestehen, wurden, um einen Vergleich zwischen den einzelnen Städten zu ermöglichen, folgende Angaben gemacht: „Die Einnahmen und Ausgaben aus dem Selbstverbrauch von Gas und elektrischem Strom“ sowie „die Einnahmen und Ausgaben aus Vermögen u. dgl. bleiben unberücksichtigt.“ „Die Kosten der öffentlichen Beleuchtung seien in allen Städten unentgeltlich von den Betrieben zu tragen“ und endlich letztens „die Verzinsung und Tilgung des Anlage- und Betriebskapitals sowie die Abschreibungen und die Kosten der Neuanlagen . . . sollen erst aus den Mehreinnahmen (Betriebsüberschuß. D. V.) gedeckt werden.“ [11]) Trotz dieser Einschränkung aber geben uns die Tabellen ein anschauliches Bild von der Entwicklung des Gaswerks.

11) Statistisches Jahrbuch Deutscher Städte, Bd. 16, S. 148.

Tabelle 2.

Finanzielle Ergebnisse des Wasserwerks (Überschuß)
(in 1000 Mk.)

Städte	1888 bzw. 1888/89	Die Durchschnittsüberschüsse in den Jahren 1889–94	1896–1900	1901–05	1906–11	1912
1	2	3	4	5	6	7
Städtegruppe A.						
Berlin	4.404	5.181	5.779	5.591	6.558	6.820
München	502	683	1.208	1.575	1.761	1.824
Leipzig	291	575	1.102	1.444	1.596	1.585
Dresden	712	856	1.228	1.145	1.318	1.767
Köln	652	817	1.004	1.443	1.607	1.837
Breslau	732	860	1.053	1.198	1.349	1.975
Frankfurt a/M.	885	1.162	1.609	1.990	2.526	2.731
Düsseldorf	316	383	587	750	1.183	1.526
Nürnberg *)	149	288	289	507	722	976
Charlottenburg *)		373			1.213	1.371
Essen		161	341	445	564	576
Hannover	120	340	744	991	1.206	1.269
Chemnitz	240	328	372	522	695	764
Stuttgart	301	392	517	688	1.007	1.230
Magdeburg	341	424	561	494	662	780
Königsberg	174	219	338	333	537	668
Duisburg *)		172	250	242	401	540
Dortmund *)		490	703	1.014	1.359	1.530
Stettin			405	488	569	575
Mannheim		247	399	600	817	827
Kiel	79	95	195	265	398	512
Städtegruppe B.						
Danzig *)	270	252	320		481	649
Halle	188	278	359	409	444	533
Straßburg	116	170	251	359	591	765
Altona *)	377	471	704	745	912	1.004
Elberfeld *)	386		401	437	500	611
Barmen		254	345	448	733	774
Posen *)	37	62	61	103	255	446
Aachen *)	186	237	341	377	444	482
Cassel	129	118	292	368	557	635
Bochum *)		392	514	437	699	878
Augsburg *)	130	150	192	208	241	225
Bln.-Lichtenberg *)					325	933

Tabelle 2.

Finanzielle Ergebnisse des Wasserwerks (Überschuß)
(in 1000 Mk.)

Städte	1888 bzw. 1888/89	Die Durchschnittsüberschüsse in den Jahren 1889-94	1896-1900	1901-05	1906-11	1912
1	2	3	4	5	6	7
Braunschweig	142	162	206	287	362	389
Karlsruhe	164	199	323	430	559	645
Crefeld		155	200	309	576	627
Erfurt *)	130	152	197	220	314	366
Mülheim/Ruhr *)					228	205
Plauen			105	185	264	338
Mainz *)	25	121	248	257	326	240
Saarbrücken *)					266	423
Wiesbaden *)		256	418	483	782	959
Spandau *)			47	80	123	348
Städtegruppe C.						
Oberhausen *)					109	141
Hagen *)					255	290
Mühlhausen *)				344	490	578
Ludwigshafen *)					242	308
Münster *)					321	332
Bonn *)					318	361
Würzburg *)	74		143	230	283	312
Freiburg *)		187	247	327	422	451
Darmstadt *)				343	344	399
Görlitz *)	92	43	98	107	142	150
Bielefeld *)					270	327
Offenbach *)					346	387
Königshütte *)					78	76
Remscheid *)					340	372
Zwickau *)		101	149	139	119	348
Beuthen *)					87	
Osnabrück *)					193	254
Fürth *)					144	139
Heidelberg *)					271	313
Harburg *)					194	212
Frankfurt a. O.	77	87				
M.-Gladbach *)					242	275
Liegnitz *)		60	121	115	114	
Gleiwitz *)					196	185

Tabelle 2.

Finanzielle Ergebnisse des Wasserwerks (Überschuß)
(in 1000 Mk.)

Städte	1888 bzw. 1888/89	Die Durchschnittsüberschüsse in den Jahren 1889-94	1896-1900	1901-05	1906-11	1912
1	2	3	4	5	6	7
Metz *)		52	65	79	219	408
Rostock *)					139	171
Bromberg *)					217	246
Flensburg *)					122	162
Coblenz *)					64	79
Potsdam		85	159	134	128	176
Elbing *)					106	263
Hildesheim *)					119	117
Dessau *)					102	118
Kaiserslautern *)					113	144
Regensburg *)					179	193
Brandenburg *)					155	167
Solingen*)					240	241

Zu der Tabelle über die finanziellen Ergebnisse des Wasserwerks sind noch folgende Angaben zu machen:

Nürnberg: Sp. 6: Die Angaben für das Jahr 1908 fehlen.
Charlottenburg: Sp. 3: Die Angaben für die Jahre 1892 bis 1894 fehlen.
Sp. 6: Die Angaben für das Jahr 1906 fehlen.
Hannover: Sp. 6: Die Angaben für das Jahr 1910 fehlen.
Duisburg: Sp. 5: Die Angaben für das Jahr 1901 fehlen.
Dortmund: Sp. 3: Die Angaben für das Jahr 1893 fehlen.
Danzig: Sp. 3: Die Angaben für das Jahr 1894 fehlen.
Sp. 4: Angaben nur für die Jahre 1898 u. 1899.
Sp. 6: Angaben nur für die Jahre 1908—1911.
Altona: Sp. 3: Die Angaben für das Jahr 1893 fehlen.
Elberfeld: Sp. 4: Angaben nur für die Jahre 1899 u. 1900.
Posen: Sp. 6: Die Angaben für die Jahre 1909/10 fehlen.
Aachen: Sp. 3: Die Angaben für das Jahr 1893 fehlen.
Bochum: Sp. 3: Die Angaben nur für die Jahre 1893/94.
Augsburg: Sp. 6: Die Angaben für die Jahre 1910/11 fehlen.
Berlin-Lichtenberg: Sp. 6: Die Angaben für das Jahr 1906 fehlen.
Erfurt: Sp. 4: Die Angaben für das Jahr 1897 fehlen.
Mülheim-Ruhr: Sp. 6: Die Angaben für die Jahre 1906, 1909 u. 1910 fehlen.
Mainz: Sp. 3: Die Angaben für das Jahr 1894 fehlen.
Sp. 4: Die Angaben für das Jahr 1897 fehlen.
Saarbrücken: Sp. 6: Die Angaben für die Jahre 1906—1908 fehlen.
Wiesbaden: Sp. 3: Die Angaben für das Jahr 1890 fehlen.
Spandau: Sp. 4: Angaben nur für die Jahre 1897/98.
Sp. 5: Die Angaben für das Jahr 1905 fehlen.
Sp. 6: Die Angaben für das Jahr 1906 fehlen.

Bei Bielefeld, Bonn, Brandenburg, Bromberg, Koblenz, Dessau, Elbing, Flensburg, Fürth, Hagen, Harburg, Kaiserslautern, Ludwigshafen, M.-Gladbach, Offenbach, Remscheid, fehlen in Sp. 6 die Angaben für das Jahr 1906.

Beuthen: Sp. 6: Angaben nur für die Jahre 1907 u. 1908.

Gleiwitz: Sp. 6: Angaben nur für das Jahr 1907.

Königshütte: Sp. 6: Angaben nur für die Jahre 1907/08.

Oberhausen: Sp. 6: Angaben nur für die Jahre 1907 u. 1911.

Osnabrück: Sp. 6: Die Angaben für die Jahre 1906 und 1908 fehlen.

Rostock: Sp. 6: Die Angaben für die Jahre 1906, 1909 u. 1910 fehlen.

Münster: Sp. 6: Angaben für das Jahr 1911.

Bei Heidelberg, Hildesheim, Regensburg und Solingen sind die Angaben in Sp. 6 nur für die Jahre 1909—1911.

Tabelle 3.

Überschüsse des Elektrizitätswerkes (in 1000 Mk.)

Städte	Durchschnittsertrag der Jahre				
	1893	1894-97	1898-1902/03	1903/04-06/07	1907/08
1	2	3	4	5	6
Städtegruppe A.					
München *)		— 124	680	1.537	2.511
Leipzig *)				653	965
Dresden *)		209	377	853	2.630
Köln		221	562	1.124	1.583
Breslau	286	224	589	1.225	1.461
Frankfurt a. M. *)			1.096	2.264	2.582
Düsseldorf	5	151	576	847	1.168
Nürnberg *)		157	361	542	793
Essen *)				1.114	
Hannover *)		256	549	994	1.046
Chemnitz				542	802
Stuttgart				1.210	1.399
Magdeburg *)				742	1.141
Königsberg *)	35	63	259	454	242
Duisburg *)				209	259
Dortmund			242	729	1.098
Mannheim *)				840	1.007
Kiel *)			102	231	272
Städtegruppe B.					
Danzig *)			42		
Halle *)			101	294	541
Altona *)			356	769	794
Gelsenkirchen *)				12	

Tabelle 3.

Überschüsse des Elektrizitätswerkes
(in 1000 Mk.)

Städte	Durchschnittsertrag der Jahre				
	1893	1894-97	1898-1902/03	1903/04-06/07	1907/08
1	2	3	4	5	6
Elberfeld *)		40	282	691	941
Barmen *)	24	67	141	248	434
Posen *)			—31	75	140
Aachen *)			359	495	704
Cassel	7	43	174	325	472
Bochum	1	12	135	245	273
Bln.-Lichtenberg					130
Karlsruhe *)			41	142	251
Crefeld *)			136	307	466
Erfurt				129	282
Mülheim-Ruhr					84
Plauen *)				439	518
Mainz *)			66	156	
Wiesbaden *)			221	412	734
Städtegruppe C.					
Oberhausen					128
Hagen					113
Mülhausen *)				386	682
Bonn					239
Würzburg *)			69		
Freiburg *)			98	158	272
Darmstadt	24	81		263	313
Görlitz *)		13	84	132	151
Bielefeld					243
Offenbach					—20
Königshütte					80
Remscheid					263
Beuthen					78
Osnabrück					121
Fürth					77
M.-Gladbach					189
Liegnitz				80	132
Metz				76	124
Rostock					187
Coblenz					529

Tabelle 3.

Überschüsse des Elektrizitätswerkes
(in 1000 Mk.)

Städte	1893	Durchschnittsertrag der Jahre 1894-97	1898-1902/03	1903/04-06/07	1907/08
1	2	3	4	5	6
Potsdam *)			39	135	282
Kaiserslautern					138
Mülheim a/Rh.					93
Brandenburg					84

Zu der Tabelle über die Überschüsse der Elektrizitätswerke sind noch folgende Angaben zu machen:

München: Sp. 3: Die Angaben für die Jahre 1896 und 1897 fehlen.
Sp. 4: Die Angaben für das Jahr 1899 fehlen.
Leipzig: Sp. 5: Die Angaben für die Jahre 1903/04 und 1904/05 fehlen.
Dresden: Sp. 3: Die Angaben für die Jahre 1894 u. 1895 fehlen.
Sp. 6: Die Angaben für das Lichtwerk und das Kraftwerk wurden zusammengefaßt.
Frankfurt/M.: Sp. 4: Die Angaben für das Jahr 1898 fehlen.
Nürnberg: Sp. 3: Die Angaben für die Jahre 1894/95 fehlen.
Essen: Sp. 5: Die Angaben für das Jahr 1903/04 fehlen.
Hannover: Sp. 3: Die Angaben für das Jahr 1895 fehlen.
Magdeburg: Sp. 5: Angaben nur für das Jahr 1906/07.
Königsberg: Sp. 3: Die Angaben für die Jahre 1896/97 fehlen.
Sp. 4: Die Angaben für das Jahr 1902/03 fehlen.
Duisburg: Sp. 5: Angaben nur für die Jahre 1905/06 und 1906/07.
Mannheim: Sp. 5: Angaben nur für das Jahr 1906/07.
Kiel: Sp. 4: Angaben nur für das Jahr 1902/03.
Danzig: Sp. 4: Angaben nur für das Jahr 1899.
Halle Sp. 4: Angaben nur für die Jahre 1901/02 und 1902/03.
Altona: Sp. 4: Angaben nur für die Jahre 1901/02 und 1902/03.
Gelsenkirchen: Sp. 5: Angaben nur für die Jahre 1904/05 und 1905/06.
Elberfeld: Sp. 3: Angaben nur für das Jahr 1894.
Sp. 4: Die Angaben für das Jahr 1898 fehlen.
Barmen: Sp. 4: Die Angaben für das Jahr 1901/02 fehlen.
Posen: Sp. 4: Die Angaben für die Jahre 1898 und 1899 fehlen.
Sp. 5: Angaben für das Jahr 1903/04 fehlen.
Aachen: Sp. 4: Angaben nur für die Jahre 1901/02 und 1902/03.
Karlsruhe: Sp. 4: Angaben nur für die Jahre 1901/02 und 1902/03.
Krefeld: Sp. 4:Die Angaben für das Jahr 1898 fehlen.
Mainz: Sp. 4: Die Angaben für das Jahr 1898 fehlen.
Plauen: Sp. 5: Die Angaben für das Jahr 1903/04 fehlen.
Wiesbaden: Sp. 4: Angaben nur für das Jahr 1902/03.
Mülhausen: Sp. 5: Die Angaben für das Jahr 1903/04 fehlen.
Würzburg: Sp. 4: Angaben nur für die Jahre 1899 und 1901/02.
Freiburg: Sp. 4: Angaben nur für das Jahr 1902/03.
Görlitz: Sp. 3: Angaben nur für das Jahr 1897.
Potsdam: Sp. 4: Angaben nur für das Jahr 1902/03.

Tabelle 4.

Betriebsgewinne der Straßenbahnen
(in 1000 Mk.)

Städte	1900	Durchschnittsertr. d. J. 1901-05	1906-11	1912
1	2	3	4	5
Städtegruppe A.				
Berlin	9.231	13.480	18.171	20.886
München	684	1.864	2.808	4.156
Leipzig	1.791	2.681	3.828	4.434
Dresden	2.275	2.921	3.382	4.408
Köln	202	1.701	2.657	3.728
Breslau	1.105	1.306	1.763	2.111
Frankfurt a/M.	663	2.015	2.883	4.028
Düsseldorf	283	869	1.288	1.725
Nürnberg	466	899	1.389	1.665
Essen	632	686	1.421	2.156
Hannover	1.655	1.425	2.101	2.586
Chemnitz	472	579	895	1.411
Stuttgart	628	730	1.071	1.441
Magdeburg	784	828	1.067	1.144
Königsberg	112	253	407	— 64
Duisburg	393	374	568	811
Dortmund	264	439	553	930
Stettin	310	475	679	877
Mannheim		523	553	648
Kiel	149	254	465	800
Städtegruppe B.				
Danzig	351	428	633	762
Halle *)	3	123	186	153
Straßburg	458	507	786	1.129
Elberfeld	388	349	430	118
Barmen				640
Posen	239	317	416	522
Aachen	265	454	852	1.025
Cassel	285	349	431	546
Bochum	551	674	1.126	1.483
Augsburg		148	365	441
Braunschweig *)	254	458		
Karlsruhe	177	321	408	557
Crefeld	140	314	391	491

Tabelle 4.

Betriebsgewinne der Straßenbahnen
(in 1000 Mk.)

Städte	1900	Durchschnittsertr. d. J. 1901-05	1906-11	1912
1	2	3	4	5
Erfurt	135	152	209	283
Mülheim/Ruhr			117	224
Plauen	40	98	242	408
Mainz	90	133	267	312
Hamborn *)			40	48
Saarbrücken *)			446	388
Wiesbaden	214	329	675	762
Spandau *)			165	363
Städtegruppe C.				
Oberhausen			94	130
Hagen	45	118	196	433
Mühlhausen	94	174	177	241
Ludwigshafen *)		138	113	126
Münster		115	120	150
Bonn *)	134	200	311	522
Würzburg	28	15	53	70
Freiburg *)		132	179	190
Darmstadt	61	97	78	182
Görlitz	80	73	76	83
Bielefeld		68	116	155
Offenbach *)		28	62	74
Remscheid *)	120	129	114	157
Zwickau *)		112	166	
Pforzheim				168
Osnabrück			70	97
Heidelberg *)			266	301
Frankfurt a/O.	105	90	96	138
M.-Gladbach	— 19	112	289	310
Liegnitz	— 14	7	10	10
Metz	51	205	259	289
Rostock		27	75	99
Bromberg	71	76	137	173
Flensburg *)			62	93
Herne *)			41	67
Coblenz			562	400

Tabelle 4.

Betriebsgewinne der Straßenbahnen.
(in 1000 Mk.)

Städte	1900	Durchschnittsertr. d. J. 1901-05	1906-11	1912
1	2	3	4	5
Potsdam	64	68	222	345
Recklinghausen *)			123	366
Ulm *)			— 17	
Hildesheim *)			7	11
Dessau	— 48	28	83	84
Mülheim a/Rh.			91	165
Regensburg *)			4	— 26
Brandenburg			— 9	— 38
Solingen *)			98	114

Zu der Tabelle der Betriebsgewinne der Straßenbahnen sind noch folgende Anmerkungen zu machen:

Halle: Sp. 2 u. 3: Für die Jahre 1900—1902 waren nur Angaben für eine der zwei bestehenden Straßenbahngesellschaften veröffentlicht; für 1904 u. 1905 fehlen die Angaben.

Braunschweig: Ab 1904 können die Zahlen nicht mehr zum Vergleich herangezogen werden, da die Angaben des Elektrizitätswerks mit darin enthalten sind.

Bochum: Angaben für die A. G. Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn zu Bochum.

Fürth: siehe Nürnberg.

Barmen: siehe Elberfeld.

Linden: siehe Hannover.

Altona: siehe Hamburg; da diese Stadt nicht in unsere Betrachtung einbezogen wird, fallen die Angaben weg.

Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg, siehe Berlin.

Ludwigshafen: Bis 1903 siehe Mannheim; von da ab eigener Straßenbahnbetrieb mit Material von Mannheim.

Bei folgenden Städten mußten folgende Jahre in der Berechnung fortgelassen werden, da die Berichtszeit länger oder kürzer als zwölf Monate war. Mannheim (1900), Dessau (1904), Flensburg (1906), Freiburg (1901), Potsdam (1904), Augsburg (1908), Münster (1901), Offenbach (1904), Remscheid (1908), Metz (1903), Bonn (1905), Königsberg (1910).

Ulm: Sp. 4: Die Angaben für das Jahr 1911 fehlen.

Ludwigshafen: Sp. 3: Angaben nur für die Jahre 1904 u. 1905.

Mülheim/Rh.: Sp. 4: Die Angaben für die Jahre 1906 u. 07 fehlen.

Spandau: Sp. 4: Angaben nur für die Jahre 1909—1911.

Bei Saarbrücken, Heidelberg, Herne, Hildesheim, Recklinghausen, Regensburg und Solingen waren für Sp. 4 nur die Zahlen für die Jahre 1910 u. 11 angegeben, bei Hamborn nur für 1911.

Diese Tabellen wurden, um es noch einmal zu wiederholen, lediglich zu dem Zweck angeführt, um ein Bild von der finanziellen Entwicklung der Werke zu geben. Sie können aber nicht mit den Zahlen in Vergleich gesetzt werden, die wir später in unserer Finanzübersicht über die Einnahmen aus den Unternehmungen bringen werden, da ihre Aufstellung nach anderen Gesichtspunkten erfolgt ist. Hier handelt es sich lediglich um die Überschüsse, die von den Unternehmungen, die sich teils in der Hand von Privaten befinden, teils von den Gemeinden in eigener Regie betrieben werden, erzielt worden sind.

Die teilweise rapide Steigerung der Einnahmen kann wohl nur auf die Steigerung des Konsums — Steigerung der abgegebenen Menge von Gas, Wasser und Elektrizität, bezw. der Zahl der beförderten Personen — zurückgeführt werden. Die Bequemlichkeit, Sauberkeit und Billigkeit bei der Benutzung von Gas oder Elektrizität trug dazu bei, den Konsum sowohl im Privatverbrauch als auch in Fabriken zu steigern. Und das Anwachsen der Städte, der damit verbundene Ausbau der Straßenbahnlinien und die Möglichkeit, für wenig Geld in immer kürzerer Zeit an jeden gewünschten Punkt der Stadt zu gelangen, war die Ursache für eine stets wachsende Benutzung dieser Beförderungsmittel.

Auf ein Eingehen auf die Preise für Gas, Wasser, Elektrizität und Straßenbahnen wurde bei der Schilderung dieser Vorkriegsverhältnisse bewußt verzichtet, und zwar aus folgendem Grunde: Der Preis für Gas beispielsweise setzt sich aus zwei Faktoren zusammen: Einmal dem eigentlichen Gaspreis und dann der Miete für den Gasmesser. Da hierfür die Preisfestsetzung sowie die Höhe des Rabattes für Großverbraucher usw. in den einzelnen Städten eine ganz verschiedene ist, wäre ein Vergleich undurchführbar gewesen.

Diese Zahlen sollen uns überleiten zum vierten Abschnitt dieses ersten Kapitels, in welchem wir die Antwort auf die Frage geben wollen, welche Rolle die Überschüsse der Unternehmungen im Rahmen des Städtischen Haushalts vor dem Kriege gespielt haben. Wir müssen uns, wie weiter oben ausgeführt, hierbei auf die beiden Jahre vor dem Kriege, auf 1911 und 1912 beschränken, weil uns nur hierfür Angaben über die gesamten städtischen Einnahmen und Ausgaben zur Verfügung stehen.

4. Die Stellung der Überschüsse der Unternehmungen im Rahmen des Gesamthaushalts.

Da im Mittelpunkt unserer Arbeit die Überschüsse der städtischen Unternehmungen stehen, scheiden in unserer Un-

tersuchung folgende Städte aus, bei denen weder für 1911 noch für 1912 eine diesbezügliche Angabe vorhanden war: In Gruppe A: Berlin, Leipzig, Chemnitz, Stuttgart und Dortmund; in Gruppe B: Posen, Berlin-Lichtenberg, Braunschweig und Mainz; in Gruppe C: Mühlhausen, Freiburg, Pforzheim, Beuthen, Harburg, Frankfurt/Oder, Gleiwitz und Metz. Die nachfolgende Untersuchung erstreckt sich daher im Durchschnitt auf 17 Städte der Gruppe A, 22 Städte der Gruppe B und 35 Städte der Gruppe C, auf insgesamt also 74 Städte.

Zur Erläuterung der nachstehenden Tabellen und der aus ihnen gewonnenen Ergebnisse sind noch folgende grundsätzliche Ausführungen zu machen. Zur Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben sind von den Städten Ausgaben zu leisten. Diese gesamten Ausgaben werden durch die Kämmereiverwaltung (i. w .S.) geleistet. Das Statistische Jahrbuch Deutscher Städte teilt sie für die Finanzübersicht 1911 und 1912 in folgende 8 Gruppen ein:

1) Hauptverwaltung,
2) Polizei,
3) Vermögens- und Schuldenverwaltung,
4) Steuerverwaltung,
5) offene und geschlossene Armenfürsorge,
6) Gesundheitswesen,
7) Unterrichts-, Bildungs- und Kultwesen,
8) Bauverwaltung.

Welche Summen in den Jahren 1911 und 1912 insgesamt verausgabt worden sind, gibt uns Tabelle 5 an.

Tabelle 5.

Die Gesamtausgaben der Kämmereiverwaltungen
(in 1000 Mk.)

Städte	1911	1912
1	2	3
Städtegruppe A.		
München	48.180	52.012
Dresden	36.914	38.254
Köln	48.608	53.419
Breslau	33.233	35.264
Frankfurt a/M.	54.524	
Düsseldorf	33.416	
Nürnberg	23.844	26.989

Tabelle 5.

Die Gesamtausgaben der Kämmereiverwaltungen
(in 1000 Mk.)

Städte	1911	1912
1	2	3
Charlottenburg	34.815	33.351
Essen	18.931	
Hannover	19.654	
Magdeburg	17.369	
Neukölln	11.606	
Königsberg	16.311	
Duisburg	12.528	11.748
Stettin	15.565	
Mannheim	14.500	19.244
Kiel	14.151	
Städtegruppe B.		
Danzig	10.163	
Halle	10.640	9.142
Straßburg	9.189	
Bln.-Schöneberg	13.730	14.776
Altona		13.209
Gelsenkirchen	8.100	8.846
Elberfeld	14.611	14.626
Barmen	16.736	13.681
Aachen	11.896	
Cassel	9.877	9.716
Bochum	8.026	8.592
Augsburg		13.131
Karlsruhe	9.730	10.025
Bln.-Wilmersdorf	10.832	
Crefeld	10.985	11.478
Erfurt	7.695	9.004
Mülheim/Ruhr	6.831	6.914
Plauen	5.235	
Hamborn	3.984	4.398
Saarbrücken	6.775	7.483
Wiesbaden	12.325	11.604
Spandau	23.890	
Städtegruppe C.		
Oberhausen	3.192	
Hagen	5.694	

Tabelle 5.

Die Gesamtausgaben der Kämmereiverwaltungen
(in 1000 Mk.)

Städte	1911	1912
1	2	3
Ludwigshafen	4.687	5.360
Münster	5.288	
Bonn	6.011	
Würzburg	4.044	5.028
Darmstadt	6.949	
Linden	3.053	
Görlitz	6.414	8.263
Bielefeld	4.758	
Offenbach	6.318	6.651
Königshütte	3.653	2.654
Remscheid	4.252	4.614
Zwickau	3.902	3.923
Osnabrück	3.752	4.133
Fürth	4.163	4.205
Heidelberg	5.263	
M.-Gladbach	4.039	
Liegnitz	3.232	3.449
Rostock		5.250
Bromberg	3.060	3.726
Flensburg	6.886	4.506
Herne	2.764	2.867
Coblenz	3.104	3.116
Potsdam	4.533	4.882
Elbing	2.857	3.199
Recklinghausen	2.526	
Ulm	3.710	
Hildesheim	3.741	4.209
Dessau	1.986	1.944
Kaiserslautern	2.206	2.541
Mülheim a/Rh.	3.227	
Regensburg	2.570	2.709
Brandenburg	3.117	3.363
Solingen		3.426

Die Deckung dieser zu leistenden Ausgaben kann, wie wir oben sahen, in der Hauptsache durch drei Quellen erfolgen: 1) durch Verwaltungseinnahmen, 2) durch Steuern und 3) durch die Überschüsse der städtischen Unternehmungen.

Derjenige Teil der Ausgaben, der nach Abzug der Verwaltungseinnahmen noch ungedeckt bleibt, also in der Hauptsache durch Steuern und Einnahmen der Unternehmungen zu decken ist, nennt man den Zuschußbedarf.

Um einen Vergleich zwischen der finanziellen Struktur der Städte vor und nach dem Kriege zu ermöglichen, mußte irgend ein Vergleichsmaßstab gefunden werden, da die verschiedene Kaufkraft der Mark vor und nach dem Kriege einen Vergleich der absoluten Zahlen nicht zuläßt. Auch würden uns die absoluten Zahlen schwerlich ein anschauliches Bild geben können. Aus diesem Grunde haben wir die Einnahmen in Prozent der Ausgaben berechnet, wohl gemerkt: in Prozent der Ausgaben, nicht etwa des Zuschußbedarfs. Denn hierdurch war es uns auch möglich zu zeigen, welche Rolle die Verwaltungseinnahmen im Rahmen des Gesamthaushaltes spielen. Die Unternehmungen erscheinen immer nur mit ihren Saldoüberschüssen, d. h. den Gesamteinnahmen nach Abzug ihrer Gesamtausgaben; eine gesonderte Anführung ihrer Ausgaben und Einnahmen findet nicht statt.

Betrachten wir nun, in welchem Maße die einzelnen Einnahmen die Gesamtausgaben decken. Tabelle 6 gibt uns in absoluten Zahlen die Gesamteinnahmen der Kämmereiverwaltungen an (Sp. 2 u. 3). Setzen wir die Ausgaben gleich 100 %, so geben uns Sp. 4 u. 5 dieser Tabelle die Antwort, wieviel Prozent der Ausgaben durch die Einnahmen der Kämmereiverwaltungen im weiteren Sinne gedeckt werden.

Es sind dies im Durchschnitt (in Prozenten):

	1911	1912
in Gruppe A:	97,5	92,3
„ „ B:	93,3	96,3
„ „ C:	100,9	101,3

Der niedrigste und höchste Prozentsatz ist für 1911

in Gruppe A: 79,9 (Nürnberg) und 122,1 (Charlottenburg),
„ „ B: 75,9 (Krefeld) „ 106,6 (Straßburg),
„ „ C: 55,6 (Flensburg) „ 131,5 (M.-Gladbach).

und für 1912:

in Gruppe A: 75,6 (Charlottenb.) und 118,5 (Duisburg),
„ „ B: 77,1 (Krefeld) „ 112,6 (Halle),
„ „ C: 87,6 (Würzburg) „ 114,7 (Potsdam).

Dem errechneten Durchschnitt entsprechen etwa folgende Städte:

In Gruppe A: Mannheim (1911: 97,7); (1912: 92,3)
„ „ B: Halle (1911: 92,5); Elberf. (1912: 95,2)
„ „ C: Bonn (1911: 100,9); Offenbach (1912: 102,6).

Tabelle 6.

Die Gesamteinnahmen der Kämmereiverwaltungen.
(in 1000 Mk.)

Städte	Einnahmen		Die Einnahmen betragen in % d. Ausgaben	
	1911	1912	1911	1912
1	2	3	4	5
Städtegruppe A.				
München	49.669	53.335	103,1	102,5
Dresden	35.345	37.560	95,7	98,2
Köln	43.098	41.907	88,7	78,5
Breslau	30.498	30.925	91,8	87,7
Frankfurt a. M.	52.813		96,9	
Düsseldorf	29.171		87,3	
Nürnberg	18.997	22.999	79,7	85,2
Charlottenburg	42.515	25.223	122,1	75,6
Essen	20.127		106,3	
Hannover	17.811		90,6	
Magdeburg	17.052		98,2	
Neukölln	10.704		92,2	
Königsberg	16.319		100,0	
Duisburg	13.146	13.926	104,9	118,5
Stettin	16.035		103,0	
Mannheim	14.169	17.796	97,7	92,5
Kiel	14.106		99,7	
Städtegruppe B.				
Danzig	9.171		90,2	
Halle	9.838	10.290	92,5	112,6
Straßburg	9.792		106,6	
Bln.-Schöneberg	10.856	12.825	79,1	86,8
Altona		13.185		99,8
Gelsenkirchen	8.159	9.311	100,7	105,3
Elberfeld	14.162	13.925	96.9	95.2
Barmen	13.831	13.343	82,6	97,5
Aachen	10.896		91,6	
Cassel	8.789	8.737	89,0	89,9
Bochum	8.299	8.644	103,4	100,6
Augsburg		12.016		91,5
Karlsruhe	8.592	9.253	88,3	92,3
Bln.-Wilmersdorf	9.491		87,6	
Crefeld	8.333	8.853	75.9	77.1

Tabelle 6.

Die Gesamteinnahmen der Kämmereiverwaltungen.
(in 1000 Mk.)

Städte	Einnahmen		Die Einnahmen betragen in % d. Ausgaben	
	1911	1912	1911	1912
1	2	3	4	5
Erfurt	7.425	7.835	96,5	87,0
Mülheim/Ruhr	6.489	6.797	95,0	98,3
Plauen	4.981		95,1	
Hamborn	4.034	4.579	101,3	104,1
Saarbrücken	6.796	7.574	100,3	101,2
Wiesbaden	11.195	11.799	90,8	101,7
Spandau	24.437		102.3	
Städtegruppe C.				
Oberhausen	3.499		109,6	
Hagen	5.721		100,5	
Ludwigshafen	4.895	5.683	104,4	106,0
Münster	5.049		95,5	
Bonn	6.064		100,9	
Würzburg	3.316	4.405	82,0	87,6
Darmstadt	6.435		92,6	
Linden	3.369		110,3	
Görlitz	6.523	8.579	101,7	103,8
Bielefeld	4.755		99,9	
Offenbach	6.505	6.783	103,0	102,0
Königshütte	3.296	2.878	90,2	108,4
Remscheid	4.539	5.027	106,7	108,9
Zwickau	4.556	4.260	116,8	108,6
Osnabrück	3.697	3.993	98,5	96,6
Fürth	3.718	4.182	89,3	99,4
Heidelberg	3.981		75,6	
M.-Gladbach	5.323	5.204	131,5	
Liegnitz	3.366	3.440	104,1	99,7
Rostock		4.710		89,7
Bromberg	2.920	3.735	95,4	100,2
Flensburg	3.832	4.247	55,6	94,2
Herne	2.730	2.686	98,8	93,7
Coblenz	3.066	3.023	98,8	97,0
Potsdam	4.066	5.599	89,7	114,7
Elbing	2.939	3.029	102.9	94,7

Tabelle 6.

(in 1000 Mk.)

Die Gesamteinnahmen der Kämmereiverwaltungen.

Städte	Einnahmen		Die Einnahmen betragen in % d. Ausgaben	
	1911	1912	1911	1912
1	2	3	4	5
Recklinghausen	2.547		100,8	
Ulm	3.362		90,6	
Hildesheim	3.221	3.892	86,1	92,5
Dessau	2.044	2.194	102,9	112,9
Kaiserslautern	1.973	2.898	89,4	114,0
Mülheim a/Rh.	3.598		111,5	
Regensburg	2.440	2.837	94,9	104,7
Brandenburg	3.090	3.158	99,1	93,9
Solingen		3.627		105,9

Wenn wir, um die Sache zu vereinfachen, diese Reihen nur mit einer einzigen Zahl für jedes Jahr ausdrücken wollen, so wäre der Durchschnittsprozentsatz für 1911: 79,9 und für 1912: 98,1.

Hierbei ist nun eins zu beachten: Wie wir oben sahen, hatten die Städte vor dem Kriege eine größere Selbständigkeit in der Erhebung der Steuern, als dies heute der Fall ist. Die ganzen Einnahmen laufen durch die Steuerverwaltung. Da diese aber, wie wir vorhin sahen, ein Teil der Kämmereiverwaltung ist, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß in der Rubrik des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte „Einnahmen der Kämmereiverwaltungen" die Einahmen aus Steuern und Gebühren zusammen angegeben sind. Daher erklärt sich auch der hohe Prozentsatz.

Da es aber von Interesse ist zu wissen, zu welchem Prozentsatz die Einnahmen aus Steuern die Ausgaben deckten, haben wir in Tabelle 7 noch einmal die Einnahmen der Steuerverwaltung gesondert aufgeführt.

Hieraus ersehen wird, daß die Steuern im Durchschnitt

	1911	1912
in Gruppe A:	55,5	53,0
in Gruppe B:	55,9	58,0
in Gruppe C:	53,8	55,6

der Gesamtausgaben deckten.

Tabelle 7.

Ordentliche Einnahmen der Steuerverwaltung.

Städte	absolut (in 1000 Mk)		in % der Gesamtausgaben	
	1911	1912	1911	1912
1	2	3	4	5
Städtegruppe A.				
München	27.022	27.667	56,1	53,2
Dresden	17.641	18.566	47,8	48,5
Köln	22.980	23.970	47,3	44,9
Breslau	20.381	20.098	61,3	57,0
Frankfurt a/M	25.627		47,0	
Düsseldorf	15.716		47,0	
Nürnberg	10.035	12.140	42,1	35,7
Charlottenburg	16.623	17.268	47,7	51,8
Essen	13.033		68,8	
Hannover	10.908		55,5	
Magdeburg	11.039		63,6	
Neukölln	5.487		47,3	
Königsberg	9.869		60,5	
Duisburg	8.525	9.311	68,0	79,3
Stettin	8.502		54,6	
Mannheim	8.900	10.305	61,4	53,5
Kiel	8.706		61,5	
Städtegruppe B.				
Danzig	5.630		55,4	
Halle	6.716	6.735	63,1	73,7
Straßburg	6.124		66,6	
Bln.-Schöneberg	6.725	7.771	49,0	52,6
Altona		7.802		59,1
Gelsenkirchen	5.699	5.962	70,4	67,4
Elberfeld	8.811	8.571	60,3	58,6
Barmen	7.570	7.559	45,2	55,2
Aachen	6.629		55,7	
Cassel	5.187	5.346	52,5	55,0
Bochum	4.798	4.961	59,8	57,7
Augsburg		4.692		35,7
Karlsruhe	4.846	5.229	49,8	52,2
Bln.-Wilmersdorf	6.932		64,0	
Crefeld	5.190	5.458	47,2	47,5

Tabelle 7.

Ordentliche Einnahmen der Steuerverwaltung.

Städte	absolut (in 1000 Mk.) 1911	1912	in % der Gesamtausgaben 1911	1912
1	2	3	4	5
Erfurt	4.102	4.269	53,3	47,4
Mülheim/Ruhr	3.979	4.248	58,2	61,4
Plauen	3.325		63,5	
Hamborn	3.100	3.670	77,8	83,4
Saarbrücken	4.125	4.677	60,9	62,5
Wiesbaden	6.633	6.737	53,8	58,6
Spandau	2.971	3.305	12,4	—
Städtegruppe C.				
Oberhausen	2.773		86,9	
Hagen	3.642		64,0	
Ludwigshafen	2.705		57,7	—
Münster	2.603		49,2	
Bonn	3.578		59,5	
Würzburg	1.961	2.486	48,5	49,4
Darmstadt	4.153		59,8	
Linden	2.041		66,8	
Görlitz	2.428	4.214	37,8	51,0
Bielefeld	3.019		63,4	
Offenbach	4.539	4.642	71.8	69,8
Königshütte	1.848	1.998	50,6	75,3
Remscheid	2.767	3.056	65,1	66,2
Zwickau	1.767	1.842	45,3	46,9
Osnabrück	2.040	2.238	54,4	54,1
Fürth	1.791	2.227	43,0	53,0
Heidelberg	2.410		45,8	
M.-Gladbach	2.751	2.844	68,1	—
Liegnitz	1.594	1.724	49,3	50,0
Rostock		2.121		40,4
Bromberg	1.815	1.947	59,3	52,3
Flensburg	2.381	2.651	34,6	58,8
Herne	1.544	1.646	55,9	57,4
Coblenz	1.776	1.882	57,2	60,4
Potsdam	1.862	1.891	41,1	38,7
Elbing	1.542	1.717	54,0	53,7
Recklinghausen	1.763		69,8	

Tabelle 7.

Ordentliche Einnahmen der Steuerverwaltung.

Städte	absolut (in 1000 Mk.) 1911	1912	in % der Gesamtausgaben 1911	1912
1	2	3	4	5
Ulm	1.421		38,3	
Hildesheim	1.834	1.813	49,0	43,1
Dessau	933	1.003	47,0	51,6
Kaiserslautern	1.183	1.937	53,6	76,2
Mülheim a. Rh.	2.379		73,7	
Regensburg	1.102	1.538	42,9	56,8
Brandenburg	1.868	1.989	59,9	59,1
Solingen		2.012		58,7

Die entsprechenden niedrigsten und höchsten Prozentsätze sind hier für 1911

in Gruppe A: 42,1 (Nürnberg) und 68,8 (Essen)
in Gruppe B: 12,4 (Spandau) „ 77,8 (Hamborn)
in Gruppe C: 34,6 (Flensburg) „ 86,9 (Oberhausen)

und für das Jahr 1912:

In Gruppe A: 35,7 (Nürnberg) u. 79,3 (Duisburg)
B: 35,7 (Augsburg) u. 83,4 (Hamborn)
C: 38,7 (Potsdam) u. 76,2 (Kaiserslautern)

Unserem errechneten Durchschnitt entsprächen in der Tabelle etwa folgende Städte:

In Gruppe A: Hannover (1911: 55,5) u. München (1912: 53,2)
B: Aachen (1911: 55,7) u. Bochum (1912: 57,7)
C: Kaiserslautern (1911: 53,6) u. Regensburg (1912: 56,8).

Der Durchschnittsprozentsatz in einer Zahl ausgedrückt beträgt für das Jahr 1911 54,7 und für 1912 56,1.

Als dritte Haupteinnahmequelle der Städte hatten wir oben die Überschüsse der Unternehmungen erwähnt. Ihre Überschüsse in absoluten Zahlen sowie den Prozentsatz, zu dem sie zur Deckung der Gesamtausgaben beitragen, zeigt uns Tabelle Nr. 8 an. Vereinfachen wir auch hier die Zahlenreihe und drücken sie in je einer Zahl pro Jahr und Städtegruppe aus, so ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 8.

Die Überschüsse bezw. Zuschüsse der Unternehmungen in den Jahren 1911 und 1912.
(in 1000 Mk.)

Städte	1911		1912	
	absolut	in % der Ges.-Ausg.	absolut	%
1	2	3	4	5
Städtegruppe A.				
München	10.221	21,2	9.748	18,7
Dresden	9.612	26,0	7.658	20,0
Köln	6.326	13,0	7.272	13,6
Breslau	6.938	20,9	6.073	17,2
Frankfurt a/M.	5.762	10,6		
Düsseldorf	5.402	16,2		
Nürnberg	4.176	17,5	4.654	17,6
Charlottenburg	5.566	16,0	3.282	9,8
Essen	1.605	8,5		
Hannover	3.428	17,4		
Magdeburg	3.239	18,2		
Neukölln	1.500	12,9		
Königsberg	2.195	13,4		
Duisburg	1.207	9,6	2.149	18,3
Stettin	1.026	6,6		
Mannheim	2.028	14,0	776	4,0
Kiel	1.610	11,4		
Städtegruppe B.				
Danzig	1.664	16,4		
Halle	1.753	16,5	1.700	18.6
Straßburg	1.582	17,2		
Bln.-Schöneberg	425	3,1	401	2,7
Altona			1,152	8,7
Gelsenkirchen	423	5,2	180	2,0
Elberfeld	2.154	14,7	2.116	14,5
Barmen	2.195	13,1	2.125	15,5
Aachen	1.017	8,5		
Cassel	1.286	13,0	664	6,8
Bochum	592	7,4	514	6,0
Augsburg			1.037	7,9
Karlsruhe	1.362	14,0	1.393	13,9
Bln.-Wilmersdorf	99	0,9		
Crefeld	1.287	11,7	1.370	11,9

Tabelle 8.

Die Überschüsse bezw. Zuschüsse der Unternehmungen in den Jahren 1911 und 1912.

(in 1000 Mk.)

Städte	1911		1912	
	absolut	in % der Ges.-Ausg.	absolut	%
1	2	3	4	5
Erfurt	968	12,6	831	9,2
Mülheim/Ruhr	345	5,0	239	3,4
Plauen	1.434	27,4		
Hamborn	44	1,1	93	2,1
Saarbrücken	797	11,8	679	9,1
Wiesbaden	1.853	15,2	2.090	18,0
Spandau	182	0,8		
Städtegruppe C.				
Oberhausen	382	12,0		
Hagen	702	12,3		
Ludwigshafen	708	15,1	775	14,5
Münster	1.063	20,1		
Bonn	862	14,3		
Würzburg	779	19,3	942	18,7
Darmstadt	1.368	19,7		
Linden	406	13,3		
Görlitz	456	7,1	617	7,5
Bielefeld	871	18,3		
Offenbach	710	11,2	968	14,5
Königshütte	204	5,6	237	8,9
Remscheid	585	13,8	444	9,6
Zwickau	588	15,1	823	21,0
Osnabrück	822	21,9	814	19,7
Fürth	646	15,5	513	12,2
Heidelberg	972	18,5		
M.-Gladbach	591	14,6	675	
Liegnitz	522	16,1	523	15,2
Rostock			682	13,0

Tabelle 8.

Die Überschüsse bezw. Zuschüsse der Unternehmungen in den Jahren 1911 und 1912.
(in 1000 Mk.)

Städte	1911		1912	
	absolut	%	absolut	%
1	2	3	4	5
Bromberg	284	9,3	243	6,5
Flensburg	374	5,4	345	7,6
Herne	186	6,7	271	9,4
Coblenz	540	17,4	233	7,5
Potsdam	363	8,0		
Elbing	262	9,2	259	8,1
Recklinghausen	240	9,5		
Ulm	211	5,7		
Hildesheim	128	3,4	311	7,4
Dessau	172	8,7	32	1,6
Kaiserslautern	339	15,4	303	11,9
Mülheim a/Rh.	323	10,0		
Regensburg	802	31,2	694	25,6
Brandenburg	270	8,7		
Solingen			292	8,5

	1911	1912
Gruppe A:	14,9	14,9
B:	10,8	9,4
C:	13,1	11,9

Auch hier sollen wieder zuerst die Städte mit den niedrigsten und höchsten Prozentsätzen angegeben werden.

Es sind dies für das Jahr 1911

in Gruppe A: 6,6 (Stettin) und 26,0 (Dresden)
B: 0,8 (Spandau) und 27,4 (Plauen)
C: 3,4 (Hildesheim) u. 31,2 (Regensburg)

und für 1912:

In Gruppe A: 4,0 (Mannheim) und 20,0 (Dresden)
B: 2,0 (Gelsenk.) und 18,6 (Halle)
C: 1,6 (Dessau) und 25,6 (Regensburg).

Den errechneten Durchschnittsprozentsätzen kommen in unserer Tabelle folgende Städte am nächsten:

In Gruppe A: Mannheim (1911: 14,0) u. Köln (1912: 13,6)
B: Krefeld (1911: 11,7) u. Erfurt (1912: 9,2)
C: Linden (1911: 13,3) u. Kaisersl. (1912: 11,9).

Der Durchschnittsprozentsatz für alle drei Städtegruppen beträgt für das Jahr 1911 14,3 und für 1912 11,6.

Wie erinnerlich, hatten wir zu Eingang dieser Finanzübersicht der Prozentsätze für die Einnahmen der Kämmereiverwaltung (i. w. S.) einschließlich Steuerverwaltung berechnet, nachher aber noch einmal gesondert den anteiligen Prosentsatz der Steuerverwaltung an den Gesamtausgaben angegeben. Durch eine einfache Subtraktion erhalten wir also die Prozentsätze für die Kämmereiverwaltung ausschließlich Steuerverwaltung. Sie betragen:

	1911	1912
Gruppe A:	42,0	39,3
B:	37,4	38,3
C:	47,1	45,7

Der Durchschnittsprozentsatz wäre für das Jahr 1911 43,2 und für 1912 42,0.

Nachdem wir so die Zahlen, die uns die Tabellen angaben, weitgehendst vereinfacht haben, können wir folgende Übersicht aufstellen.

Setzen wir die Gesamtausgaben der Kämmereiverwaltung = 100 %, so trugen zur Deckung dieser Ausgaben bei (in Prozent der Gesamtausgaben):

1911 Städte	Einnahmen d. Kämmereiverw.	Einnahmen d. Steuerverw.	Überschüsse d. Unternehmungen	Insgesamt
Gruppe A:	42,0	55,5	14,9	112,4
B:	37,4	55,9	10,8	104,1
C:	47,1	53,8	13,1	114,0
1912:				
Gruppe A:	39,3	53,0	14,9	107,2
B:	38,3	58,0	9,4	105,7
C:	45,7	55,6	11,9	113,2

Zunächst darf nicht Wunder nehmen, daß einer Ausgabe von 100 % eine Einnahme von mehr als 100 % gegenübersteht. Wir wir eingangs sagten, handelt es sich bei den vorliegenden Angaben um Ist-Zahlen. In diesem Überschuß drückt sich der wachsende Reichtum des deutschen Volkes vor dem Kriege aus. Die Städte verwandten diese Mehreinnahmen meist zu

Rücklagen, zur Bildung von Fonds usw. Für unsere Betrachtung können wir diese Tatsache außer Acht lassen.

Welcher Schluß läßt sich nun aus diesen Zahlen auf die Bedeutung der Unternehmungen für den städtischen Haushalt ziehen? Man wird dem Sinn dieser Zahlen nicht voll gerecht, wenn man sagt, daß hiernach also die Überschüsse der Unternehmungen — allein genommen — für die Städte der Gruppe A die größte und die der Gruppe B die geringste Bedeutung haben, während die Gruppe C den Platz dazwischen einnimmt. Im Gegenteil: addiert man nämlich nur die Einnahmen der Kämmerei- und der Stuerverwaltung, so erhält man folgende Zahlen:

	1911	1912
Gruppe A:	97,5	92,3
B:	93,3	96,3
C:	100,9	101,3

Hieraus ergibt sich also, daß die Städte der Gruppe C, um ihre Ausgaben leisten zu können, die Überschüsse ihrer Unternehmungen nicht benötigten, da diese ja schon durch die beiden anderen Einnahmequellen hinreichend gedeckt wurden. Ganz so war es bei den Gruppen A und B zwar nicht der Fall, aber hier hätten schon rund die Hälfte der Einnahmen aus den Unternehmungen genügt, um die Ausgaben zu decken.

Vereinfachen wir die obere Tabelle noch und bringen für die drei Städtegruppen die Durchschnittszahlen, so erhalten wir folgendes Bild: Wieder die Ausgaben = 100 % gesetzt, trugen zur Deckung dieser Ausgaben bei:

	Einnahmen d. Kämmereiverw.	Einnahmen d. Steuerverw.	Überschüsse d. Unternehmungen	Insgesamt
1911:	43,2	54,7	14,3	112,2
1912:	42,0	56,1	11,6	109,7

Auf die gesamten Städte berechnet, deckten die Einnahmen aus der Kämmerei- und Steuerverwaltung allein: 1911 = 97,9 % und 1912 = 98,1 % der Ausgaben. Es hätten also schon rund $^1/_7$ bezw. $^1/_6$ der Überschüsse der Unternehmungen genügt, um die Ausgaben in voller Höhe leisten zu können. Wenn sich auch als Resultate unserer Vorkriegsuntersuchungen ergibt, daß in der Reihenfolge der Einnahmen in den beiden Jahren vor dem Kriege die Überschüsse der Unternehmungen 11,6 bezw. 14,3 % der Gesamtausgaben deckten; daß die Ein-

nahmen der Kämmereiverwaltung 42 und 43 % und die Einnahmen der Steuerverwaltung 55—56 % der Ausgaben ausmachten, daß also die Steuern an weitaus erster Stelle standen, daß dann die Einnahmen der Verwaltung folgten, während die Überschüsse der Unternehmungen erst an dritter Stelle kamen, so ist doch hierbei zu beachten, daß den Überschüssen der Unternehmungen neben den beiden anderen Einnahmequellen nur eine untergeordnete Bedeutung zukommt. Wir sahen ja, daß nur ein geringer Teil der tatsächlichen Überschüsse nötig gewesen wäre, um doch die Ausgaben in voller Höhe leisten zu können. Dies mußte besonders herausgearbeitet werden, da hier in der Nachkriegszeit eine starke Änderung eingetreten ist.

Von Wichtigkeit ist aber auch noch zu erfahren, woraus sich die Gesamtüberschüsse der Unternehmungen zusammensetzten. Die Tabelle 9 und 10, die Bd. 20 u. 21 des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte entnommen wurden, zeigen uns die einzelnen absoluten Beträge, während es vom Verfasser in Tabelle 10 a unternommen wurde, für die wichtigsten Betriebe, nämlich Gas, Wasser, Elektrizität und die Straßenbahnen den prozentualen Anteil am Gesamtüberschuß zu berechnen. Es ergibt sich hieraus ganz klar, daß für die beiden Vorkriegsjahre für die Städte der Gruppen B und C das Gaswerk noch die überragende Bedeutung als Einnahmefaktor hat; in Gruppe A ist dies für 1911 auch der Fall, während aber schon 1912 das Elektrizitätswerk an erster Stelle steht, wenn auch nur mit 4 % über dem Gaswerk. An zweiter Stelle steht dann das Elektrizitätswerk, es folgen dann das Wasserwerk und schließlich an letzter Stelle die Straßenbahnen. Im Gesamtdurchschnitt ergibt sich dieselbe Reihenfolge.

Tabelle 9.

Die Überschüsse der Unternehmungen im Jahre 1911.

(in 1000 Mk.)

Städte	Gaswerk	Elt-Werk	Wasserwerk	Straßenbahn	Märkte und Markthallen	Eichämter	Vieh- und Schlachthöfe	Häfen und Lagerhäuser	Sonstige Betriebe
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Städtegruppe A.									
München	2.233	3.179	958	2.585	52	86	537	— 14	604
Dresden	3.943	2.246	732	1.618	219		833		20
Köln	1.903	2.297	1.461	1.222	— 91		266	— 822	92
Breslau	2.944	1.802	966	798	9		579	— 162	
Frankfurt a/M.	1.009	3.019	721	2.217	41	16	187	— 1.479	30
Düsseldorf	1.301	1.879	963	1.437	49	5	106	— 452	84
Nürnberg	1.857	791	538	738	37	22	191		
Charlottenburg	2.810	2.318	222	219	11	1	— 15		
Essen	1.046	147	214			5	190		3
Hannover	929	1.103	894	310	91		157		— 58
Magdeburg	1.014	1.444	371	103	24		163	16	103
Neukölln	999	248	41	7	187		— 1		19
Königsberg	1.298	292	233	297	24		22	35	— 6
Duisburg	263	359	217	52	34	2	32	249	
Stettin	816	170	391	49	60		159	— 621	
Mannheim	737	958	647	— 401	117	15	96	— 140	
Kiel	673	570	192	56	7		111		
Städtegruppe B.									
Danzig	810	418	326	— 13	91	8	111	— 89	
Halle	696	632	233	21	38	— 10	142		
Straßburg		954	388		120	1	376	— 257	
Bln.-Schöneberg	334	473		468	86		—		
Gelsenkirchen	22	138	160	45	25	—	33		
Elberfeld	1.246	539	223	52	14	1	120		— 42
Barmen	989	621	365	113	23	17	66		
Aachen		504	390		4	—	120		
Cassel	644	272	232	35	2		31	9	60
Bochum	161	176	153	29	14	1	61		— 4
Karlsruhe	594	236	444	— 44	44	2	115	— 30	
Bln.-Wilmersdorf	253	220	30	51	15		—	— 471	
Crefeld	529	453	533	— 9	51	2	4	— 258	— 17
Erfurt	58	552	250	12	24	1	79		— 9
Mülheim/Ruhr	108	124	125	6	— 19		9		— 7
Plauen	761	490	65	3	9	— 1	106		
Hamborn				5	24		24		

Tabelle 9.

Die Überschüsse der Unternehmungen im Jahre 1911.

(in 1000 Mk.)

Städte	Gaswerk	Elt-Werk	Wasserwerk	Straßenbahn	Märkte und Markthallen	Eichämter	Vieh- und Schlachthöfe	Häfen und Lagerhäuser	Sonstige Betriebe
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Saarbrücken	355	235	158	— 2	16	2	33		
Wiesbaden	1.041	977	525	35	13	10	34		— 782
Spandau	156	34	76		11	1	— 96		
Städtegruppe C.									
Oberhausen	145	152	45		11	5	24		
Hagen	162	253	101	130	5	1	50		
Ludwigshafen	240	62	247	140	29	1	— 12		
Münster	422	301	230	94	1	—	15		
Bonn	155	358	210	7	38	—	31	— 4	66
Würzburg	283	200	130	3	32	7	60	19	65
Darmstadt	623	238	306	26	46	11	127	3	— 14
Linden	138	64	89	70	5	40			
Görlitz	338	156	— 79		30	2	29	1	— 21
Bielefeld	298	354	184	— 36	70	1			
Offenbach	348	59	298	— 1	12	1	27	— 35	
Königshütte		12	94		30	—	68		
Remscheid	291	195*)	59	2*)	7	—	23		8
Zwickau	79	13	249		7	—	240		
Osnabrück	377	193	60	60	11	116	21	— 16	
Fürth	383	134	49		25	5	33		17
Heidelberg	311	171	258	124	35	—	59		14
M.-Gladbach	198	183	142	67	26	— 1	8		— 34
Liegnitz	400	28	73		10	4	6		
Bromberg	243	19	— 3	3	—	1	20	1	
Flensburg	219	— 1	82	26	3	1	62	— 19	—
Herne	85	45		50	4	—	—		2
Coblenz	423	9	34	10	39	—	32	— 4	3
Potsdam	72	93	47	— 213	18	— 3	80		4
Elbing	161	5	52		13	8	22	2	
Recklinghausen	101	87	8	4	7	—	34		
Ulm	111	92	32	— 31	1		7		
Hildesheim	143	62	— 131	17	8	5	23	—	1
Dessau	63	17	21		15	47	4		5
Kaiserslautern	67	155	80		20		13		3
Mülheim a/Rh.	202	145		20	11	—	— 28	— 6	— 23
Regensburg	55	418	234	— 35	16	1	137	— 29	— 5
Brandenburg	89	118	134	— 76	3	—	25	— 23	

*) Remscheid: Sp. 3: einschl. Straßenbahn; Sp. 5: Barmer Bergbahn.

Tabelle 10.

Die Überschüsse der Unternehmungen im Jahre 1912.
(in 1000 Mk.)

Städte	Gaswerk	Elt-Werk	Wasserwerk	Straßenbahn	Märkte und Markthallen	Eichämter	Vieh- und Schlachthöfe	Hafen und Lagerhäuser	Sonstige Betriebe
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Städtegruppe A.									
München	2.693	3.427	416	2.635	— 76	114	396	— 7	149
Dresden	3.459	1.859	268	1.389	48		634		
Köln	2.608	2.540	1.399	1.316	— 68		212	— 828	92
Breslau	2.571	1.542	494	1.049	15		460	— 59	
Nürnberg	2.115	969	436	897	37	43	157		
Charlottenburg	490	2.677	122		65		1	— 74	
Duisburg	621	564	315	— 4	14	— 3	25	617	
Mannheim	277	466	434	— 652	119	4	102	25	
Städtegruppe B.									
Halle	856	439	300	20			86		
Bln.-Schöneberg	342	505		— 541	91		5		
Altona	834	313	367	6	— 34	2	18	— 355	
Gelsenkirchen	121				25	—	33		
Elberfeld	1.316	543	162	29	18	— 2	99		— 50
Barmen	906	766	306	90	23	1	33		
Cassel	204	79	250	35	9		11	9	67
Bochum	171	140	116	34	17	1	39		— 4
Augsburg	382	34	308	260	—	8	45	— 1	—
Karlsruhe	610	129	459	57	40	3	82	13	
Crefeld	588	510	467	7	63		18	— 266	— 18
Erfurt	86	458	210	13	23		30		11
Mülheim/Ruhr	116	103	77				8		— 64
Hamborn				— 35	26		101		
Saarbrücken	320	288	154	— 114	20		11		
Wiesbaden	1.026	1.084	515	37	47		1		— 620
Spandau	107	11	247	— 11	11		— 15		

Tabelle 10.

Die Überschüsse der Unternehmungen im Jahre 1912.

(in 1000 Mk.)

Städte	Gaswerk	Elt-Werk	Wasserwerk	Straßenbahn	Märkte und Markthallen	Eichämter	Vieh- und Schlachthöfe	Hafen und Lagerhäuser	Sonstige Betriebe
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Städtegruppe C.									
Ludwigshafen	239	273	177	38	32	6	42	38	57
Würzburg	431	208	128		29	1	19		
Görlitz	319	166	6		31		14	1	80
Offenbach	471	250	251	— 8	16	2	24	— 37	
Königshütte		107	75		37		54		
Remscheid	196	196	5	34	12		2		— 2
Zwickau	438	19	271		8		88		
Osnabrück	398	264	84	59	8		16	— 16	
Fürth	209	145	36	40	25	5	26		26
M.-Gladbach	212	248	105	141	32	—	25		— 36
Liegnitz	395	29	90		14	—	6		
Rostock	168	169	76	— 9		2	187	89	
Bromberg	233	34	— 37		— 1		13	1	
Flensburg	233	3	70	20	3		19	— 3	
Herne	94	56		112	5			— 1	6
Coblenz	211		12	— 17	37	—	7	— 21	4
Potsdam			110	223			2		—
Elbing	172		50		13		20	5	
Hildesheim	244	85	— 23	3	8	—	1		— 4
Dessau			14		15		3		—
Kaiserslautern		202	72		22		3		3
Regensburg	293	253	115	— 23	14	2	51	— 9	— 2
Brandenburg	201		166	— 35	2	—	1		
Solingen	143	136	7		6				

Tabelle 10a.

Der prozentuale Anteil der Versorgungsunternehmungen am Gesamtüberschuß der Unternehmungen.

Städte	Gaswerke		Wasserwerke		Elektrizitäts-werke		Straßenbahnen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Gruppe A.								
München	21,8	27,6	9,4	4,3	31,1	35,1	25,3	27,0
Dresden	41,0	45,2	7,6	3,5	23,4	24,3	16,8	18,1
Köln	30,1	35,9	23,1	19,2	36,3	34,9	19,3	18,1
Breslau	42,4	42,3	13,9	8,1	26,0	25,4	11,5	17,3
Frankfurt a.M.	17,5		12,5		52,4		38,5	
Düsseldorf	24,1		17,8		34,8		26,6	
Nürnberg	44,5	45,4	12,9	9,4	18,9	20,8	17,7	19,3
Charlottenbg.	50,5	14,9	4,0	3,7	41,6	81,6	3,9	
Essen	65,2		13,3		9,2			
Hannover	27,1		26,1		32,2		9,0	
Magdeburg	31,3		11,4		44,6		3,2	
Neukölln	66,6		2,7		16,5		0,5	
Königsberg	59,1		10,6		13,3		13,5	
Duisburg	21,8	28,9	18,0	14,7	29,7	26,2	4,3	
Stettin	79,5		38,1		16,6		4,8	
Mannheim	36,3	35,7	31,9	55,9	47,2	60,0		
Kiel	41,8		11,9		35,4		3,4	
Durchschnitt	41,2	34,5	15,6	14,8	29,9	38,5	13,2	20,0
Gruppe B.								
Danzig	48,7		19,0		25,1			
Halle	39,7	50,3	13,3	17,6	36,0	25,8	1,2	1,2
Straßburg			24,5		60,3			
Bln.-Schönebg.		85,3				125,9		
Altona		72,4		31,9		27,2		0,5
Gelsenkirchen	5,2	67,2	37,8		32,6		10,6	
Elberfeld	57,8	62,2	10,3	7,6	25,0	25,7	2,4	1,4
Barmen	45,1	42,6	16,6	14,4	28,3	36,0	5,1	4,2
Aachen			38,3		49,6			
Kassel	50,1	30,7	18,0	37,6	21,1	11,9	2,7	5,3
Bochum	27,1	33,3	25,8	22,6	29,7	27,2	4,9	6,6
Augsburg		36,8		29,7		3,3		25,1
Braunschweig								
Karlsruhe	43,6	43,8	32,6	32,9	17,3	9,3		4,1

Tabelle 10a.

Der prozentuale Anteil der Versorgungsunternehmungen am Gesamtüberschuß der Unternehmungen.

Städte	Gaswerke		Wasserwerke		Elektrizitäts-werke		Straßenbahnen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
B.-Wilmersd.	255,5		30,3		222,2		51,5	
Krefeld	41,1	42,9	41,4	34,1	35,2	37,2		0,5
Erfurt	6,0	10,3	25,8	25,3	57,0	55,1	1,2	1,6
Mülheim/Ruhr	31,3	48,5	36,2	32,2	35,9	43,1	1,7	
Plauen	53,1		4,5		34,1		0,2	
Hamborn							11,4	
Saarbrücken	44,5	47,1	19,8	22,7	29,5	42,4		
Wiesbaden	56,2	49,1	28,3	24,6	52,7	51,9	1,9	1,8
Spandau	85,7		41,7		18,7			
Durchschnitt	55,7	48,2	25,8	25,6	45,0	37,3	7,9	4,7

Gruppe C.

Oberhausen	38,0		11,8		39,8			
Hagen	23,1		14,4		36,0		18,5	
Ludwigshafen	33,9	30,8	34,9	22,8	8,8	35,2	19,8	4,9
Münster	39,7		21,6		28,3		8,8	
Bonn	18,0		24,4		41,5		0,8	
Würzburg	36,3	45,7	16,7	13,6	25,7	22,1	0,4	
Darmstadt	45,5		22,4		17,4		1,9	
Linden	34,0		21,9		15,8		17,2	
Görlitz	74,1	51,7		1,0	34,2	26,9		
Bielefeld	34,2		21,1		40,6			
Offenbach	49,0	48,7	42,0	25,9	8,3	25,8		
Königshütte			46,1	31,6	5,9	45,1		
Remscheid	49,7	44,1	10,1	1,1		44,1		7,7
Zwickau	13,4	53,2	42,3	32,9	2,2	2,3		
Osnabrück	45,9	48,9	7,3	10,3	23,5	32,4	7,3	7,2
Fürth	59,3	40,7	7,6	7,0	20,7	28,3		7,8
Heidelberg	32,0		26,5		17,6		12,8	
M.-Gladbach	33,5	31,4	24,0	15,2	31,0	36,7	11,3	20,9
Liegnitz	76,6	75,5	14,0	17,2	5,4	5,5		
Rostock		24,6		11,1		24,8		
Bromberg	85,6	95,9			6,7	14,0	1,1	
Flensburg	58,6	67,5	21,9	20,3		0,9	6,9	5,8
Herne	45,7	34,7			24,2	20,7	26,9	41,3

Tabelle 10a.

Der prozentuale Anteil der Versorgungsunternehmungen am Gesamtüberschuß der Unternehmungen.

Städte	Gaswerke		Wasserwerke		Elektrizitäts-werke		Straßenbahnen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Koblenz	78,3	90,6	6,3	5,1	1,7		1,8	
Potsdam	19,8		12,9		25,6			
Elbing	61,4	66,4	19,8	19,3	1,9			
Recklinghaus.	42,1		3,3		36,2		1,7	
Ulm	52,6		15,2		43,6			
Hildesheim	111,7	78,5			48,4	27,3	13,3	1,0
Dessau	36,6		12,2	43,7	9,9			
Kaiserslautern	19,8		23,6	23,8	45,7	66,7		
Mülheim a/Rh.	62,5				44,9		6,2	
Regensburg	6,9	42,2	29,2	16,6	52,1	36,5		
Brandenburg	33,0		49,6		43,7			
Solingen		49,0		2,4		46,6		
Durchschnitt	45,3	53,7	21,5	16,9	25,4	28,5	9,2	12,1
Ges.Durchschn.	46,8	48,1	21,1	19,3	31,9	33,5	10,2	10,4

Tabelle 11.

Aufgliederung der Spalte 10 der Tabelle 9—10 „Sonstige Betriebe".

1911:

München	Wein- und Ratskeller, Holz- u. Kohlenhof.
Dresden	Stadtkellerei .
Köln	Brückenbetrieb, Brauerei, Bäckerei.
Frankfurt/M.	Waageanstalten.
Düsseldorf	Fonds zur Beteiligung an gewerblichen Unternehmungen, Weinhandlung der Tonhalle.
Hannover	Säle.
Magdeburg	Werkstatt der Gas- und Wasserwerke.
Neukölln	Omnibusbetrieb und Ratswagen.
Königsberg	Pregelfähren.
Elberfeld	Täglicher Anzeiger, Stadthalle.
Kassel	Stadtkeller.
Bochum	Städt. Ringofenziegelei.
Krefeld	Stadthalle.
Erfurt	Städt. Kiesgrube.

Tabelle 11.

Aufgliederung der Spalte 10 der Tabelle 9—10 „Sonstige Betriebe".

Wiesbaden	Kurverwaltung, Badeblatt.
Bonn	Rheinbrücke.
Würzburg	Installationsgeschäft der städt. Werke.
Darmstadt	Saalbaukasse.
Görlitz	Stadthalle, Ziegelei, Braunkohlenbergwerk.
Remscheid	Dampfwäscherei.
Fürth	Installationsgeschäft der städt. Werke.
Heidelberg	Stadthalle.
M.-Gladbach	Ratskeller, Wirtschaftsbetrieb, Scheibenstand.
Flensburg	Waageanstalten.
Herne	Gasthaus.
Koblenz	Stadtkellerei.
Potsdam	Eiswerk, Ratswage.
Hildesheim	Städt. Waage, Arbeiten gegen Kostenersatz.
Dessau	Kunsteisbereitungs- u. Normaluhrenanlage.
Kaiserslautern	Sandgruben.
Mülheim/Rh.	Schiffbrücke mit Motorboot.
Regensburg	Wirtschaften.
1912:	
Breslau	Jahrhunderthalle und Nebengebäude.
Mülheim/Ruhr	Beteiligung an wirtschaftl. Unternehmungen, Wirtschaft auf dem Kahlenberg, Wanderarbeitsstätte.
Remscheid	Arbeiterwohnhäuser.
Potsdam	Eiswerk.
Hildesheim	Arbeiten gegen Kostenersatz.
Augsburg	Holzmesser.
Dresden	Vorarbeiten für Einrichtung eines Geschäfts- und Lagerhauses, Ratskellerei.

Interessant ist noch die Tabelle 11, die uns eine genaue Aufgliederung der Rubrik „Sonstige Betriebe" gibt. 1912 sind nur diejenigen Städte besonders angeführt, bei denen sich gegenüber 1911 neue Angaben vorfanden; es fehlen die Angaben für Frankfurt/M, Düsseldorf, Hannover, Magdeburg, Neukölln, Königsberg, Bonn, Darmstadt, Heidelberg, Mülheim/Rh. Bei den übrigen Städten sind keine Änderungen eingetreten. Wir sehen, welch verschiedenartige Unternehmungen, die streng genommen, nichts mit den eigentlichen Aufgaben der Städte zu tun haben, die Stadt unterhält. Zum Teil dürfte der

Grund hierzu wohl in der geschichtlichen Entwicklung zu suchen sein, wenn natürlich auch bei einer Reihe von Unternehmungen noch andere Gesichtspunkte mitsprechen.

II. Während des Krieges.

Während des Krieges wurden die Gemeinden in besonderem Maße dazu herangezogen, die Durchführung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und sonstigen wichtigen Bedürfnissen des täglichen Lebens möglichst reibungslos zu ermöglichen. „Nicht ohne Widerstreben errichteten die Kommunalverbände zur besseren Durchführung der Lebensmittelzwangswirtschaft Lebensmittelämter, Mehl- und Futtermittelverteilungsstellen als rein gemeindliche Betriebe, Volksernährungsgesellschaften, Milchzentralen u. dgl. als gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen.“ [12]) Ferner fallen in diese Zeit auch die Errichtung von Kohlen- und Bekleidungsstellen.

Nur der Vollständigkeit halber wurde hier dieser Unternehmungen Erwähnung getan. Sie fallen nicht unter den Begriff „Unternehmung“, wie wir ihn eingangs klarlegten, wenn auch diese Kriegswirtschaft, „zum gewissen Teil auf Erzielung von Überschüssen abgestellt war.“ [12]) Mit dem Abbau der Zwangswirtschaft wurden auch diese Unternehmungen zum allergrößten Teil wieder aufgelöst.

12) Dr. Fleischmann, Die Grenzen wirtschaftl. Betätigung der Gemeinden in Ztschr. f. Kommunalwirtschaft, 17. Jg. Nr. 7, S. 342.

Zweites Kapitel.

Die kommunalen Unternehmungen in ihrer Bedeutung für den städtischen Haushalt der Nachkriegszeit.

Im zweiten Kapitel unseres Hauptteils wollen wir uns einer ausführlichen Betrachtung der heutigen Verhältnisse zuwenden. Auch hier sollen die Angaben des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte ausgewertet und den Ergebnissen unserer bisherigen Untersuchung gegenübergestellt werden. Doch soll vorher noch ein gesonderter Überblick über die Ausgaben und Einnahmen gegeben werden, da sich deren Regelung gegenüber der Vorkriegszeit vollständig geändert hat.

I. Die heutige Regelung der Ausgaben und der Einnahmen.

1. Die Ausgaben.

Hatten wir im ersten Kapitel bei der Aufzählung der wichtigsten Ausgaben der Städte gesehen, daß die Wohlfahrtsausgaben erst an dritter Stelle standen, so ist hierin in der Nachkriegszeit eine grundlegende Wandlung eingetreten: Die Wohlfahrtslasten stehen heute unter den Ausgaben an erster Stelle und wachsen noch dauernd — man kann ohne Übertreibung sagen von Tag zu Tag — weiter an. Insbesondere die den Städten obliegende Fürsorge für die ausgesteuerten Arbeitslosen, die sog. Wohlfahrtserwerbslosen, hat einen Umfang angenommen, den man früher kaum für möglich gehalten hätte und der die meisten Städte hart bis an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs bringt. Doch soll auf die neueste Entwicklung erst weiter unten eingegangen werden.

Als nach Ausbruch der Revolution infolge der Bestimmungen des Waffenstillstandvertrages das Heer aufgelöst und in die Heimat zurückgezogen wurde, bot sich den Gemeinden eine große und schwere Aufgabe bei der Eingliederung der Truppen in den Produktionsprozeß und bei der Umstellung der

gesamten Wirtschaft von der Kriegs- auf die Friedensindustrie. Und als es dann später galt für die Arbeitslosen zu sorgen, wurden wiederum die Gemeinden herangezogen.

Zwar sorgte das Reich zunächst für die Erwerbslosen. Voraussetzung war der Begriff der „Kriegsfolgen", der jedoch recht weit ausgelegt wurde, so daß „auch alle mittelbaren Folgen des Krieges hiervon mit erfaßt wurden." [1]) Durch eine Verordnung vom 1. 10. 1923 wurde für Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein Zwang zur Zahlung von Beiträgen eingeführt und in einer Novelle vom 16. 2. 1924 wurde dann die Aufbringung der Mittel geregelt und auch der oben angeführte Begriff der „Kriegsfolgen" festgelegt. Zu diesen Aufwendungen hatten auch die Gemeinden beizutragen: Sie hatten die Kosten des öffentlichen Arbeitsnachweises sowie 1/9 der Ausgaben für die Erwerbslosen zu tragen. „Beihilfen des Reichs und der Länder erfolgen, wenn die Höchstbeträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie die Gemeindeleistungen zur Deckung des Fürsorgeaufwandes nicht ausreichen." [2]) Oberstes Ziel hierbei war natürlich, die Wiederbeschaffung von Arbeit. Zu diesem Zwecke, insbesondere zur Inangriffnahme von Notstandsarbeiten durch die Städte stellte der Reichsarbeitsminister Zuschüsse aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge in Aussicht.

Im Jahre 1927 erfolgte dann durch das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (vom 16. 7. 1927) eine Neuregelung der ganzen mit dem Arbeitslosenproblem zusammenhängenden Fragen. Neu hieran war, daß jetzt das Prinzip der Versicherung — Leistung und Gegenleistung — durchgeführt worden ist. Der Arbeitslose hat Anwartschaft auf Unterstützung nur dann, wenn er „in den letzten zwölf Monaten während 26 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat." [3]) (§§ 95—98 A. V. A. V. G.). „In Zeiten besonders ungünstiger Arbeitsmarktlage kann der Reichsarbeitsminister nach Anhörung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt die Gewährung von Unterstützung über 26 Wochen hinaus als Krisenfürsorge zulassen... Anspruch auf Krisenunterstützung haben einmal die ausgesteuerten Erwerbslosen und Erwerbslose, die die Anwartschaft nicht erfüllt haben, aber im Laufe von einem Jahr bezw. drei Jahren wenigstens 13 Wochen Beiträge geleistet haben." [4])

1) Handwörterbuch der Rechtswissenschaft. Stier-Somlo: Erwerbslosenfürsorge, S. 351.
2) Stier-Somlo, a. a. O., S. 357.
3) Prochownik, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Lehrbuch der Wohlfahrtspflege, S. 190.
4) Prochownik, a. a. O., S. 191.

Ein Fünftel dieser Krisenunterstützung haben die Gemeinden zu tragen. Vollständig für den Unterhalt haben sie zu sorgen, wenn die Erwerbslosen für die im Gesetz vorgesehene Zeit ihre Unterstützung von der Reichsanstalt bezogen haben, wenn sie ausgesteuert sind.

Aber auch auf anderen Gebieten wirken sich die Folgen des verlorenen Krieges nachteilig für die Gemeinden aus. Sie sind Träger der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Sie haben für die durch die Inflation verarmten Kleinrentner zu sorgen, haben die Empfänger von Invalidenrente, die von dieser allein nicht leben können (Sozialrentner), zu unterstützen. Zwar besteht die gesetzliche Vorschrift, daß die Gemeinden berechtigt sind, die Kosten von den Unterhaltspflichtigen wieder einzuziehen, jedoch ist dies bei der heutigen schwierigen Wirtschaftslage nicht immer möglich. Von einer privaten Wohlfahrtspflege, die vor dem Kriege die Arbeiten der Gemeinden unterstützte und eine wesentliche finanzielle Entlastung für sie bedeutete, kann heute kaum noch gesprochen werden. Teils sind deren Träger durch die Inflation verarmt und fallen heute womöglich selbst der öffentlichen Unterstützung zur Last, teilst aber „ist diese individuelle Fürsorge durch schematisierende Gesetzesbestimmungen und zentrale Anordnungen zurückgedrängt worden." [5])

Ferner sind die Gemeinden verpflichtet, Jugendämter zu errichten, denen die Amtsvormundschaft, die Aufsicht über die Pflegekinder und deren Erziehung usw. obliegt. In Preußen kommt noch die Krüppelfürsorge hinzu.

Durch das Reichsgesetz vom 1. 10. 1927 wurde den Gemeinden die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zur Pflicht gemacht, ohne daß ihnen für die hierdurch entstehenden Kosten besondere Mittel überwiesen würden. „Gemäß § 54 des FAG. ist zwar vorgesehen, daß das Reich den Ländern oder Gemeinden neue Aufgaben nur zuweisen darf, wenn es gleichzeitig für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel Sorge trägt und daß das Gleiche gilt bei wesentlicher Erweiterung bereits bestehender Aufgaben; auch das preußische Ausführungsgesetz zum FAG. enthält in seinem § 7 eine entsprechende Bestimmung. Daß die Praxis jedoch ein ganz anderes Bild bietet, dürfte zur Genüge bekannt sein. Sowohl die Bestimmung des § 54 des Reichsgesetzes wie des § 7 des preußischen Ausführungsgesetzes bedeutet nichts anderes als eine Richtschnur, die sich der Gesetzgeber selbst gegeben hat und von der er jeder-

5) Mittelstaedt-Schrader, Das städtische Haushaltswesen nach Form und Inhalt, S. 72.

zeit im Einzelfall durch späteres Gesetz abweichen kann, ohne daß sich die Gemeinden den ihnen etwa unter Mißachtung dieses Grundsatzes auferlegten Lasten und ihrer etwaigen Zwangsetatisierung entziehen könnten." [6])

Wir haben diese Stelle deshalb so ausführlich zitiert, weil sie für die Erkenntnis der Finanznot der Gemeinden von grundlegender Bedeutung ist.

In dem Abschnitt „Bildungswesen", der nach dem Kriege von den Wohlfahrtslasten an die zweite Stelle verwiesen wurde, nehmen nach wie vor die Ausgaben für das Schulwesen den breitetsten Raum ein. Die Regelung ist im wesentlichen dieselbe geblieben wie vor dem Kriege: den Gemeinden die sachlichen (äußeren) Kosten und dem Staat die persönlichen (inneren) Angelegenheiten. Jedoch kann die Entwicklung dahin gekennzeichnet werden, daß der Staat durch seine Gesetzgebung versucht, die Zuständigkeiten der Gemeinden zu verengern, auf der anderen Seite aber die Ausgaben zu vergrößern. Als Beispiel sei die Neuregelung der Lehrerbesoldung erwähnt. Die Denkschrift des deutschen Städtetages hat diese Entwicklung einmal wie folgt formuliert: „Der Staat ordnet an, aber die Gemeinde muß zahlen." [7])

Daß man sich bei einer Steigerung der Pflichtausgaben mit den freiwilligen Ausgaben auf dem Gebiet des Theaters oder des Orcheseters eine gewisse Zurückhaltung auferlegte, nimmt kaum Wunder. Wenn natürlich auch diese Sparmaßnahmen noch nicht einen derartigen Umfang annahmen, wie wir ihn bei der Schilderung der heutigen Zustände später noch kennen lernen werden.

Daß die Ausgaben für die Hauptverwaltung einschließlich Polizei heute an dritter Stelle stehen, ist auf das Anschwellen des städtischen Beamtenkörpers zurückzuführen. Da, wie wir sahen, in der Kriegs- und Nachkriegszeit das Reich zahlreiche neue Aufgaben den Gemeinden übertrug, mußte eine Vermehrung der Beamten notwendig die Folge sein. Man denke beispielsweise nur an zwei Gebiete: Wohnungswesen und Wohlfahrtswesen. Daß die lawinenartig anschwellende Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen heute unmöglich mit derselben Zahl von Beamten abgefertigt werden kann, wie beispielsweise 1926 wird auch dem in diesen Dingen Unkundigen einleuchten. Als zweiter Faktor kommt noch die durch Reichsgesetz vom 1. 10. 1927 geregelte Besoldungsreform hinzu, die

6) Mittelstaedt-Schrader, a. a. O., S. 106.
7) Städte, Staat, Wirtschaft. Denkschrift des deutschen Städtetages, S. 27.

den Zweck hatte, die Gehälter der Kommunalbeamten den Bezügen der Staatsbeamten anzugleichen.

Auf dem Gebiet der Polizei erfolgte in den meisten größeren Städten die Ersetzung der kommunalen Polizei durch staatliche Polizei. Hier ist die Verteilung der Kosten so geregelt, daß der Staat die unmittelbaren Kosten trägt— hierunter fallen „vor allem die Besoldungen der staatlichen Beamten, die Mieten für Dienstwohnungen und Polizeidiensträume, Polizeigefängniskosten“ [8]) usw. — während der Gemeinde die mittelbaren Kosten zur Last fallen. Nach dem neuen Polizeikostengesetz, das am 1. 4. 1930 in Kraft getreten ist, werden die Kostenanteile der Gemeinde nach dem Steuereinkommen der Städte festgesetzt, nicht wie bisher nach dem sog. ortspolizeilichen Bedarf. „Außerdem müssen die Städte ab 1. 4. 1930 die Kosten für die Verkehrsschilder, Verkehrsampeln usw. selbst tragen.“ [9])

2. Die Einnahmen.

Auch für die Nachkriegszeit hat die Einteilung der gesamten Einnahmen einer Stadt in 1. Gebühren, 2. Steuern und 3. Überschüsse der Unternehmungen als den Haupteinnahmequellen noch Gültigkeit. Die in der Finanzübersicht des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte noch angeführten beiden Spalten: „Überschüsse der Vorjahre oder Ausgleichsfonds“ und „spätere Mittel (vorläufig ungedeckt)“ können wir bei der nachfolgenden Behandlung außer Betracht lassen, da es sich durchschnittlich um geringe Prozentbeträge handelt, die sich auch nur bei einigen Städten im Etat vorfinden. Die Gebühren stellen uns vor keine neuen Probleme; nach wie vor bilden sie einen wesentlichen Teil der Einnahmen. Da die Überschüsse der Unternehmungen im folgenden Abschnitt ausführlich behandelt werden, obliegt uns hier eine Darstellung derjenigen Steuern, die für die Einnahmeseite des städtischen Haushaltes von wesentlicher Bedeutung sind.

Damit das Reich den ihm auferlegten Kriegslasten nachkommen konnte, konnte es nicht länger wie bisher, „Kostgänger der Länder“ sein. Das Finanzausgleichsgesetz des Jahres 1919/20 nahm daher den Ländern ihre Steuerhoheit und legte sie dem Reiche bei. Auch die einzelnen Steuergesetze erfuhren mehr oder weniger tiefgehende Veränderungen. Die Gemeinden verloren ihr Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer; sie wurden auf Überweisungen gesetzt. Gleichzeitig sank auch ihre

8) Jellinek, Verwaltungsrecht, S. 411.
9) Rheinisch-westfälische Zeitung Nr. 168 (1. IV. 1930).

finanzielle Bedeutung für die Gemeinden: Während sie früher 50 % der Steuereingänge ausmachte, sank ihr Anteil auf 20—25%. Dafür gewannen die Realsteuern an Bedeutung. Grund- und Gebäudesteuer, vor allem aber die Gewerbesteuer lieferten immer größere Erträge. Ihre Veranlagung geschieht durch den Staat, die Erhebung aber ist den Gemeinden überlassen. Die Gewerbesteuer, die vom stehenden Gewerbe (im Gegensatz zum Wandergewerbe) erhoben wird, ist in die Besteuerung des Gewerbeertrages und des Gewerbekapitals aufgeteilt. Anstelle des Kapitals kann die gezahlte Lohnsumme zugrundegelegt werden. Durch Reichsgesetz sind bestimmte Besteuerungsprozentsätze festgelegt, die sich nach der Höhe des Kapitals bezw. des Ertrages richten. Hierzu erheben die Gemeinden dann ihre Zuschläge.

Daneben gibt es noch die kleineren Gemeindesteuern wie Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Motorbootsteuer usw., die gleichfalls durch Reichsgesetz geregelt sind und deren Erhebung den Gemeinden teilweise zur Pflicht gemacht worden ist.

Nach dieser Schilderung der heutigen Regelung der Einnahmen und Ausgaben wenden wir uns im folgenden Abschnitt der Darstellung der Finanzübersicht für die vier Jahre nach dem Kriege, für 1925, 1927, 1928 und 1929 zu. Die Untersuchung bezieht sich in den einzelnen Jahren auf *22*, *23*, *24*, *22* Städte der Gruppe A, 15, *20*, *21*, *22* Städte der Gruppe B sowie auf *28*, *36*, *40*, *43* Städte der Gruppe C, also insgesamt

1925	65
1927	79
1928	85
1929	87 Städte.

Tabelle Nr. 12.

Ordentliche Gesamtausgaben der Kämmereiverwaltung
(in 1000 Mk.)

Städte	1925	1927	1928	1929	Steigerung der Ausgaben von 1925 (bzw. 1927) bis 1929 (in Prozent)
1	2	3	4	5	6
Städtegruppe A.					
Berlin	576.077	761.214	837.135	858.471	49,0
Köln	124.726	147.345	158.623	161.337	29,3
München	99.903	105.036	114.375	112.205	—

Tabelle Nr. 12.

Ordentliche Gesamtausgaben der Kämmereiverwaltung
(in 1000 Mk.)

Städte	1925	1927	1928	1929	Steigerung der Ausgaben von 1925 (bzw. 1927) bis 1929 (in Prozent)
1	2	3	4	5	6
Leipzig		118.617	126.055	133.830	(12,8)
Dresden	85.265	105.752	110.013	116.111	36,2
Breslau	70.127	99.909	100.912	109.045	51,9
Frankfurt/M.	100.304	124.370	129.264	142.262	41,8
Essen		67.457	74.067	76.070	(12,8)
Dortmund	47.437	50.995	71.204	72.052	51,9
Düsseldorf	61.896	82.004	90.689	87.658	—
Hannover	54.686	68.190	76.353	75.889	—
Nürnberg	43.536	47.262	51.165	53.571	23,0
Stuttgart	50.929	62.906	67.666	57.595	—
Chemnitz	41.033	54.336	59.941	68.377	66,6
Gelsenk.-Buer			38.349	39.871	—
Magdeburg	40.568	51.154	55.079	52.965	—
Königsberg	36.224	37.592	48.816	47.954	—
Duisburg	35.345	41.826	47.049	47.036	—
Stettin	28.309	35.693	41.304	40.674	—
Mannheim	41.130	47.280	47.320	45.312	—
Altona	24.684		43.904	44.443	—
Kiel	26.368	29.840	34.541		—
Bochum	21.599	26.816	28.716	29.177	35,1
Halle	21.691	30.699	32.705	31.164	—
Gelsenkirchen	20.456	22.960			—
Städtegruppe B.					
Barmen	23.197	27.947	29.378	27.769	—
Kassel	21.162	28.782	32.851	31.696	—
Elberfeld	23.954	28.160	31.064	28.570	—
Augsburg	19.612	21.444	24.165	23.265	—
Aachen	22.542	27.814	31.222	30.227	—
Wiesbaden	23.794	30.171	33.422	34.068	43,2
Karlsruhe		24.426	25.856	24.238	—
Braunschweig	10.166	14.482	14.576	17.020	69,4
Erfurt	16.726	20.571	22.554	22.575	35,0
Krefeld	20.611	21.708	22.984	21.674	—

Tabelle Nr. 12.

Ordentliche Gesamtausgaben der Kämmereiverwaltung
(in 1000 Mk.)

Städte	1925	1927	1928	1929	Steigerung der Ausgaben von 1925 (bzw. 1927) bis 1929 (in Prozent)
1	2	3	4	5	6
Mülheim	12.672	14.286	14.895	15.197	19,9
Hamborn		14.813	15.528	15.231	—
Hindenburg	5.478	11.283	12.703	12.856	134,7
M.-Gladbach	15.844	14.779	16.204	16.599	—
Münster		15.647	18.576	18.072	—
Plauen	13.358	16.769	18.473	19.177	43,6
Harburg-Whsg.			17.933	17.503	—
Mainz	19.954			22.451	—
Oberhausen		11.465	13.096	13.121	(14,4)
Ludwigshafen	11.532	14.039	15.537	14.119	—
Gleiwitz		12.926	12.896	13.751	—
Hagen	12.123	13.557	14.990	15.761	30,0
Städtegruppe C.					
Herne	6.970	8.530	11.653	12.222	75,3
Osnabrück	9.023	11.781	12.802	13.392	48,4
Beuthen	6.283	10.569	11.911	12.749	102,9
Freiburg	15.034	17.025	18.773	17.929	—
Bonn		16.755	18.411	17.985	—
Würzburg	9.002		9.108	8.768	—
Görlitz	11.900	12.390	14.116	14.131	18,7
Bielefeld	12.230	14.685	17.068	15.701	—
Darmstadt	13.264	15.197	15.563	15.911	20,0
Recklinghausen	7.684	10.009	10.158	9.140	—
Zwickau	10.168	12.060	12.769	13.035	28,2
Gera	7.884	9.302	10.406	10.279	—
Heidelberg	10.479	14.371	15.580	16.061	53,3
Rostock				10.230	—
Offenbach	11.692	17.100	14.612	15.534	—
Bottrop		9.450	9.683	9.047	—
Regensburg	6.288	8.387	8.302	7.181	—
Remscheid	9.236	9.614	10.379	10.309	11,6
Pforzheim	12.008	12.432	12.987	12.481	—
Fürth	6.792	6.973	7.343	7.589	11,7

Tabelle Nr. 12.

Ordentliche Gesamtausgaben der Kämmereiverwaltung
(in 1000 Mk.)

Städte	1925	1927	1928	1929	Steigerung der Ausgaben von 1925 (bzw. 1927) bis 1929 (in Prozent)
1	2	3	4	5	6
Dessau	5.022			6.977	—
Liegnitz	7.850	10.030	10.626	10.160	—
Wesermünde	6.385	7.924	9.128	9.017	—
Frankfurt a/O.	7.525		10.457	10.604	—
Elbing	7.129	8.642	9.867	8.479	—
Potsdam		10.736	12.534	12.182	—
Flensburg	8.071	9.609	11.449	12.749	—
Brandenburg	6.636	8.567	9.188	8.037	—
Wattenscheid			6.206	6.065	—
Hildesheim	7.200	8.912	9.490	9.479	—
Gladbeck		7.124	7.474	6.978	—
Kaiserslautern	8.015	7.657	7.124	7.067	—
Koblenz			12.443	12.071	—
Trier	8.143	8.865	9.943	9.486	—
Ulm	11.240	9.296	9.619	9.231	—
Castrop-Rauxel			5.954	5.633	—
Jena		5.387	5.878	6.257	(16,1)
Oldenburg		6.482		6.887	—
Solingen		7.941	8.442	8.471	(06,7)
Tilsit		6.090	6.239	6.498	(06,7)
Cottbus		8.706	10.487	10.882	(25,0)
Hamm			7.727	7.706	—
Sterkrade		4.060	4.982	5.319	(30,7)
Buer	9.762	12.698			—
Harburg	8.183	11.055			—

II. Die Einnahmen der Unternehmungen im besonderen.

1. Die Gesamtüberschüsse der Unternehmungen in ihrer Stellung im städtischen Haushalt.

Um die Stellung, die die Einnahmen der Unternehmungen im städtischen Haushalt innehaben, klar herausarbeiten zu können, ist es notwendig, auch auf die Ausgaben und auf die beiden Haupteinnahmequellen der Städte, die Einnahmen der Kämmereiverwaltungen und die Steuern einzugehen. Einen Überblick über die Gesamtausgaben vermittelt uns Tabelle 12.

Die Zahlen weisen im Durchschnitt ein stetiges Anwachsen der Ausgaben von 1925 bis 1928 auf. Bei manchen Städten sind die Ausgaben auch im Voranschlag für 1929 gegenüber dem Vorjahr erhöht worden. Bei der Mehrzahl läßt sich jedoch aus der Senkung der Ausgaben wohl mit Recht der Schluß ziehen, daß die Städte durch die Senkung der Ausgaben die Steuerlast zu vermindern suchten; daß sie diese Absicht infolge der katastrophalen Entwicklung der Wirtschaftslage nicht verwirklichen konnten, kann den Städten nicht zum Vorwurf gemacht werden.

In der letzten Spalte der Tabelle (6) wurde es unternommen, für diejenigen Städte, bei denen von 1925 bis einschl. 1929 eine Steigerung der Ausgaben festzustellen war, diesen Steigerungsprozentsatz zu berechnen. Setzen wir das Jahr 1925 = 100, so erhalten wir die angegebenen Zahlen. Die eingeklammerten Zahlen sollen andeuten, daß hier nur 3 aufeinanderfolgende Jahre (1927—1929) zur Verfügung standen, diese Zahlen also nicht mit den anderen vergleichbar sind. Es läßt sich hieraus ersehen, daß bei den in Frage kommenden Städten die Ausgaben von 1925 bis 1929 im Durchschnitt in Gruppe A um 42,7 %, in Gruppe B um 53,7 % und in Gruppe C um 41,1 %, im Gesamtdurchschnitt um 45,2 % gestiegen sind.

Geht man die einzelnen Städte durch, so fällt auf, daß die Steigerung bei Hindenburg und Beuthen besonders hoch ist. Auf eine diesbezüglich Anfrage beim Statistischen Amt der kommunalen Interessengemeinschaft für das Oberschlesische Industriegebiet wurde dem Verfasser in liebenswürdigster Weise folgende Auskunft über die Ursache der Steigerung gegeben:

„Im Jahre 1927 sind im oberschlesischen Industriegebiet Umgemeindungen großen Stils vorgenommen worden. Man kann daher den Finanzbedarf und Zuschußbedarf vor und nach dieser Zeit nur vergleichen, wenn man die Beziehung zur Einwohnerzahl herstellt. Nach der Voranschlagsstatistik im Jahrbuch der Deutschen Städtestatistiker betrugen die ordentlichen Ausgaben je Einwohner

1925 in Beuthen 100,57 RM, in Hindenburg 75,07 RM
1929 „ „ 135,05 „ „ „ 99,42 „

Demnach beträgt die Ausgabensteigerung nur 34,3 bzw. 32,4 %. Die Entwicklung der Ausgaben bewegt sich auch in Gleiwitz in derselben steigenden Richtung. 1927 betrugen die ordentlichen Ausgaben je Einwohner in Gleiwitz 127,48 RM, 1929 = 129,24 RM. In den früheren Jahren war das Steigerungstempo

ein beschleunigteres, wie es sich ja auch in Beuthen und Hindenburg während der letzten Jahre stark verlangsamt hat. Wenn man die ordentlichen Ausgaben der Jahre 1927 und 1929 vergleicht, so ergibt sich für Hindenburg sogar eine rückläufige Bewegung.

Die Ausgabensteigerung ist z. T. als Folge der neuen Grenzziehung zu werten, die für die oberschlesischen Kommunen umfangreiche Aufgaben auf wohnungspolitischem (Flüchtlingsfürsorge), arbeitsmarktpolitischem und kulturpolitischem Gebiete mit sich gebracht hat. Daneben werden die oberschlesischen Kommunen als ausgesprochene Industriestädte in besonderem Maße von der jetzigen Wirtschaftskrise betroffen. Die Hauptlastenquelle ist dementsprechend das Wohlfahrtswesen mit seiner doppelten außerordentlichen Inanspruchnahme durch das Flüchtlingswesen und die konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit.

Gestiegen sind außerdem die Ausgaben für das Bildungswesen, im Zusammenhange mit einer intensiveren Pflege deutschen Kulturgutes in den oberschlesischen Grenzgebieten."

Zur Deckung dieser Ausgaben kommen, wie wir eingangs erwähnten, drei Haupteinnahmequellen in Frage: Die eigenen Verwaltungseinnahmen, die Steuern und die Überschüsse der Unternehmungen. Der naheliegende Gedanke, daß bei Städten mit starker Ausgabensteigerung nun auch alle drei Einnahmequellen gestiegen seien, dagegen bei geringer Erhöhung der Ausgaben nur ein oder zwei Posten, findet durch die vorliegenden Angaben keine Bestätigung.

Im folgenden wollen wir zuerst die eigenen Einnahmen der Kämmereiverwaltung einer Betrachtung unterziehen.

Tabelle 13 gibt uns Auskunft darüber, wie groß diese Einnahmen in den einzelnen Jahren waren und in welchem Prozentsatz sie an der Deckung der Gesamtausgaben beteiligt waren. Wenn wir diese letzteren Angaben, die uns ja allein einen Vergleich mit der Vorkriegszeit ermöglichen, vereinfachen, und in je einer Durchschnittszahl für je eine Städtegruppe und je ein Jahr ausdrücken, so erhalten wir folgende Übersicht:

Der Anteil der Einnahmen aus der Kämmereiverwaltung an der Deckung der Gesamtausgaben betrug:

	1925	1927	1928	1929
In Gruppe A:	40,4	41,3	37,7	36,2
B:	41,0	39,4	36,4	34,4
C:	40,0	40,2	38,1	35,6

Die niedrigsten und höchsten Prozentziffern entfallen auf folgende Städte:

1925 Gruppe A: 33,8 (Düsseldorf) u. 47,7 (Dortmund)
B: 29,5 (Ludwigsh.) u. 53,5 (Wiesbaden)
C: 25,1 (Regensburg) u. 58,9 (Ulm)

1927 Gruppe A: 32,2 (Duisburg) u. 51,7 (Leipzig)
B: 30,8 (Oberhausen) u. 52,4 (Plauen)
C: 23,8 (Fürth) u. 54,6 (Liegnitz)

1928 Gruppe A: 28,1 (Nürnberg) u. 47,9 (Leipzig)
B: 25,6 (Braunschw.) u. 51,1 (Wiesbaden)
C: 21,6 (Würzburg) u. 52,0 (Koblenz)

1929 Gruppe A: 27,1 (Gelsenk.-Buer) u. 44,7 (Köln)
B: 20,4 (Augsburg) u. 43,3 (Plauen)
C: 15,4 (Würzburg) u. 46,3 (Hildesheim)

Den oben errechneten Durchschnittsprozentsätzen entsprechen folgende Städte:

1925 Gruppe A: Hannover (40,0)
B: Erfurt (40,6)
C: Elbing (40,0)

1927 Gruppe A: Dortmund und Königsberg (41,6)
B: Hagen (39,5)
C: Zwickau (40,4)

1928 Gruppe A: Essen (37,8)
B: Barmen (36,6)
C: Heidelberg (37,7)

1929 Gruppe A: Halle (36,3)
B: M.-Gladb. (34,3)
C: Remscheid (35,5).

Was läßt sich nun aus unserer Tabelle ersehen? In den Gruppen A und C folgt einem kleinen Aufstieg von 1925—1927 um 0,9 bezw. 0,2 %, ein ziemlich starkes Absinken von 1927—1929 um 5,1 bezw. 4,6 %, während in Gruppe B der prozentuale Anteil dauernd gesunken ist: Von 1925—1929 um 6,6 %.

Wenn wir dieses Ergebnis noch weiter vereinfachen und den prozentualen Anteil der Verwaltungseinnahmen für jedes Jahr durch eine einzige Zahl ausdrücken wollen, so erhalten wir folgendes Bild:

1925: 40,3
1927: 40,3
1928: 37,6
1929: 35,4.

Die kurze Aufwärtsbewegung der Gruppen A und C wird durch das Absinken der Gruppe B kompensiert, so daß im Gesamtdurchschnitt für 1925 und 1927 keine Veränderung eingetreten ist. Aber dann erfolgt für 1928 und 1929 ein scharfes Sinken um insgesamt 4,9 %.

Da der entsprechende Durchschnittssatz für die im ersten Kapitel behandelten beiden Vorkriegsjahre 1911 und 1912 34,2 und 42,0 % gewesen war, so ergibt sich mit voller Klarheit, daß die Einnahmen der Kämmereiverwaltung für den städtischen Haushalt der Nachkriegszeit an Bedeutung verloren haben, einmal gegenüber der Vorkriegszeit, daß zum anderen aber auch in den Jahren nach dem Kriege ihr Anteil im Rahmen der Gesamteinnahmen gesunken ist.

Von einer Berechnung des Steigerungsprozentsatzes der Kämmereieinnahmen von 1925—1929 wurde abgesehen, da hierzu uns in Gruppe A und B nur je eine und in Gruppe C nur vier Städte hätten dienen können, was natürlich, um irgend welche Schlüsse zu ziehen, bei weitem nicht ausreicht.

Auch in der Nachkriegszeit kommt den Steuern in ihrer Bedeutung für die Deckung der Gesamtausgaben der erste Platz zu. Für die Jahre 1928 und 1929 wurde die im Statistischen Jahrbuch Deutscher Städte gesondert angegebenen Zahlen der Einnahmen aus Anteil an Reichssteuern und eigene Steuern sowie überwiesene Landessteuern zusammen angeführt, da diese Scheidung für unsere Arbeit gegenstandslos ist.

Tabelle Nr. 13.

Die Deckung der ordentlichen Gesamtausgaben durch eigene Einnahmen der Kämmereiverwaltungen.

Städte	in absoluten Zahlen (in 1000 Mark)				in % der Gesamtausgaben			
	1925	1927	1928	1929	1925	1927	1928	1929
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Städtegruppe A.								
Berlin	238.883	309.350	320.835	302.654	41,5	40,6	38,3	35,2
Köln	52.402	67.641	67.258	72.156	42,0	45,8	42,4	44,7
München	45.948	39.293	40.953	36.131	46,0	37,4	35,8	32,2
Leipzig		61.323	60.339	54,785		51,7	47,9	40,9
Dresden	38.404	47.645	45.258	50.013	45,0	45,1	41,1	43,1
Breslau	26.068	41.915	34.957	36.210	37,2	42,0	34,6	33,2
Frankfurt/M.	45.456	57.724	55.047	59.093	45,3	46,4	42,6	41,5
Essen		25.934	28.021	26.407		38,4	37,8	34,7
Dortmund	22.638	21.197	25.479	25.022	47,7	41,6	35,8	34,7
Düsseldorf	20.914	33.471	37.369	33.366	33,8	40,8	41,2	38,1
Hannover	21.890	27.178	29.392	29.022	40,0	39,9	38,5	38,2
Nürnberg	15.372	16.548	14.392	15.327	35,3	35,0	28,1	28,6
Stuttgart	20.079	24.027	23.520	18.906	39,4	38,2	34,8	32,8
Chemnitz	18.973	26.581	26.371	26.018	46,2	49,0	44,0	38,0
Gelsenk.-Buer			11.815	10.824			30,8	27,1
Magdeburg	14.907	17.540	18.390	18.266	36,8	34,3	33,4	34,5
Königsberg	13.756	15.646	22.837	20.984	38,0	41,6	46,8	43,8
Duisburg	13.477	13.532	14.869	14.540	38,1	32,3	31,6	30,9
Stettin	11.267	14.239	15.874	16.392	39,8	39,9	38,4	40,3
Mannheim	14.950	22.584	19.389	16.689	36,4	47,8	41,0	36,8
Altona	9.492		15.794	16.600	38,5		36,0	37,3
Kiel	10.419	12.116	13.341		39,5	40,6	38,6	—
Bochum	9.536	9.316	8.351	8.558	44,1	34,7	29,1	29,3
Halle	8.415	11.828	12.090	11.327	38,8	38,5	37,0	36,3
Gelsenkirchen	7.891	8.875			38,6	38,7		
Städtegruppe B.								
Barmen	8.857	10.687	10.756	9.353	38,2	38,2	36,6	33,7
Kassel	7.181	10.827	11.102	11.957	33,9	37,6	33,8	37,7
Elberfeld	9.317	11.719	11.932	10.224	38,9	41,6	38,4	35,8
Augsburg	6.624	7.293	7.148	6.799	33,8	34,0	29,6	20,4
Aachen	11.102	13.347	12.420	13.056	49,3	48,0	39,8	43,2
Wiesbaden	12.718	13.224	17.083	12.364	53,5	43,8	51,1	36,3
Karlsruhe		10.224	10.338	9.816		41,9	40,0	40,5
Braunschweig	3.136	4.816	3.728	5.560	30,8	33,3	25,6	32,7

Tabelle Nr. 13.

Die Deckung der ordentlichen Gesamtausgaben durch eigene Einnahmen der Kämmereiverwaltungen.

Städte	in absoluten Zahlen (in 1000 Mark)				in % der Gesamtausgaben			
	1925	1927	1928	1929	1925	1927	1928	1929
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Erfurt	6.793	8,316	8.574	8.444	40,6	40,4	38,0	37,4
Krefeld	10.483	9.245	9.082	7.710	50,8	42,6	39,5	35,6
Mülheim	4.245	5.160	5.030	5.157	33,5	36,1	33,8	33,9
Hamborn		4.875	4.647	4.603		32,9	29,9	30,2
Hindenburg	2.509	4.104	4.069	3.953	45,8	36,4	32,0	30,7
M.-Gladbach	6.268	5.329	5.814	5.821	39,6	36,1	35,9	34,3
Münster		6.879	8.029	7.287		44,0	43,2	40,3
Plauen	6.644	8.786	9.090	8.313	49,7	52,4	49,2	43,3
Harburg-Whbg.			6.167	6.102			34,4	34,9
Mainz	10.042			7.616	50,3			33,9
Oberhausen		3.534	3.968	3.911		30,8	30,3	29,8
Ludwigshafen	2.985	4.524	4.047	3.583	29,5	32,2	26,0	25,4
Gleiwitz		6.069	5.467	4.904		47,0	42,4	35,7
Hagen	4.576	5.358	5.096	5.066	37,7	39,5	34,0	32,1
Städtegruppe C.								
Herne	3.126	3.554	4.068	4.235	44,8	41,7	34,9	34,6
Osnabrück	3.837	5.118	5.494	5.573	42,5	43,4	42,9	41,6
Beuthen	2.631	4.762	3.973	4.163	41,9	45,1	33,4	32,6
Freiburg	6.385	7.396	8.227	7.139	42,5	43,4	43,8	39,8
Bonn		7.498	7.918	7.632		44,8	43,0	42,4
Würzburg	2.632		1.969	1.355	29,2		21,6	15,4
Görlitz	6.281	5.485	5.850	5.568	52,8	44,3	41,0	39,4
Bielefeld	5.989	6.720	8.105	6.719	49,0	45,8	47,5	42,8
Darmstadt	5.342	6.447	5.657	5.973	40,3	42,4	36,3	37,5
Recklinghausen	2.904	3.345	3.371	3.030	37,8	33,4	33,2	33,1
Zwickau	4.026	4.874	5.147	5.409	39,6	40,4	40,3	41,5
Gera	2.979	4.020	4.067	3.876	37,8	43,2	39,1	37,7
Heidelberg	3.998	5.533	5.879	5.634	38,2	38,5	37,7	35,1
Rostock				3.868				37,8
Offenbach	3.323	4.970	5.370	5.305	28,4	29,1	36,8	341,
Bottrop		2.909	2.460	2.411		30,8	25,4	26,6
Regensburg	1.578	2.671	2.844	1.903	25,1	31,8	34,3	26,5
Remscheid	3.040	3.503	3.759	3.660	32,9	36,4	36,2	35,5
Pforzheim	4.698	4.929	4.881	4.049	39,1	39,6	37,6	32,4
Fürth	2.348	1.661	1.718	1.535	34,6	23,8	23,4	20,2

Tabelle Nr. 13.

Die Deckung der ordentlichen Gesamtausgaben durch eigene Einnahmen der Kämmereiverwaltungen.

Städte	in absoluten Zahlen (in 1000 Mark)				in % der Gesamtausgaben			
	1925	1927	1928	1929	1925	1927	1928	1929
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Dessau	1.506			1.937	30,0			27,8
Liegnitz	4.024	5.475	5.432	4.246	51,3	54,6	51,1	42,8
Wesermünde	2.271	2.977	3.322	3.460	35,6	37,6	36,4	38,4
Frankfurt/O.	3.086		3.895	4.561	41,0		37,2	43,0
Elbing	2.854	4.404	4.851	3.583	40,0	51,0	49,2	42,3
Potsdam		4.279	4.386	4.620		39,9	35,0	37,9
Flensburg	3.293	4.050	4.843	4.190	40,8	42,1	42,3	43,9
Brandenburg	2.193	3.060	2.901	2.877	33,0	35,7	31,6	35,8
Wattenscheid			1.854	1.701			29,9	28,0
Hildesheim	3.401	4.722	4.486	4.385	47,2	53,0	47,3	46,3
Gladbeck		2.489	2.640	2.157		34,9	35,3	30,9
Kaiserslautern	4.022	2.554	2.609	2.352	50,2	33,4	36,6	33,3
Koblenz			6.470	5.279			52,0	43,7
Trier	3.810	4.395	4.407	3.763	46,8	49,6	44,3	39,7
Ulm	6.615	4.432	3.924	2.790	58,9	47,7	40,8	30,2
Castrop-Rauxel			1.738	1.636			29,2	29,0
Jena		2.533	2.520	2.263		47,0	42,9	37,0
Oldenburg		2.973		2.097		45,9		30,4
Solingen		2.956	3.053	2.823		37,2	36,2	33,3
Tilsit		2.761	2.684	2.442		45,3	43,0	37,6
Cottbus		3.566	4.464	4.737		41,0	42,6	43,5
Hamm			3.192	3.031			41,3	39,3
Sterkrade		1.189	1.557	1.561		29,2	31,3	29,3
Buer	2.728	3.789			28,0	29,8		
Harburg	3.229	3.849			39,5	34,8		

Tabelle Nr. 14.

Die Deckung der ordentlichen Gesamtausgaben durch die Steuereinnahmen.

Städte	in absoluten Zahlen (in 1000 Mk.) 1925	1927	1928	1929	Steigerung in % (1925=100)	in % der Gesamtausgaben 1925	1927	1928	1929
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Städtegruppe A.									
Berlin	296.405	375.411	433.572	460.503	55,5	51,4	49,3	51,8	53,6
Köln	60.883	59.050	64.351	69.143	—	48,8	40,1	40,6	42,9
München	41.586	53.178	58.885	61.050	46,8	41,6	50,6	51,5	54,4
Leipzig	—	48.451	56.973	66.965	(38,5)	—	40,8	45,2	50,0
Dresden	33.700	42.034	49.643	53.403	58,5	39,5	39,7	45,1	46,0
Breslau	32.265	39.899	47.680	57.912	79,5	46,0	39,9	47,2	53,1
Frankfurt a/M.	44.315	53.982	58.239	68.755	55,1	44,2	43,4	45,1	48,3
Essen	—	34.118	39.933	44.143	(29,4)	—	50,6	53,9	58,0
Dortmund	18.045	26.173	39.720	41.471	29,8	38,0	51,3	55,8	57,6
Düsseldorf	33.231	33.403	37.980	38.769	16,7	53,7	40,7	41,9	44,2
Hannover	25.250	28.911	34.286	36.370	44,0	46,2	42,4	44,9	47,9
Nürnberg	23.816	25.097	29.468	30.915	29,8	54,7	53,1	57,6	56,4
Stuttgart	27.442	30.934	34.425	—	—	53,9	49,2	50,9	—
Chemnitz	18.411	20.608	23.251	28.754	56,2	44,9	37,9	38,8	42,0
Gelsenk.-Buer	—	—	24.907	27.519	—	—	—	64,9	69,0
Magdeburg	19.983	25.159	27.389	28.001	40,1	49,2	49,2	49,7	52,9
Königsberg	19.170	18.146	20.869	21.179	—	52,9	48,3	42,7	44,2
Duisburg	19.172	23.429	26.624	27.850	45,3	54,2	56,0	56,6	59,2
Stettin	14.749	17.196	20.621	20.543	—	52,1	48,2	49,9	50,5
Mannheim	18.817	20.746	23.158	23.991	27,5	45,8	43,9	48,9	52,9
Altona	11.678	—	21.055	22.141	—	47,3	—	48,0	49,8
Kiel	12.326	14.443	17.221	—	—	46,8	48,4	49,9	—
Bochum	10.550	15.066	17.236	18.021	70,8	48,8	56,2	60,0	61,8
Halle	11.156	14.446	15.517	16.331	46,4	51,4	47,1	47,4	52,4
Gelsenkirchen	10.616	12.273	—	—	—	51,9	53,4	—	—
Städtegruppe B.									
Barmen	9.840	12.010	13.185	13.241	34,6	42,4	43,0	44,9	47,7
Kassel	12.347	15.003	17.408	16.801	—	58,4	52,1	53,0	53,0
Elberfeld	11.925	14.008	15.895	15.855	—	49,8	49,7	51,2	55,5
Augsburg	10.392	11.662	12.714	12.396	—	53,0	54,4	52,6	53,3
Aachen	8.796	10.779	11.978	12.226	39,0	39,0	38,7	38,4	40,4
Wiesbaden	8.681	11.165	11.432	14.469	66,7	36,5	37,0	34,2	42,5
Karlsruhe	—	7.730	8.139	11.745	(51,9)	—	31,6	31,5	48,5
Braunschweig	5.034	7.126	7.700	8.889	76,6	49,5	49,2	52,8	52,2

Tabelle Nr. 14.

Die Deckung der ordentlichen Gesamtausgaben durch die Steuereinnahmen.

Städte	in absoluten Zahlen (in 1000 Mk.) 1925	1927	1928	1929	Steigerung in % (1925=100)	in % der Gesamtausgaben 1925	1927	1928	1929
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Erfurt	8.281	9.848	10.505	11.032	33,2	49,5	47,9	46,6	48,9
Krefeld	9.177	9.218	10.420	10.306	—	44,6	42,5	45,3	47,5
Mülheim	7.510	8.461	9.020	9.385	25,0	59,3	59,2	60,6	61,7
Hamborn	—	9.182	9.879	9.952	(08,4)	—	62,0	63,6	65,3
Hindenburg	2.802	7.060	8.353	7.874	—	51,2	62,6	65,8	61,2
M.-Gladbach	8.897	8.244	8.476	8.734	—	56,2	55,8	52,3	52,6
Münster	—	5.972	7.321	8.201	(37,3)	—	38,2	39,4	45,4
Plauen	5.370	5.706	6.376	7.410	38,0	40,2	34,0	34,5	38,6
Harburg-Whsbg.	—	—	9.775	10.544	—	—	—	54,5	60,2
Mainz	9.049	—	—	9.766	—	45,3	—	—	43,5
Oberhausen	—	7.172	8.251	8.590	(19,8)	—	62,2	63,0	65,5
Ludwigshafen	7.031	7.942	7.779	9.215	—	61,0	56,6	50,1	65,3
Gleiwitz	—	6.387	6.549	8.493	(33,0)	—	49,4	50,8	61,8
Hagen	6.197	7.316	7.708	8.592	38,6	51,1	54,0	51,4	54,5
Städtegruppe C.									
Herne	3.644	4.442	6.556	7.156	96,4	52,3	52,1	56,3	58,5
Osnabrück	4.385	5.290	6.020	6.585	50,2	48,6	44,9	47,0	49,2
Beuthen	3.283	5.664	7.478	8.145	48,1	52,2	53,6	65,7	63,9
Freiburg	6.332	6.940	7.713	7.343	—	42,1	40,8	41,1	41,0
Bonn	—	7.462	8.109	8.264	(10,7)	—	44,5	44,0	45,9
Würzburg	4.528	—	5.610	5.479	—	50,3	—	61,6	62,5
Görlitz	4.552	5.142	5.777	6.352	40,5	38,3	41,5	40,9	44,9
Bielefeld	4.973	6.103	6.970	7.330	55,4	40,6	41,6	40,8	46,7
Darmstadt	6.123	5.924	6.833	6.969	—	46,2	39,0	43,9	43,8
Recklinghausen	3.275	5.480	6.101	5.865	—	42,6	54,8	60,1	64,2
Zwickau	3.419	3.789	4.349	5.109	49,4	33,6	41,4	34,4	39,2
Gera	4.263	4.824	5.372	6.188	45,2	54,0	51,9	51,6	60,2
Heidelberg	5.647	6.698	7.772	7.616	—	53,9	46,6	49,9	47,4
Rostock	——	——	——	5.225	—	—	—	—	51,1
Offenbach	6.846	5.906	6.789	7.914	—	58,6	34,5	46,5	50,9
Bottrop	—	6.262	6.532	6.487	—	—	66,3	67,5	71,7
Regensburg	3.909	3.985	4.276	3.995	—	62,2	47,5	51,5	55,6
Remscheid	5.217	4.825	5.268	5.292	—	56,5	50,2	50,8	51,3
Pforzheim	4.221	5.325	5.315	5.474	—	35,2	42,9	40,9	43,9
Fürth	3.734	3.985	4.345	4.450	19,2	55,0	57,2	59,2	58,6

Tabelle Nr. 14.

Die Deckung der ordentlichen Gesamtausgaben durch die Steuereinnahmen.

Städte	in absoluten Zahlen (in 1000 Mk.) 1925	1927	1928	1929	Steigerung in % (1925=100)	in % der Gesamtausgaben 1925	1927	1928	1929
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Dessau	3.171	—	—	4.633	—	63,1	—	—	66,4
Liegnitz	3.247	3.826	4.246	4.907	51,1	41,4	38,1	40,0	48,3
Wesermünde	3.362	3.986	4.421	4.478	33,2	—	50,3	48,4	50,0
Frankfurt a/O.	4.047	—	5.390	5.522	—	53,8	—	51,5	52,1
Elbing	3.716	3.670	3.774	3.750	—	52,1	42,5	38,2	44,2
Potsdam	—	3.771	4.742	5.130	(36,0)	—	35,1	37,8	42,1
Flensburg	4.134	4.406	4.638	4.567	—	51,2	45,9	40,5	47,8
Brandenburg	4.019	4.614	5.121	4.932	—	60,6	53,9	55,7	61,4
Wattenscheid	—	—	4.019	3.833	—	—	—	64,8	63,2
Hildesheim	3.235	3.247	3.816	4.126	27,5	44,9	36,4	40,2	43,5
Gladbeck	—	4.419	4.693	4.356	—	—	62,0	62,8	62,4
Kaiserslautern	3.279	3.055	2.595	3.294	—	40,9	39,9	36,4	46,6
Koblenz		—	4.758	5.036	—	—	—	38,2	41,7
Trier	2.954	3.225	3.487	3.602	21,9	36,3	36,4	35,1	38,0
Ulm	3.800	3.748	4.256	4.142	—	33,8	40,3	44,2	44,9
Castrop-Rauxel	—	—	3.978	3.975	—	—	—	66,8	70,6
Jena	—	2.412	2.703	3.137	(30,1)	—	44,8	46,0	50,1
Oldenburg	—	2.894	—	4.049	—	—	44,6	—	58,8
Solingen	—	3.537	4.404	4.227	—	—	44,5	52,2	49,9
Tilsit	—	2.983	3.261	3.749	(25,7)	—	49,0	52,3	57,7
Cottbus	—	4.248	5.019	5.456	—	—	48,8	47,9	50,1
Hamm	—	—	3.826	3.953	—	—	—	49,5	51,3
Sterkrade	—	2.877	3.253	3.382	(17,5)	—	70,7	65,3	63,6
Buer	6.934	7.530	—	—	—	71,0	59,3	—	—
Harburg	4.127	5.816	—	—	—	50,4	52,6	—	—

Folgende kleine Übersicht gibt die Angaben der Tabelle Nr. 14 vereinfacht wieder, indem sie für jedes Jahr und jede Gruppe nur eine einzige Durchschnittszahl setzt. Der Anteil der Steuern an der Deckung der Gesamtausgaben betrug (in % der Gesamtausgaben):

	1925	1927	1928	1929
Gruppe A:	48,3	46,9	49,5	52,1
B:	49,2	49,0	49,3	52,9
C:	49,0	46,9	49,2	52,4

Die niedrigsten und höchsten Anteile bewegten sich zwischen

1925 Gruppe A: 38,0 (Dortmund) u. 54,7 (Nürnberg)
B: 36,5 (Wiesbaden) u. 61,0 (Ludwigshafen)
C: 33,6 (Zwickau) u. 71,0 (Buer)

1927 Gruppe A: 37,9 (Chemnitz) u. 56,2 (Bochum)
B: 31,6 (Karlsruhe) u. 62,6 (Hindenburg)
C: 31,4 (Zwickau) u. 70,7 (Sterkrade)

1928 Gruppe A: 38,8 (Chemnitz) u. 64,9 (Gelsenk.-Buer)
B: 31,5 (Karlsruhe) u. 63,6 (Hamborn)
C: 34,4 (Zwickau) u. 66,8 (Castrop-Rauxel)

1929 Gruppe A: 42,0 (Chemnitz) u. 69,0 (Gelsenk.-Buer)
B: 38,6 (Plauen) u. 65,5 (Oberhausen)
C: 38,0 (Trier) u. 71,7 (Bottrop)

Den errechneten Durchschnittsprozentsätzen kommen folgende Städte am nächsten:

1925 Gruppe A: Köln und Bochum (48,8)
B: Braunschweig und Erfurt (49,5)
C: Osnabrück (48,6)

1927 Gruppe A: Halle (47,1)
B: Braunschweig (49,2)
C: Heidelberg (46,6)

1928 Gruppe A: Magdeburg (49,7)
B: Ludwigshafen (50,1)
C: Hamm (49,5)

1929 Gruppe A: Halle (52,4)
B: Kassel (53,0)
C: Frankfurt/O. (52,1)

Aus der Tabelle ersehen wir, daß nach einem kleinen Sinken von 1925—1927, das sich in den einzelnen Gruppen zwischen 2,1 und 0,2 % bewegte, ein Ansteigen festzustellen

ist, und zwar ist von 1927—1929 der Anteil in Gruppe A um 5,2 %, in Gruppe B um 3,1 % und in Gruppe C um 5,5 % gestiegen. In den beiden letzten Jahren war der Anteil der Steuern an der Deckung der Gesamtausgaben in allen drei Städtegruppen annähernd gleich. Vereinfachen wir auch diese Ergebnisse und drücken jedes Jahr durch eine einzige Zahl aus, so erhalten wir folgendes Bild:

1925	48,8
1927	47,4
1928	49,3
1929	52,5

Ein Wort wäre noch über die Steigerung der absoluten Beträge der Steuereinnahmen zu sagen. In Spalte 6 der Tabelle 14 wurde es unternommen, für diejenigen Städte, bei denen die Steuereinnahmen von 1925-1929 stetig anstiegen, den Prozentsatz dieser Steigerung zu berechnen. Das Jahr 1925 wurde als Basisjahr genommen. Die Berechnung wurde durchgeführt für 15 Städte (= 62,5 % der gesamten in Gruppe A aufgeführten Städte) der Gruppe A, für 8 Städte (= 36,4 %) der Gruppe B und für 12 Städte (= 27,9 %) der Gruppe C. Die anderen Städte mußten ausscheiden, da entweder die Steuereingänge im Laufe der Jahre mitunter geringer gewesen waren als im Vorjahre oder aber nicht für alle vier Jahre Angaben vorhanden gewesen waren. Allerdings wurde auch hier für diejenigen Städte, bei denen Zahlen für die drei letzten Jahre vorlagen, die Berechnung durchgeführt; ihr Ergebnis wurde in Klammern gesetzt, bei der Gesamtberechnung jedoch nicht mit berücksichtigt.

Die Steigerung war sehr verschieden und bewegte sich in Gruppe A zwischen 16,7 (Düsseldorf) und 129,8 (Dortmund), in Gruppe B zwischen 25,0 (Mülheim) und 76,6 (Braunschweig) und in Gruppe C zwischen 19,2 (Fürth) und 148,1 (Beuthen) und betrug im Durchschnitt in Gruppe A 52,8, in Gruppe B 43,9 und in Gruppe C 53,2 %. Gesamtdurchschnitt: 50,9.

Diese Zahlen sollten nur ein kurzes Bild der Gesamtsteigerung geben. Nähere Angaben über die Steigerung in den einzelnen Jahren, die in den einzelnen Städten sehr verschieden gewesen ist, würde nicht im Rahmen dieser Arbeit liegen.

Tabelle Nr. 15.

Die Deckung der ordentlichen Gesamtausgaben durch die Überschüsse der Unternehmungen.

Städte	in absoluten Zahlen (in 1000 Mark)				Steigerung in Prozent	in Prozent d. Gesamtausgaben			
	1925	1927	1928	1929	(1925=100)	1925	1927	1928	1929
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Städtegruppe A.									
Berlin	31.842	67.682	80.169	86.789	172,6	5,5	8,9	9,6	10,1
Köln	11.442	20.835	26.864	24.957		9,2	14,1	16,9	15,5
München	7.519	12.369	11.833	11.766		7,5	11,8	10,3	10,5
Leipzig		6.306	8.443	10.766	(61,6)	—	5,3	6,7	7,6
Dresden	8.726	10.474	14.342	11.113		10,2	9,9	13,0	9,6
Breslau	11.794	18.095	18.095	18.640	58,0	16,8	18,1	17,9	17,1
Frankfurt a/M.	10.533	12.664	13.995	15.994	51,8	10,4	10,2	10,1	11,2
Essen	—	5.415	6.113	5.501		—	8,0	8,2	7,2
Dortmund	3.704	3.063	2.979	3.511		7,8	6,0	4,2	4,9
Düsseldorf	7.751	15.130	15.231	17.240	122,4	12,5	18,5	16,8	19,7
Hannover	6.246	12.102	12.005	13.112		11,4	17,7	15,7	17,3
Nürnberg	4.348	5.616	6.048	8.026	84,6	10,0	11,9	11,8	15,0
Stuttgart	3.225	6.145	6.266	—	—	6,3	9,8	9,3	
Chemnitz	3.649	7.148	9.860	10.583	190,0	8,9	13,2	16,4	15,5
Gelsenk.-Buer			1.536	2.034		—	—	4,0	5,1
Magdeburg	5.894	8.192	9.049	8.861		14,5	16,0	16,4	16,7
Königsberg	2.061	3.800	5.110	6.731	226,6	5,7	10,1	10,5	14,0
Duisburg	2.695	4.867	4.879	4.723		7,6	11,6	10,4	10,0
Stettin	2.060	4.032	3.976	4.145		7,3	11,3	9,6	10,2
Mannheim	1.503	2.657	2.515	3.025		3,7	5,6	5,3	6,7
Altona	3.514	—	6.355	5.970		14,2	—	14,5	13,4
Kiel	2.318	2.737	2.745	—	—	8,8	9,2	7,9	—
Bochum	1.513	1.670	2.564	2.480		7,0	6,2	8,9	8,5
Halle	2.120	4.175	4.652	4.422		9,8	13,6	14,2	14,2
Gelsenkirchen	586	1.104	—	—	—	2,9	4,8	—	—
Städtegruppe B.									
Barmen	4.050	5.250	5.250	5.500	35,8	17,5	18,8	17,9	19,8
Kassel	1.634	2.907	3.320	4.254	160,3	7,7	10,1	10,1	13,4
Elberfeld	1.414	2.433	3.187	3.340	136,2	5,9	8,6	10,3	11,7
Augsburg	985	2.459	3.446	4.366		5,0	11,5	14,3	18,8
Aachen	2.034	3.688	6.824	4.330		9,0	13,3	21,8	14,3
Wiesbaden	— 88	1.640	2.199	4.016		—	5,4	6,6	11,8
Karlsruhe	—	2.494	3.185	3.245	(30,1)		10,2	12,3	13,4
Braunschweig	1.046	2.173	2.354	2.466	135,8	10,3	15,0	16,1	14,5
Erfurt	1.652	2.407	3.342	3.156		9,9	11,7	14,8	14,0
Krefeld	656	3.245	3.185	3.325		3,2	14,9	13,9	15,3
Mülheim	517	616	789	657		4,0	4,3	5,3	4,3
Hamborn	—	530	700	876	(65,3)		3,6	4,5	5,7
Hindenburg	167	119	225	375		3,0	1,1	1,8	2,9
M.-Gladbach	679	1.207	1.721	2.028	198,7	4,2	8,2	10,6	12,2
Münster	—	2.461	2.273	3.123			15,7	12,2	17,3
Plauen	1.049	1.531	1.883	2.055	95,9	7,9	9,1	10,2	10,7
Harbg.-Wilhbg.	—	—	1.887	1.841	—			10,5	10,5
Mainz	968	—	—	4.552		4,9			20,3
Oberhausen	—	805	826	947	(17,6)		7,0	6,3	7,2
Ludwigshafen	996	1.273	1.420	1.622	62,8	8,6	9,1	9,1	11,5
Gleiwitz	—	268	246	887			2,1	1,9	6,4
Hagen	867	883	2.156	2.320	167,6	7,2	6,5	14,4	14,7

Tabelle Nr. 15.

Die Deckung der ordentlichen Gesamtausgaben durch die Überschüsse der Unternehmungen.

Städte	in absoluten Zahlen (in 1000 Mark)				Steigerung in Prozent	in Prozent d. Gesamtausgaben			
	1925	1927	1928	1929	(1925=100)	1925	1927	1928	1929
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Städtegruppe C.									
Herne	245	534	569	851	247,3	3,5	6,3	4,9	7,0
Osnabrück	801	1.373	1.278	1.481		8,9	11,7	10,0	11,1
Beuthen	369	142	422	604		5,9	1,3	3,5	4,7
Freiburg	1.317	2.288	2.333	2.402	82,4	8,8	13,4	12,4	13,4
Bonn	—	1.796	2.096	2.260	(25,8)	—	10,7	11,4	12,6
Würzburg	842	—	1.377	1.449		9,4	—	15,1	16,5
Görlitz	918	1.764	2.439	2.431		7.7	14,2	17,3	17,2
Bielefeld	1.200	1.463	1.464	1.805	50,4	9,8	10,0	8,6	11,5
Darmstadt	839	1.251	1.683	2.089	149,0	6,3	8,2	10,8	13,1
Recklinghausen	419	584	659	193	—	5,5	5,8	6,5	2,1
Zwickau	549	1.202	2.005	1.667		5,4	10,0	15,7	12,8
Gera	250	459	849	899	259,6	3,2	4,9	8,2	8,7
Heidelberg	834	2.139	1.722	2.242		8,0	14,9	11,0	14,0
Rostock	—	—	—	1.541	—	—	—	—	15,1
Offenbach	1.023	1.854	1.969	2.199	114,9	8,7	10,8	13,5	14,1
Bottrop	—	160	264	264			1,7	2,7	2,9
Regensburg	254	786	773	1.162		4,0	4,9	9,3	16,2
Remscheid	861	1.286	1.285	1.383	60,6	9,3	13,4	12,4	13,4
Pforzheim	308	742	988	1.204	291,2	2,6	6,0	7,6	9,6
Fürth	710	1.193	1.263	1.303	83,5	10,4	17,1	17,2	17,2
Dessau	176	—	—	493		3,5	—	—	7,1
Liegnitz	568	698	957	1.035	82,2	7,2	7,0	9,0	10,2
Wesermünde	750	783	897	1.068	42,4	—	9,9	9,8	11,8
Frankfurt a/O.	392	—	553	851		5,2	—	5,3	8,0
Elbing	547	568	962	919		7,7	6,6	9,7	10,8
Potsdam	—	2.686	3.079	3.357	(25,0)		25,0	21,4	27,6
Flensburg	635	906	1.225	1.338	110,7	7,9	9,4	10,7	14,0
Brandenburg	424	892	1.044	766		6,4	10,4	11,4	9,5
Wattenscheid	—	—	132	27		—	—	2,1	0,4
Hildesheim	564	944	1.143	1.129		7,8	10,6	12,0	11,9
Gladbeck	—	70	85	98	(40,0)	—	1,0	1,1	1,4
Kaiserslautern	144	257	604	861	497,9	1,8	3,4	8,5	12,2
Koblenz	—	—	737	875		—	—	5,9	7,2
Trier	1.119	1.091	1.160	1.316		13,7	12,3	11,7	13,9
Ulm	625	443	435	770		5,6	4,8	4,5	8,3
Castrop-Rauxel	—	—	117	45		—	—	2,0	0,8
Jena	—	442	500	559	(26,2)	—	8,2	8,5	8,9
Oldenburg	—	324	—	566		—	5,0	—	8,2
Solingen	—	1.105	618	655		—	13,9	7,3	7,7
Tilsit	—	201	138	349		—	3,3	2,2	5,4
Cottbus	—	754	1.004	1.054	(39,8)	—	8,7	9,6	9,7
Hamm	—	—	702	684		—	—	9,1	8,9
Sterkrade	—	3	170	263	—	—	0,1	3,4	4,9
Buer	100	100	—	—	—	1,0	0,8	—	—
Harburg	826	1.305	—	—	—				

Im folgenden wollen wir uns einer eingehenden Behandlung der dritten großen Einnahmequelle, die den Städten zur Verfügung steht, zuwenden: den Einnahmen aus den Überschüssen der Unternehmungen. In Tabelle 15 sehen wir in den Spalten 2—5 diese Einnahme in absoluten Zahlen, während in Spalte 6 wiederum der Steigerungsprozentsatz für die Jahre 1925—1929 berechnet worden ist. Er bewegt sich hier in Grupe A, wo für nur sechs Städte (= 25 %) Zahlen berechnet werden konnten, zwischen 51,8 (Frankfurt a/M.) und 226,6 % (Königsberg) und beträgt im Durchschnitt 236,7 %. Die entsprechenden Zahlen sind für Städtegruppe B: Angaben für 7 Städte (= 31,8 %) niedrigster Wert: 35,8 % (Barmen), höchster Wert: 198,7 % (München-Gladbach); Durchschnitt: 117,9 % und für Städtegruppe C: Zahlen für 13 Städte (= 30,2 %); niedrigster Wert: 42,4 % (Wesermünde), höchster Wert: 497,9 % (Kaiserslautern); Durchschnitt: 159,4 %. Der Gesamtdurchschnitt betrug 143,0 %.

Es würde nicht angängig sein, die so gewonnene Durchschnittsprozentzahl der entsprechenden Durchschnittszahl für die Einnahmen aus Steuern — die Einnahmen der Kämmereiverwaltung scheiden ja aus den dort angeführten Gründen aus — gegenüber zu stellen und daraus irgendwelche Schlüsse zu ziehen. Dafür beziehen sich diese Zahlen denn doch auf einen zu geringen Prozentsatz der gesamten Städte. Immerhin sollte aber zu denken geben, daß bei der aus einer so kleinen Zahl von Städten berechneten Durchschnittszahl die Steigerung der Einnahmen aus Steuern nur einen Satz von 50,9 % aufweist, während die Einnahmen aus den Überschüssen der Unternehmungen in derselben Zeit durchschnittlich um 143,0 % gestiegen sind.

Um zu einem klaren Vergleich zu kommen, wollen wir auch hier die Verhältniszahlen der Tabelle, die uns die Prozente angaben, mit denen die Überschüsse der Unternehmungen zur Deckung der Ausgaben beitragen, vereinfachen und mit je einer Zahl für jedes Jahr und jede Städtegruppe angeben.

Wir erhalten dann folgende Tabelle:

	1925	1927	1928	1929
Gruppe A:	9,0	10,9	11,2	11,8
B:	7,2	9,3	10,7	12,3
C:	6,6	8,5	9,1	10,3

Die niedrigsten und höchsten Prozentsätze sind wie folgt:

1925	Gruppe A:	2,9 (Gelsenkirchen)	u.	16,8 (Breslau)
	B:	3,0 (Hindenburg)	u.	17,5 (Barmen)
	C:	1,0 (Buer)	u.	13,7 (Trier)
1927	Gruppe A:	4,8 (Gelsenkirchen)	u.	18,5 (Düsseldorf)
	B:	1,1 (Hindenburg)	u.	18,8 (Barmen)
	C:	0,1 (Sterkrade)	u.	25,0 (Potsdam)
1928	Gruppe A:	4,0 (Gelsenk.-Buer)	u.	17,9 (Breslau)
	B:	1,8 (Hindenburg)	u.	21,8 (Aachen)
	C:	1,1 (Gladbeck)	u.	21,4 (Potsdam)
1929	Gruppe A:	4,9 (Dortmund)	u.	19,7 (Düsseldorf)
	B:	2,9 (Hindenburg)	u.	20,3 (Mainz)
	C:	0,4 (Wattenscheid)	u.	27,6 (Potsdam)

Den oben errechneten Durchschnittssätzen entsprechen folgende Städte

1925:	Gruppe A:	Chemnitz (8,9)
	B:	Hagen (7,2)
	C:	Brandenburg (6,4)
1927:	Gruppe A:	Stettin (11,3)
	B:	Plauen und Ludwigshafen (9,1)
	C:	Cottbus (8,7)
1928:	Gruppe A:	Nürnberg (11,8)
	B:	M.-Gladbach (10,6)
	C:	Hamm (9,1)
1929:	Gruppe A:	Frankfurt/M. (11,2)
	B:	M.-Gladbach (12,2)
	C:	Liegnitz (10,2)

Nach dieser Illustrierung unserer Betrachtungen durch das Anführen von Städtebeispielen wollen wir uns wieder unserer Tabelle zuwenden. Wir können ihr zwei Tatsachen entnehmen: 1. daß (mit einer Ausnahme: in Gruppe B/1929) der Anteil der Überschüsse der Unternehmungen an der Deckung der Gesamtausgaben mit der Größe der Stadt zunimmt, und daß 2. von 1925—1929 dieser Anteil dauernd gestiegen ist. Am stärksten ist die Steigerung in Gruppe B mit 5,1 %, dann folgt Gruppe C mit 3,7 % und schließlich Gruppe A mit 2,8 %.

Zwecks späteren Vergleichs wollen wir auch hier die Angaben nur in einer Zahl für je ein Jahr ausdrücken. Wer erhalten dann als Gesamtdurchschnittsprozentsatz für:

1925	7,6
1927	9,4
1928	10,1
1929	11,2

Einen Überblick über den Anteil dieser drei Haupteinnahmequellen an der Deckung der Gesamtausgaben der Städte gibt uns folgende Zusammenstellung (die Ausgaben = 100 % gesetzt):

	Einnahmen der Kämmereiverw.	Einnahmen aus Steuern	Überschüsse der Unternehmungen	Insgesamt
1925:	40,3	48,8	7,6	96,7
1927:	40,3	47,4	9,4	97,1
1928:	37,6	49,3	10,1	97,0
1929:	35,4	52,5	11,2	99,1

Den Hauptanteil an den Einnahmen machen demnach die Steuern aus, es folgen dann die eigenen Einnahmen der Kämmereiverwaltung und an dritter Stelle stehen die Überschüsse der Unternehmungen. Der nach Addition dieser drei verbleibende Restbetrag wird, sofern hier nicht „spätere Mittel" in Frage kommen, er also vorläufig ungedeckt bleibt, durch Überschüsse aus den Vorjahren bestritten.

Der Anteil der Steuern sank von 1925 auf 1927 um 1,4 %, stieg dann aber bis 1929 um 5,1 auf 52,5 %. Der Anteil der Kämmereieinnahmen, deren Anteil 1925 und 1927 unverändert 40,3 % geblieben war, sank bis 1929 um 4,9 % auf 35,4 %. Andauernd stiegen dagegen die Überschüsse der Unternehmungen an, und zwar von 1925—1929 um insgesamt 3,6 auf 11,2 %.

Höhere Prozentziffern, die oft als Anteile der Unternehmungen an der Deckung der Ausgaben genannt werden, beziehen sich auf den Zuschußbedarf, d. h. die Gesamtausgaben nach Abzug der Einnahmen der Verwaltung. Wie eingangs schon gesagt, wurde hierauf mit Absicht verzichtet, um auch den Platz, den die Verwaltungseinnahmen im Gesamthaushalt innehaben, festlegen zu können.

Ein Vergleich mit der entsprechenden Tabelle der Vorkriegszeit (S. 40) zeigt, daß die Reihenfolge der drei Einnahmequellen dieselbe geblieben ist. Lediglich ihr prozentualer Anteil hat sich verändert. Die Einnahmen der Kämmereiverwaltung bleiben dauernd unter ihrem Satz von 1911/12. Etwas darunter liegen auch noch die Steuern. Dagegen haben die Überschüsse der Unternehmungen ihren Vorkriegsstand beinahe wieder erreicht (11,2 : 11,6). Und doch hat sich ihre Stellung gegenüber 1911/12 wesentlich verschoben.

Während, wie wir weiter oben sahen, die Städte vor dem Kriege schon mit einem Bruchteil der tatsächlichen Einnahmen aus ihren Unternehmungen ihre Ausgaben vollständig hätten decken können, bilden diese Einnahmen heute ein unentbehrliches Mittel zur Erfüllung der den Städten obliegenden Aufgaben. Neben den Realsteuern, also insbesondere der Gewerbesteuer, sind sie heute derjenige Faktor im städtischen Finanzsystem, auf den die Städte selbst noch irgendeinen Einfluß ausüben können, da die Höhe der Steuerüberweisungen vom Reich bestimmt und ihnen Einführung neuer Steuern untersagt ist. Und nur deshalb, weil diese Zuschläge schon außerordentlich angespannt sind, und bei weiterer Erhöhung keine nennenswerten Mehrergebnisse herauszuholen wären, müssen die Städte in verstärktem Maße auf ihre Unternehmungen zurückgreifen. Hinzu kommt, daß hier eine geringfügige Erhöhung, beispielsweise des Gaspreises um einen Pfennig pro cbm schon große Mehrerträge erzielen können, während dies bei den Zuschlägen, die außerdem nur einen bestimmt begrenzten Kreis von Einwohnern treffen, meist nicht in demselben Maße der Fall ist. Daß diese sog. Finanzzuschläge im Grunde genommen mit dem Charakter der Versorgungsunternehmungen, deren Grundidee eine billige Belieferung der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität ist, nicht recht vereinbar ist, steht fest, ist aber aus der Notlage der Städte heraus zu verstehen.

In diesen Gedankengängen bewegt sich auch ein Artikel von Dr. Elsas über „Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden“,[10]) aus dem wir folgende Stellen anführen wollen: „Dabei wird sich vor allem zeigen, daß die Tarifpolitik der gemeindlichen Unternehmungen heute von allgemeinen finanz- und kommunalpolitischen Bedürfnissen weitgehendst beeinflußt wird und vielfach im Gegensatz zu den reinen betriebswirtschaftlichen Erfordernissen steht. Diese Entwicklung, die sich etwa im Laufe der letzten fünf Jahre unter den Auswirkungen der Reichsfinanzgesetzgebung und des Reichsfinanzausgleichs herausgebildet hat, bedeutet weithin einen Bruch mit den Grundsätzen der Kommunalpolitik der Vorkriegszeit.“ Und weiterhin: „Je mehr die Kommunen von den Einkommen- und Körperschaftssteuerüberweisungen des Reichs abgedrängt werden, ohne gleichwertigen Ersatz zu erhalten, je stärker der angekündigte Abbau der Gewerbesteuer erfolgen wird, je mehr infolge Steigerung der Wohlfahrtslasten und sonstiger zwangsläufiger Ausgaben steigen, ohne daß die Kommunen

10) Der Deutsche Volkswirt, 4. Jahrg. Nr. 15.

ausreichende Einnahmen erhalten, desto mehr wird diese Entwicklung anhalten und desto mehr bleiben die gemeindlichen Unternehmungen für die Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs unentbehrlich. Die Steigerung der Tarife findet freilich ihre Grenzen einmal in der Aufnahmefähigkeit und in der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung und zum anderen in der Aufnahmefähigkeit und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft."

Gerade auch für die Balancierung der Haushaltspläne für 1930/31 spielten die Einnahmen aus den Unternehmungen der Städte eine Rolle. Die gesamten Etatsberatungen standen unter dem Eindruck der von Tag zu Tag anwachsenden Zahl von Wohlfahrtserwerbslosen. Selbstverständlich versuchte man, alle nicht unbedingt notwendigen Ausgaben einzusparen. So wurden z. B. bei der Bauverwaltung Neubauten oder Pflasterungsarbeiten im Straßennetz zurückgestellt. Oder durch Schließung der Theater sollten die hierfür erforderlichen Zuschüsse frei werden. Jedoch ließ sich diese Maßnahme auch nicht sofort durchführen, da einmal die Verträge mit den Schauspielern oft über mehrere Jahre abgeschlossen waren, andererseits aber auch ein geschlossenes Theater Aufwendungen für die Unterhaltung erfordert, denen keine Einnahmen gegenüberstehen. Endlich war noch zu bedenken, daß durch die Schließung vieler Theater das gesamte Kulturleben empfindlich getroffen worden wäre. Daher versuchte man teils durch eine groß angelegte Abonnentenwerbung, wie z. B. in Köln und Osnabrück, den Besuch des Theaters zu heben, teils durch Beschränkung allein auf das Schauspiel oder durch Theatergemeinschaft mit anderen Städten die Kosten herabzudrücken. Bestrebungen letzterer Art finden wir hauptsächlich im dicht besiedelten Ruhrgebiet. Aber auch in Rostock tauchte der Gedanke auf, mit dem Landestheater in Schwerin für Oper oder Operette gemeinsames Personal zu engagieren sowie auch der Herstellung einmaliger Dekorationen für beide Theater.[11])

Weiter waren zum Ausgleich des Haushalts eine starke Erhöhung der Realsteuersätze notwendig. Da diese aber oft schon derartig angezogen waren, daß eine Heraufsetzung unmöglich tragbar schien, andererseits aber, wie oben schon ausgeführt, z. B. die Erhöhung der Gewerbesteuer nur einen begrenzten Teil der Einwohnerschaft traf, so finden wir in vielen Städten eine Heraufsetzung der Tarife.

So wurde in Düsseldorf eine Wassergelderhöhung um 5 % vorgeschlagen, die 1 Million RM erbringen sollte.[12]) In

11) Rostocker Anzeiger Nr. 48 (26. II. 1930).
12) Rhein.-Westf. Ztg. Nr. 145a (20. III. 30).

Köln wurde der Wassergrundpreis von 25 auf 27 RPfg. erhöht.[13]) In Aachen wurde von der Stadtverwaltung u. a. folgender Deckungsvorschlag gemacht: „Einführung einer Messermiete für Gas, Elektrizität und Wasser (10 Pfg. je Messer und Monat = 73 000 RM pro Jahr). Bei 30 RPfg. je Monat Mehreingang 220 000.— RM, gegebenenfalls Erhöhung des Gaspreises dahingehend, daß für die ersten 300 cbm im Monat 21 RPfg., bei Münzgas 20 RPfg., und für Heizgas wie bisher 9 RPfg. festgesetzt werden = 285 000 RM.“ [14]) Im Wuppertaler Etat wurden ebenfalls die Tarife für Gas und Wasser erhöht. In Bonn war eine Erhöhung des Wasserpreises von 19 auf 25 RPfg. und eine Erhöhung des Gaspreises vorgeschlagen worden, was zusammen eine Mehreinnahme von 300 000.— RM. zur Folge gehabt hätte.[15]) In Berlin wurden infolge der Zwangsverwaltung folgende Tarife erhöht:

Verkehrstarif von 20 auf 25 RPfg.
Elektrizitätstarif von 16 auf 20 RPfg.
Wassertarif von 15 auf 20 RPfg.
Gastarif von 16 auf 18 RPfg.[16])

In Duisburg wurde bei den Beratungen das Wassergeld von 15 auf 20 RPfg. pro cbm erhöht.[17]) In allerjüngster Zeit wurde in Remscheid der Straßenbahntarif erhöht; der Mindestfahrpreis kostet jetzt 0,20 RM statt wie bisher 0,15 RM.“ [18])

Von anderen Städten heißt es wiederum nur kurz, daß die städtischen Unternehmungen erhöhte Abgaben an die Stadt abzuführen hätten; so beispielsweise in Hannover und Magdeburg. Teilweise ist dies nur durch eine Erhöhung der Tarife zu ermöglichen, teils aber erfolgt diese Mehrabgabe auf Kosten einer mangelhaften Abschreibungs- und Reservepolitik.

Daß diese Erhöhungen, die weiter oben dargelegte Grenze des Möglichen erreicht und schon überschritten haben, erhellt daraus, daß neue Heraufsetzungen der Tarife nicht nur keine relative Zunahme, sondern sogar ein absolutes Sinken der Erträge zur Folge hatten. Die neuerliche Erhöhung des Straßenbahntarifs in Berlin mag hier als Beispiel erwähnt werden.

13) Rhein.-Westf. Ztg. Nr. 196 (16. IV. 30).
14) Rhein.-Westf. Ztg. Nr. 171a (3. IV. 30).
15) Bonner Generalanzeiger Nr. 13704 (22. IV. 1930).
16) Die Gemeinde (Berlin) 7. Jg. Nr. 2.
17) Die Gemeinde (Berlin) 7. Jg. Nr. 2.
18) Rhein.-Westf. Ztg. v. 15. X. 1930.

Tabelle Nr. 16.

Überschüsse oder Zuschüsse der Unternehmungen (1925).

In der ersten Reihe: selbstbewirtschaftete städtische Unternehmungen.

In der zweiten Reihe: gemischt-wirtschaftl., verpachtete, konzessionierte private Unternehmungen, Beteiligung an Privatunternehmungen.

Zuschüsse mit Minuszeichen.

Zahlen in 1000 Mk.

Städte	Wasser-Werke	Gas-Werke	Elektr.-Werke	Straßb. Vorort.	Hafen Lager-häuser	Ausst.-Hallen	Stadt. Kell.	Spar-kasse	Sonstige Betriebe
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
A.									
Berlin	2.120	7.420	10.441	5.300	—	—	70	—	1.898
	213	2.257	1.370	748	—	—	—	—	5
Köln	1.465	3.160	5.561	1.021	43	5	—	39	3
	—	—	—	—	—	—	145	—	—
München	814	585	4.076	2.165	—	—96	—	—	—25
Dresden	600	2.750	3.977	1.450	2	—168	70	45	—
Breslau	770	4.237	3.192	3.589	—6	12	—	—	—
Frankfurt/M.	731	136	4.817	3.012	480	—	—	35	3
	—	1.300	—	—	—	—	—	—	20
Düsseldorf	*	*7.175	*	1.250	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—673
Hannover	500	2.165	2.755	—	1	—	—15	20	170
	—	230	200	59	—	—	160	—	—
Nürnberg	226	1.767	1.269	1.039	—	6	—14	—	—18
	—	—	134	—	—	—	—59	—	—
Stuttgart	310	1.267	1.768	—	—	—	14	68	—118
	—	—	—	—84	—	—	—	—	—
Chemnitz	150	596	1.446	176	—	—	30	250	—
Dortmund	—	—	—	—	500	—	—	—	—
	300	601	2.000	300	—	—	—	—	3
Magdeburg	1.081	928	3.495	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	134	384	—195	66	—	—
Königsberg	185	515	*1.205	*—	—	—	—	100	—
Duisburg	*	*2.500	*	—	—	—	—45	—	56
	—	—	—	240	—	—	—	—	—
Stettin	325	512	6	—	—	—	—	7	—
	—	—	1.350	—	—225	—	84	—	—
Mannheim	72	683	544	203	—43	—	—74	—	—
	—10	—	119	—	—	—	—	—	9
Kiel	278	965	1.137	—	—61	—	—	—	—
Gelsenkirchen	—	260	—	—	—	—	—	—	—
	70	—	190	67	—	—	—	—	—
B.									
Halle	150	715	895	350	—	—	—	—	10
Barmen	*	*3.750	*	300	—	—	—	—	—
Altona	—	—	—	—	184	—	—	—	—
	*	*1.738	1.435	—100	250	—	—	—	7
Cassel	106	550	915	—	—	—	61	—	—
	—	—	—	—	2	—	—	—	—
Elberfeld	—	600	—	—	—	—	—52	1	—
	—	—	345	531	—	—	—	—	—9
Augsburg	283	418	—	32	8	—	—	26	—
	—	—	200	20	—	—	—	—	—
Bochum	160	754	549	—	—	—	—	—	50
Aachen	—	575	1.375	—	—	—	—	—	13
	—	—	—	17	—	—	—	—	54
Braunschweig	32	608	—	—	—	—	—	—	56
	—	—	350	—	—	—	—	—	—
Erfurt	200	500	800	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	153
Crefeld	53	400	402	—	—199	—	—	—	—
Mühlheim	—	—	*600	*—	—	—	—83	—	—
M.-Gladbach	69	240	397	—	—	—	—27	—	—
Plauen	70	520	448	—	—	—	11	—	—
Mainz	210	350	390	—	1	—	—	—	17
Wiesbaden	238	305	615	—	—46	—	—	—	—1203
	—	—	—	3	—	—	—	—	—
Ludwigshafen	262	321	383	10	—	—	1	—	20

Tabelle Nr. 16.

Überschüsse oder Zuschüsse der Unternehmungen (1925).

(in 1000 Mk.)

Städte	Wasser-Werke	Gas-Werke	Elektr.-Werke	Straßb. Vorort.	Hafen Lager-häuser	Ausst.-Hallen	Stadt. Kell.	Spar-kasse	Sonstge Betriebe
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
C.									
Hagen	43	163	423	—	—	—	—	—	—
	—	—	178	60	—	—	—	—	—
Buer	—	50	50	—	—	—	—	—	—
Freiburg	355	209	476	204	—	17	—	—	57
Darmstadt	261	503	—	—	—	—39	—7	—	—
	—	—	123	10	—	—	—	—	—10
Würzburg	165	370	259	—	22	17	5	—	—
	—	—	—	3	—	—	—	—	—
Osnabrück	*	*796	*	*—	—	—	—	—	—
Bielefeld	200	300	700	—	—	—	—	—	—
Görlitz	—	250	500	—	—3	—	—9	20	160
Gera	—	200	20	—	—	—	—	30	—
Zwickau	5	258	340	—82	—	—	—	—	—
	—	—	—	—2	—	—	—	30	—
Offenbach	60	420	660	—	—110	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—7	—	—
Pforzheim	—	187	180	—80	—	18	—	—	3
Remscheid	—	345	517	—	—	—	—	—	—
D.									
Regensburg	73	73	74	12	22	—	—	—	—
Hindenburg	36	100	—	—	—	—	—	—	16
	—	—	15	—	—	—	—	—	—
Harburg	5	330	488	—	—	—	—	5	—
	—	—	—	—	—2	—	—	—	—
Fürth	—	240	400	—	—	—	—	—	64
	—	—	—	—	—	—	—	—	6
Heidelberg	287	250	250	—	—	34	13	—	—
Liegnitz	85	350	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	133	—	—	—	—	—	—
Dessau	0	—	—	—	—	—	—	0	0
	—	116	60	—	—	—	—	—	—
Wesermünde	315	100	333	—	—	—	—	4	—2
Frankfurt/O.	46	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	90	204	0	—	1	—	—	51
Elbing	145	240	110	—	—6	—	—	53	—
	—	—	—	5	—	—	—	—	—
Herne	—	182		—	—	—	—	—	—
	—	—	—	32	—	—	—	—	31
Flensburg	35	—	—	—	—21	—	—	—	—
	—	332	290	—	—	—	—	—	—
Beuthen	—	100	250	—	—	—	—	—	4
	—	—	—	15	—	—	—	—	—
Recklinghausen	—	—	—	—	—50	—	—	—	—6
	21	*424	*—	30	—	—	—	—	—
Brandenburg	101	163	—	8	—	—	—	1	3
	—	—	148	—	—11	—	11	—	—
Kaiserslautern	—	—	100	—	—	—	—	—	—
	—	44	—	—	—	—	—	—	—
Trier	100	100	900	—	—	9	—	—	10
Hildesheim	30	220	300	—	6	0	—	—	9
Ulm	1	171	443	1	—	—	—	—	10
Rüstringen	20	—	—	—	—	—	—	5	30
	—	125	125	—	—	—	—	—	—

In dieser und den folgenden Tabellen bedeutet ein *, daß in der mit diesem Zeichen versehenen Summe die Überschüsse für die anderen, ebenfalls mit diesem Zeichen versehenen Betriebe mitenthalten sind.

Tabelle Nr. 17.

Zuschüsse oder Überschüsse der Unternehmungen. (einschl. Sonderzahlungen)

in 1000 RM. (1927).

Städte		Wasser-werke	Gas-werke	Elektr.-werke	Straßen-bahn	Spar-kassen	Leih-ämter	Häfen	Flug-häfen	Gruben	Stadt-kell.	Land-Betr.	Forst-Betr.	Sonstige Betriebe
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
A.														
1. Berlin	a.	2.856	13.286	20.147	20.651	—1300	—	—35	—	—849	30	578	—	1.855
	b.	—	4.586	4.218	1.499	20	—	—	—	140	—	—	—	—
3. Köln	a.	4.036	5.266	9.946	1.969	88	7	—334	—488	—	50	—	—	270
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24	—	—	—
4. München	a.	2.267	1.969	6.008	3.144	6	4	13	—	—	7	4	28	24
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—650	—	—565	—	—	110
5. Leipzig	a.	550	1.350	3.800	—	300	—	—	—	14	150	4	—23	160
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6. Dresden	a.	700	4.123	3.350	1.950	151	8	18	—	22	138	18	10	—16
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
7. Breslau	a.	1.413	4.893	8.037	3.766	—	—	—139	—	—	0	14	72	39
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8. Essen	a.	954	2.440	178	—	—	—	—	—	—	—67	—	—	—
	b.	60	—	1.290	560	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9. Frankfurt/M.	a.	1.463	191	6.827	2.605	—	17	—118	—	1	—	7	40	—
	b.	—	2.100	—	13	—	—	—	—570	—	—	—	—	88
10. Düsseldorf	a.	1.038	4.258	6.595	3.500	—	—	—	—213	32	—	—	—82	—
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11. Hannover	a.	895	5.096	4.836	—	20	7	5	—	14	50	22	—78	215
	b.	—	300	223	355	—	—	—	—139	—	224	57	—	—
12. Nürnberg	a.	560	1.805	2.352	901	44	4	—	—	—	—	—	—80	—2
	b.	—	—	134	—	—	—	—	—100	—	—63	—	—	61
13. Stuttgart	a.	602	2.220	3.179	—	260	—	—	—	—	27	33	—79	—43
	b.	—	—	—	—55	—	—	—	—	—	—	—	—	—
14. Chemnitz	a.	210	2.090	4.440	220	—	—	—	—	—	35	—	—115	—
	b.	—	—	—	—	205	—	—	—	4	—	—	—	58
15. Dortmund	a.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—71	—43	—8
	b.	300	501	2.300	498	—	—	—	—386	3	17	0	—	—49
16. Magdeburg	a.	1.310	1.073	5.467	—	—	—	—	—	—	—	71	—	—185
	b.	—	—	—	442	—	—	154	—225	—	70	—	—	13
18. Königsberg	a.	340	950	30	57	—	100	—662	—37	—	—	—	—	18
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	27	—	—	—	6
19. Duisburg	a.	*	*4.719	*	—	—	—	—	—	—	—40	—	—215	—
	b.		96	—	301	—	—	—	—	—	—	—	—	7
20. Stettin	a.	745	883	—	—	14	—	—	—	—	—	—19	82	41
	b.	—	—	2.412	91	—	—	—212	—44	—	40	—	—	—
21. Mannheim	a.	187	953	1.312	65	—	—	—46	—	—	—15	—	—	—
	b.	—	—	202	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
22. Kiel	a.	*	*3.511	*	—	—25	—	—554	—118	—	—	—	—77	—
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
23. Gelsenkirchen	a.	—	430	—	—	—	—	—	—	10	—	—	—	—
	b.	54	—	390	220	—	—	—	—	—	—	—	—	—
B.														
24. Halle	a.	150	765	2.400	850	—	—	—	—	10	—	—	—	—
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
25. Barmen	a.	*	*4.750	*	500	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
27. Kassel	a.	330	984	1.520	—	—	—	—	—	—	60	—	—	—
	b.	—	—	—	—	—	—	13	—	—	—	—	—	—
28. Elberfeld	a.	75	1.075	—	—	—9	—	—	—	—	—45	—	—	—53
	b.	—	—	708	675	—	—	—	—	—	—	—	—	6
29. Augsburg	a.	836	1.241	—	50	—	2	4	—	—	—	—	2	—
	b.	—	—	300	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—
30. Bochum	a.	312	866	453	—	—	—	—	—	30	—	—	—	—
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	—	—	3
31. Aachen	a.	390	845	2.065	—	—	—7	—	—	—	—	—	—	—
	b.	—	—	42	223	—	—	—	—	—	—	—	—	130
32. Braunschweig	a.	392	1.034	—	—	—	—	—	—	—	—	50	—	117
	b.	—	—	580	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
33. Karlsruhe	a.	674	480	847	523	—	—	10	—	—	—57	—	29	27
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—40	—	—	—	—	—
34. Erfurt	a.	250	630	1.500	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	b.			94	98	34	—	—	—201	—	—	—	—	2
35. Krefeld	a.	713	1.243	1.115	—	20	1	145	—	—	8	—	—	—
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
36. Mülheim	a.	—	*	*800	*	—	—	—	—	—	—184	—	—	—
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
37. Hamborn	a.	*	*500	*	30	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
39. M.-Gladbach	a.	181	534	828	—	—358	—	—	—	38	—19	—	—	2
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
40. Plauen	a.	120	791	645	—	—	—	—	—	—	—	7	25	—
	b.	—	—	—	—10	—	—	—	—47	—	—	—	—	—
42. Münster	a.	32	1.009	1.342	69	6	—	22	—	—	6	—	—	—
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—25	—	—	—	—	—
43. Oberhausen	a.	77	236	465	—	5	—	—	—	—	—	—	—	15
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	—	—	4
44. Wiesbaden	a.	248	535	1.573	—	—	—	—53	—	5	—32	—12	25	—642
	b.	—	—	—	—8	—	—	—	—	—	—	—	—	—
45. Ludwigshafen	a.	342	323	533	38	1	—	—	—	—	2	—	—	34
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Tabelle Nr. 17.

Zuschüsse oder Überschüsse der Unternehmungen (einschl. Sonderzahlungen)

in 1000 RM. (1927).

Städte		Wasser-werke	Gas-werke	Elektr.-werke	Straßen-bahn	Spar-kassen	Leih-ämter	Häfen	Flug-häfen	Gruben	Stadt-kell	Land-Betr.	Forst-Betr.	Sonstige Betriebe
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
C.														
46. Hagen	a.	68	228	385	—	—	—	—	—	—	—	—	—3	—
	b.	—	—	107	99	—	—	—	—	—	—	—	—	—
47. Buer	a.	—	50	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
48. Freiburg	a.	510	642	712	208	—	1	—	—44	—6	50	4	166	46
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
50. Bonn	a.	116	566	700	414	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
51. Darmstadt	a.	257	531	—	5	—	—8	—1	—	—	—69	27	16	—
	b.	—	—	332	192	—	—	—	—30	—	—	—	—	—
52. Osnabrück	a.	—	508	865	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
53. Bielefeld	a.	—	610	890	—	—	—	—	—	3	—	—12	—29	—
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
54. Görlitz	a.	—	400	750	—	—	—	—	—	110	—	—	476	35
	b.	—	—	—	—	20	—	—	—34	—	—6	13	—	—
55. Gleiwitz	a.	60	250	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—43	—
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
56. Gera	a.	25	275	50	—	50	—	—	—	—	—	—	29	—
	b.	—	—	—	50	—	—	—	—20	—	—	—	—	—
57. Zwickau	a.	10	361	770	13	—	—	—	—	—	—	—	—25	0
	b.	—	—	—	—5	20	—	—	—9	49	—	18	—	—
58. Offenbach	a.	228	700	795	135	—	—	—24	—	—	—	—	16	4
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
59. Pforzheim	a.	55	355	320	—	—	—	—	—	1	—19	—	20	10
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
61. Bottrop	a.	—	*50	*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	b.	18	—	66	26	—	—	—	—	—	—	—	—	—
62. Regensburg	a.	144	130	159	315	—	—	33	—	—	—	—	—	—
	b.	—	—	—	—	—	—	—5	—	—	—	—	—	—
63. Remscheid	a.	—	718	615	—	—	—	—	—	—	—23	—	—24	—
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
64. Fürth	a.	25	472	600	—	—	—	—	—	12	—	—	6	30
	b.	—	—	40	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—7
65. Liegnitz	a.	125	380	—	—	—	—	—	—	—	—	—	35	—
	b.	—	—	143	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15
66. Heidelberg	a.	297	676	1.068	—	—	—	—	—	—	36	4	51	—
	b.	—	—	—	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—
67. Harburg	a.	10	475	760	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—
	b.	—	—	—	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—
68. Hindenburg	a.	—	70	—	—	—	—	—	—	13	—	—	—	—
	b.	36	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
69. Wesermünde	a.	115	366	530	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—2
	b.	—	—	—	—	—	—	—230	—	—	—	—	—	—
72. Elbing	a.	125	125	250	—	40	—4	—26	—	—	—	11	22	—
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—6	—	15	15	—	—
73. Herne	a.	—	*350	*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	b.	—	—	—	55	—	—	—	—	—	—	—	—	128
74. Potsdam	a.	158	414	1.696	398	20	—	—	—	—	—	—	—	—
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
75. Flensburg	a.	—	—	—	33	—	—	—11	—23	—	—	18	—21	—
	b.	111	418	382	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
76. Beuthen	a.	—51	—144	320	8	3	—	—	—	7	—	—	—	—
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
77. Recklinghaus.	a.	—	596	—	25	—	—	—6	—	—	—59	—	—12	—7
	b.	17	—	28	—10	10	—	—	—	—	12	—	—	2
78. Gladbeck	a.	—	30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	b.	—	—	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
79. Kaiserslautern	a.	—	—	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	b.	—	90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	67	—
80. Brandenburg	a.	142	245	—	60	83	—	—	—	—	—	—	120	8
	b.	—	—	216	—	—	—	—3	—	—	19	—5	—	7
81. Hildesheim	a.	65	290	499	3	79	—	—	—	11	—	9	3	—4
	b.	—	—	5	—	—	—	—	—21	—	4	—	—	0
83. Trier	a.	78	60	929	24	31	—	—	—	—	—29	—	—8	3
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	—	—
84. Ulm	a.	—2	275	144	—28	—	—	—	—	8	—	27	38	—20
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
85. Oldenburg	a.	*	*350	*	—	—	—	—26	—	—	—	—	—	—
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
86. Jena	a.	40	237	—	—	20	—	—	—	17	102	2	—11	5
	b.	—	—	30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
87. Solingen	a.	—	1.202	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—53	—
	b.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—4	—	—	—41
88. Tilsit	a.	25	126	—	—	—	—	—17	—13	—	—	12	7	118
	b.	—	—	43	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
89. Sterkrade	a.	—	12	—	—36	21	—	—	—	—	—	—	—	—
	b.	—	—	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—
90. Cottbus	a.	167	332	606	13	—	—	—	—63	—	—	—	—5	—
	b.	—55	—95	—132	—13	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Da infolge der angespannten Finanzlage die Gemeinden auf jede Mark Mehreinnahme ihrer Unternehmungen angewiesen sind, dürfte die neuerdings im Zuge der Preissenkungsaktion angeregte Herabsetzung der Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität und der Verkehrsunternehmungen, wie sie der Reichswirtschaftsminister auf Grund einer Eingabe des Reichsverbandes der Elektrizitätsabnehmer in seinem Rundschreiben vom 25. 10. 1930 an die Länderregierungen angeregt hat, an der Härte der Tatsachen scheitern.

Wir sind auf diese Entwicklung bis heute etwas näher eingegangen, um das Bild, das hier in der Statistik mit Beginn des Rechnungsjahres 1929/30 abschließt, bis in die neueste Zeit hinein zu vervollständigen. Auch aus diesen neuesten Daten ergibt sich also ganz klar, was ja schon aus den Zahlen der Statistik entnommen werden konnte, daß die Unternehmungen der Städte für diese heute ein unentbehrlicher Einnahmefaktor geworden sind.

Aber nicht allein der Gesamtüberschuß der Unternehmungen ist für uns im Rahmen der vorliegenden Arbeit von Wichtigkeit. Von Interesse ist auch die Übersicht, die uns zeigt, welche Unternehmungen einen Überschuß erbringen und welche einen Zuschuß erfordern, sowie deren Höhe. In den Tabellen 16—19 sind die absoluten Zahlen, nach Jahren geordnet, angeführt.

Bevor wir an Hand der Angaben einer Anzahl von Städten auf die Ursachen für die steigenden Überschüsse der Unternehmungen eingehen, soll im folgenden Abschnitt noch kurz der Anteil der vier wichtigsten Unternehmungen, nämlich Gas, Wasser, Elektrizität und Straßenbahn am Gesamtüberschuß der Unternehmungen aufgezeigt werden.

Es ist bedauerlich, daß in den Tabellen des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte sowohl das Fehlen einer Unternehmung wie auch das Bilanzieren einer vorhandenen Unternehmung in den Ausgaben und Einnahmen durch einen Strich dargestellt ist. Man kann hierdurch leicht zu falschen Schlüssen kommen. Es würde sich daher empfehlen, in neuen Bänden nur das Fehlen einer Unternehmung durch einen Strich anzugeben, während sein Bilanzieren am zweckmäßigsten durch eine 0 kenntlich gemacht würde.

2. Der Anteil der vier Hauptunternehmungen am Gesamtüberschuß der Unternehmungen.

Der vorliegende Abschnitt ist im wesentlichen als Rechtfertigung des nächsten Abschnittes gedacht, in welchem die Ursachen der Steigerung der Überschüsse der Unternehmungen dargelegt werden. Da dort aber in der Hauptsache Gas- und Elektrizitätswerke behandelt werden, so soll im folgenden nachgewiesen werden, daß wir, wenn wir die Ursache der Steigerung der Überschüsse für diese Werke erklärt haben, wir damit auch die Steigerung der Überschüsse im Ganzen erklärt haben.

In den Tabellen 16—19 war in absoluten Zahlen aufgezeigt worden, in welchem Maße die einzelnen Unternehmungen am Gesamtüberschuß der Unternehmungen beteiligt sind. In Tabelle 20 wurde es vom Verfasser unternommen, den Anteil der vier wichtigsten Unternehmungen, nämlich Gas, Wasser, Elektrizität und Straßenbahn, der sog. „Hauptversorgungsbetriebe", wie sie in der kommunalen Literatur genannt werden, am Gesamtüberschuß der Unternehmungen in Prozenten zu berechnen. Wir können daraus ersehen, daß in allen drei Städtegruppen den Einnahmen aus dem Elektrizitätswerk die größte Bedeutung zukommt; ihre Bedeutung stieg in den Gruppen A und B (hier abgesehen von der kleinen Senkung um 0,1 % von 1927 auf 1928) dauernd, während er in Gruppe C von 1925 bis 1927 stieg um von da ab bis 1929 um insgesamt 3,1 % zu fallen. An zweiter Stelle kommen die Überschüsse der Gaswerke: ihr Anteil sank in allen drei Gruppen von 1925 bis 1929 dauernd (sehen wir auch hier von der kleinen Steigerung um 0,1 % in Gruppe B von 1925 auf 1927 ab). Der Anteil der Wasserwerke stieg in den Gruppen A und B von 1925 bis 1928 und sank nach 1929, der Anteil der Straßenbahnen sank dauernd; in Gruppe C ist bei beiden Werken die Entwicklung uneinheitlich.

Betrachten wir den durchschnittlichen Prozentsatz von allen drei Städtegruppen zusammen, so ergibt sich folgendes. Den stärksten Anteil am Gesamtüberschuß der Unternehmungen machen die Elektrizitätswerke aus; er stieg von 1925 bis 1928 um 4,1 %, sank aber dann auf 1929 um 0,3 %. Es folgen dann die Gaswerke; ihr Anteil sank dauernd um insgesamt 5,7 %. An dritter Stelle stehen die Überschüsse der Wasserwerke, die nach einer kleinen Senkung von 1925 bis 1927 um 0,7 %, dann bis 1929 um 1,7 % stiegen. Endlich die Überschüsse der Straßenbahnen sanken dauernd um insgesamt 2,8 %.

Vergleichen wir diese Zahlen mit den Ergebnissen der beiden Vorkriegsjahre, so besteht der wesentlichste Unterschied darin, daß Gaswerk und Elektrizitätswerk ihre Rollen vertauscht haben, zusammen jedoch nach wie vor den stärksten Anteil am Gesamtüberschuß der Unternehmungen haben. Er betrug vor dem Kriege: 1911 78,7 % und 1912 81,6 %; für die Nachkriegsjahre sind die entsprechenden Zahlen: 1925 82,4 %; 1927 85,1 %; 1928 84,0 % und 1929 80,5 %. Der prozentuale Anteil des Wasserwerks ist gegenüber vor dem Kriege stark und derjenige der Straßenbahnen ebenfalls, wenn auch nicht in demselben Maße, zurückgegangen.

Aus diesen Zahlen ergibt sich also, daß, da Gas- und Elektriztätswerk zusammen rund 80 % des Gesamtüberschusses der Unternehmungen ausmachen, ein Steigen der Überschüsse dieser beiden Unternehmungen allein schon ein Steigen des Gesamtüberschusses verursachen kann. Wir sind daher berechtigt, uns mit einer Erklärung der Ursachen der Steigerung der Überschüsse von zwei oder mehreren dieser Hauptunternehmungen zu begnügen; wir dürfen die kleineren Unternehmungen, die noch den Städten gehören und die ebenfalls einen Überschuß herauswirtschaften ruhig vernachlässigen, da nur bei diesen Unternehmungen den Städten in größerem Umfange die Möglichkeit gegeben ist, auf die Gestaltung des Gesamtüberschusses der Unternehmungen einzuwirken.

Im folgenden wollen wir die einzelnen Ursachen, die für die Steigerung der Überschüsse der Unternehmungen, bezw. für eine vermehrte Ablieferung der Werke an die Stadtkasse bestimmend sind, an verschiedenen Städten aufzeigen.

3. Die Ursachen der Steigerung der Überschüsse der Unternehmungen.

Man kann ganz allgemein sagen, daß die Überschüsse eines Werkes — sehen wir einmal von der Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung, der ja wohl die größte Bedeutung zukommt, ab — im wesentlichen durch die Höhe der Tarife sowie durch den Umsatz bedingt sind. Letzteres bedeutet, daß die abgegebene Menge von Wasser und elektrischem Strom von maßgebenden Ausschlag sind. Beim Gas liegt die Sache etwas anders, insofern, als hier die Einnahmen aus dem Verkauf von Gas meist die Unkosten der Gasproduktion decken, während die Überschüsse erst aus dem Verkauf der Nebenprodukte, in der Hauptsache von Koks und Teer, erzielt werden. An dem Beispiel von Bielefeld, das dem Verfasser in liebenswürdiger

Weise die Jahresberichte des städtischen Betriebsamtes zur Verfügung stellte, mag dies gezeigt werden. Da es sich nur um die Angaben einer Stadt handelt, kann natürlich hieraus kein allgemeingültiger Schluß gezogen werden; es kann lediglich gezeigt werden, daß auch diese Zahlen den oben aufgestellten Satz im wesentlichen bestätigen. Es ist zu beachten, daß es sich hier bei diesen Angaben einmal um Ist-Zahlen handelt und ferner nicht um die Summen, die im städtischen Etat erscheinen, sondern es handelt sich hier um die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben des Werks, wie sie sich uns in der Gewinn- und Verlustrechnung darstellen.

Tabelle 21.

Der Anteil der einzelnen Einnahmeposten des Gaswerks an den Gesamteinnahmen.

	in absoluten Zahlen	in % der Gesamteinnahmen
1925		
Gas	1 694 631,55 RM.	76,15 %
Koks	336 809,36 „	15,14 %
Teer	60 857,68 „	2,74 %
Ammoniak	31 472,35 „	1,41 %
Benzol	7 136,90 „	0,32 %
Materialien	27 540,05 „	1,24 %
Gasmessermieten	66 824,82 „	3,00 %
	2 225 272,71 RM.	100,00 %
1926		
Gas	1 663 078,79 RM.	65,78 %
Koks	371 330,61 „	14,69 %
Teer	85 824,75 „	3,40 %
Ammoniak	40 697,11 „	1,61 %
Benzol	18 602,60 „	0,73 %
Installationen	23 789,18 „	0,94 %
Gasmesermieten	68 414,05 „	2,71 %
Rückstellungen-Entnahme	256 311,83 „	10,14 %
	2 528 048,92 RM.	100,00 %

	in absoluten Zahlen	in % der Gesamteinnahmen
1927		
Gasverkauf	1 879 789,68 RM.	72,43 %
Gasmessermieten	70 637,50 „	2,72 %
Nebenerzeugnisse		
Koks	418 284,28 „	16,11 %
Teer	122 163,90 „	4,71 %
Ammoniak	58 887,60 „	2,27 %
Benzol	23 624,66 „	0,91 %
Sonstiges	631,22 „	0,02 %
Verschiedenes		
Überschuß des Lagers	12 669,53 „	0,50 %
Verschiedene Erhebungen	8 642,91 „	0,33 %
	2 595 331,28 RM.	100,00 %
1928.		
Gasverkauf	1 931 530,43 RM.	73,57 %
Gasmessermieten	84 867,33 „	3,23 %
Nebenerzeugnisse		
Koks	403 485,88 „	15,37 %
Teer	97 815,80 „	3,73 %
Ammoniak	54 315,61 „	2,07 %
Verschiedene Erzeugnisse	1 414,70 „	0,05 %
Verschiedenes		
Überschuß des Lagers	10 649,18 „	0,40 %
Verschiedene Erhebungen	41 449,90 „	1,58 %
	2 625 528,83 RM.	100,00 %
1929		
Gasverkauf	2 040 053,21 RM.	71,75 %
Gasmesser-Mieten	89 800,26 „	3,16 %
Nebenerzeugnisse		
Koks	481 674,17 „	16,94 %
Teer	72 636,88 „	2,55 %
Ammoniak	48 855,96 „	1,72 %
Benzol	15 566,49 „	0,55 %
Verschiedene Erzeugnisse	7 703,46 „	0,27 %
Verschiedenes		
Überschuß des Lagers pp.	9 588,47 „	0,34 %
Verschiedene Erhebungen	37 377,40 „	1,31 %
Erstattungen		
Entnahme	40 000,00 „	1.41 %
	2 843 256,04 RM.	100,00 %

Die auf der Ausgabenseite der Gewinn- und Verlustrechnung stehenden Angaben fassen wir für unsere Untersuchung in zwei Zahlen zusammen: 1. Ausgaben und 2. Reingewinn. Unter 1. fallen: die Ausgaben für Kohlen, Löhne und Gehälter, Reparaturen, Abschreibungen und Zinsendienst. Unter 2, zählen wir den an die Kämmereikasse abgeführten Reingewinn sowie die Kosten für die öffentliche Beleuchtung, die von der Stadt nicht erstattet werden, sondern vom Gaswerk zu tragen sind, die man also auch als indirekte Ablieferungen an die Stadt auffassen kann. Wir erhalten dann folgende Zahlen:

1925		
Öffentliche Beleuchtung	147 131,44 RM.	6,61 %
Reingewinn	500 000,00 „	22,47 %
	647 131,44 RM.	29,08 %
Ausgaben	1 578 141,27 „	70,92 %
	2 225 272,71 RM.	100,00 %
1926		
Öffentliche Beleuchtung	255 164,57 RM.	10,09 %
Reingewinn	350 000,00 „	13,85 %
	605 164,57 RM.	23,94 %
Ausgaben	1 922 884,35 „	76,06 %
	2 528 048,92 RM.	100,00 %
1927		
Öffentliche Beleuchtung	230 702,74 RM.	8,89 %
Reingewinn	400 000,00 „	15,41 %
	630 702,74 RM.	24,30 %
Ausgaben	1 964 628,54 „	75,70 %
	2 595 331,28 RM.	100,00 %
1928		
Öffentliche Beleuchtung	281 517,68 RM.	10,72 %
Reingewinn	250 000,00 „	9,52 %
	531 517,68 RM.	20,24 %
Ausgaben	2 094 011,15 RM.	79,76 %
	2 625 528,83 RM.	100,00 %
1929		
Öffentliche Beleuchtung	359 729,24 RM.	12,65 %
Reingewinn	200 000,00 „	7,04 %
	559 729,24 RM.	19,69 %
Ausgaben	2 283 526,80 „	80,31 %
	2 843 256,04 RM.	100,00 %

Im großen und ganzen ergeben die Zahlen auch die Richtigkeit der oben aufgestellten Behauptung.

Andere Einnahmen, etwa aus dem Verkauf von Gasapparaten oder elektrischen Geräten oder Ausführung von Installationsarbeiten spielen fast gar keine Rolle.

Das Hauptmittel, mit dem die Städte auf die Überschüsse ihrer Werke einen Einfluß ausüben können, ist die Tarifgebahrung. Senkung des Tarifs wird in den meisten Fällen eine vermehrte Abgabe von Gas, Wasser und elektrischem Strom, sowie eine Zunahme der mit der Straßenbahn beförderten Personen zur Folge haben, allerdings ohne daß damit zugleich auch ein Steigen der Überschüsse dieser Unternehmungen verbunden zu sein braucht. Daneben spielen noch rationelle Ausnutzung und Bewirtschaftung der Werke, straffe kaufmännische Organisation und zweckdienliche Reklame eine sehr wesentliche Rolle.

Die Zahlen des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte geben uns lediglich die Bewegung der abgegebenen Menge und der Tarife an. Die näheren Ursachen für diese Veränderungen und für eine Steigerung der Überschüsse und inwieweit die Städte hierauf in sonstiger Weise einen Einfluß auszuüben in der Lage sind, können sie uns natürlich nicht angeben. Es ist daher im folgenden unternommen worden, für 16 Städte diese genaue Aufteilung aufzuzeigen: Es wurden aus jeder Städtegruppe diejenigen beiden Städte ausgewählt, deren gesamter Überschuß der Unternehmungen von 1925 bis 1929 den niedrigsten und den höchsten Steigerungsprozentsatz aufweisen und (in Gruppe A und C allerdings je nur eine) die dem errechneten durchschnittlichen Steigerungsprozentsatz am nächsten kommen.

Es sind dies für den niedrigsten Prozentsatz in Gruppe
A: Frankfurt a. Main (51,8 %) und Breslau (58,0 %);
in Gruppe B: Barmen (35,8 %) und Ludwigshafen (62,8 %);
in Gruppe C: Wesermünde (42,8 %) und Bielefeld (50,4 %);

für den höchsten Prozentsatz sind es:
in Gruppe A: Königsberg (226,6 %) und Chemnitz (190,0 %);
in Gruppe B: M.-Gladbach (198,7 %) und Kassel (160,3 %);
in Gruppe C: Kaiserslautern (497,9 %) und Pforzheim (291,2 %);

dem durchschnittlichen Steigerungsprozentsatz kommen am nächsten:

in Gruppe A: Düsseldorf (122,4 %);
in Gruppe B: Braunschweig (135,8 %) und Elberfeld (136,2 %):
in Gruppe C: Darmstadt (149,0 %). [19])

Wenden wir uns nun den einzelnen Städten zu und zwar in der Reihenfolge, wie sie aufgezählt wurden. Beginnen wir also mit

Frankfurt a. Main.

Die Steigerung des Gesamtüberschusses der Unternehmungen verteilt sich hier auf Gaswerk, Wasserwerk und Elektrizitätswerk. Die Stadt Frankfurt wurde von zwei Gesellschaften versorgt und zwar einmal vom Städtischen Gaswerk mit den Werken Heddernheim (I) und Griesheim (II) und zum andern von der Frankfurter Gasgesellschaft (III). Heute sind beide Gesellschaften in den Main-Gaswerken A. G. zusammengeschlossen. Dem Statistischen Jahrbuch Deutscher Städte entnehme wir folgende Angaben:

Die Überschüsse des Gaswerks (in 1000 Mark)

	1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
I, II	136	191	300		
				2720	
III	1300	2100	2150		
	1436	2291	2450	2720	89,0 %

Die abgegebene Gasmenge (in 1000 cbm)

	1924	1925	1926	1927	1928	Steigerung in %
I	—	4.682	5.013	5.573	6.187	
II	—	—	—	2.032	2.385	
III	—	70.198	73.438	76 638	82 252	
	66.312	74.880	78.451	84.243	90.824	37,0 %

Gastarif: Durchschnittspreis für 1 cbm Gas in Pfg. unter Einrechnung etwa bestehender Nebengebühren (Gasmessergebühren)

19) Die Angaben für die folgende Untersuchung erhielt der Verfasser dadurch, daß die betreffenden Städte in liebenswürdigster Weise die erbetene Auskunft gaben, wofür ihnen an dieser Stelle noch einmal herzlichst gedankt sei. München-Gladbach lehnte das Ersuchen ab mit der Begründung, daß „die gewünschten Angaben nur nach einer ausführlicheren Ausarbeitung ermittelt werden könnten, wozu es bei der dienstlich außerordentlich in Anspruch genommenen Verwaltungsabteilung an der notwendigen Zeit mangelt." Besonders möchte ich noch dem Städtischen Betriebsamt Bielefeld danken, deren zur Verfügung gestellte Jahresberichte teils hier, teils oben wertvolle Dienste leisteten.

		Zum Beleuchten und Kochen bei einem Jahresverbrauch von		Zum Beheizen von Räumen bei einem Jahresverbrauch von		
		360 cbm	1800 cbm	600 cbm	3000 cbm	6000 cbm
1926	I	19,0	19,0	17,0	13,0	13,0
1927		19,0	19,0	17,0	13,8	13,6
	III	—	—	—	—	13,0
			1200 cbm			
1928	I	19,0	19,0	10/7	10/7	10/7
	III	19,0	19,0	13,0	8,0	7,6

für gewerbliche Zwecke und industrielle Großabnehmer bei einem Jahresverbrauch von

		600 cbm	3000 cbm	6000 cbm	12000 cbm	60000 cbm	600000 cbm
1926	I	19,0	16,4	16,4	15,8	15,6	14,4
1927	I	19,0	16,4	16,4	15,8	15,6	14 4
	III	17,0	17,0	17,0	17,0	16,0	15.0
1928	I	19,0	16,4	16,4	15,8	15,6	14,4
	III	17,0	17,0	—	—	—	—

Die Überschüsse des Wasserwerks (in 1000 Mark)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
731	1463	1619	1991	272,4 %

Wasserabgabe gegen Bezahlung an Privatentnehmer (in 1000 cbm)

1923/24	1926	1927	1928	Steigerung in %
23112	25297	28527	31112	34,6 %

Wasserpreis: (Einheits- oder häufigster Preis pro 1 cbm in Pfg.)

1923/24 21 Pfg.
1926/1928 23 Pfg.

Die Überschüsse des Elektrizitätswerks (in 1000 Mark)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
4817	6827	7139	7599	57,8 %

Gesamtabgabe von elektr. Strom ab Sammelschiene ins Netz geschickt (in 1000 kWh)

1926	1927	1928	Steigerung in %
83078	98515	116507	40,2 %

Stromtarif: Durchschnittspreis für eine kWh Strom in Pfg. unter Einrechnung der Grund-, Zähler- und sonstigen Gebühren.

Lichtstrom; bei einem Jahresverbrauch von

					1925	1927
50	kWh	Anschlußwert	0,5	kW	45	45
250	„	„	„	„	45	45
Kraftstrom:						
500	„	„	5	„	24	24
5000	„	„	10	„	23	23
22500	„	„	15	„	21	21

1928: Durchschnittspreis für 1 kWh für Licht und Kleinkraft: 42.30.

Zu schließen wäre hieraus, daß die Steigerungen der Überschüsse beim Wasser- und Elektrizitätswerk einmal auf die gesteigerte Abgabe von Wasser und elektrischem Strom und beim Wasserwerk außerdem noch auf die Erhöhung des Tarifs zurückzuführen ist. Aus der Steigerung der abgegebenen Gasmengen allein die wachsenden Überschüsse des Gaswerks herleiten zu wollen, geht, wie wir oben zeigten, nicht an, da hier der Verkauf der Nebenprodukte erst die eigentlichen Überschüsse ergibt. Dieses Mal jedoch waren unsere Schlüsse nicht zutreffend gewesen.

Wie die kaufmännische Direktion der städtischen Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerke dem Verfasser auf Anfrage mitteilte, entsprechen obige Zahlen weder den Zahlen der Etatsvoranschläge noch den tatsächlichen Jahresergebnissen. „Nach den Jahresrechnungen sind von den Städtischen Gaswerken folgende Überschüsse abgeliefert worden:

	Gaswerk Heddernheim	Gaswerk Griesheim
1925	218.568,41 RM.	36.585,68 RM.
1927	191.042,76 „	31.407,47 „
1928	151.878,66 „	36.332,64 „

Der Rückgang der Überschußablieferung bei dem Gaswerk Heddernheim trotz erhöhter Gasabgabe (1925 = 4 176 000 cbm, 1928 = 5 549 000 cbm) ist darauf zurückzuführen, daß in den Jahren 1927 und 1928 Gewerbesteuer und sog. feste Verzinsung bezahlt wurden, die im Abschluß 1925 noch nicht enthalten waren.

Die Überschußablieferung der Städtischen Wasserwerke betrug im Jahre 1925 RM. 617.848.— und im Jahre 1929 653.421.— RM. Die nutzbare Wasserabgabe ist in dieser Zeit gestiegen von 24 818 000 cbm auf 31 436 000 cbm, der Wasserpreis von 21 Rpfg. pro cbm auf 25 Rpfg. Die geringe Steigerung der Überschußablieferung beruht darauf, daß wie bei dem Gas-

werk Heddernheim im Jahre 1929 Gewerbesteuer und feste Verzinsung zu zahlen waren, die im Jahre 1925 noch nicht in Frage kamen.

Die Überschußablieferung der Städtischen Elektrizitätswerke betrug 1925 RM. 5 089 698.— und 1929 4 512 525.— RM. Die nutzbar abgegebenen kWh betrugen 1925 64 244 000.— und 1929 105 461 000.—. Die Durchschnittseinnahmen sind in dieser Zeit infolge Einführung des billigen Haushaltstarifes von 24,32 Rpfg. auf 19,08 Rpfg. gesunken.

Die Minderung der Überschusses beruht teilweise auf Senkung der Mittelpreise, vor allem jedoch auf einem bedeutend gestiegenen Zinsendienst sowie der Verrechnung der Gewerbesteuer."

Die Main-Gaswerke A. G. gaben dem Verfasser als Ursache für die Steigerung ihrer Zahlen folgende Auskunft: „Die in der Voranschlagsstatistik des Statist. Jahrbuches deutscher Städte aufgeführten Einnahmen für selbstbewirtschaftete städtische Gaswerke und gemischtwirtschaftliche Betriebe sind generell für das Vorjahr maßgebend . . . Die große Abweichung im Jahre 1925 gegenüber den späteren Jahren ist bedingt durch das Rumpfgeschäftsjahr der Frankfurter Gasgesellschaft, das für die Zeit vom 1. April — bis 31. Dezember 1924 abgeschlossen wurde. Zur besseren Übersicht geben wir Ihnen nachstehend die Ablieferung der Frankfurter Gasges. an die Stadt Frankfurt:

Geschäftsjahr 1924 • 3/4 Jahr:		
Konzessionsabgabe:	843 002,58 RM.	
Dividende:	— „	843 002,58 RM
Geschäftsjahr 1925:		
Konzessionsabgabe:	1 238 081,— RM	
Dividende:	616 063,— „	1 854 144,— RM.
Geschäftsjahr 1926:		
Konzessionsabgabe:	1 268 255,— RM.	
Dividende:	792 750,— „	2 061 005,— RM.
Geschäftsjahr 1927:		
Konzessionsabgabe:	1 328 602,— RM.	
Dividende:	564 555,— „	1 893 157,— RM.
Geschäftsjahr 1928:		
Konzessionsabgabe:	1 343 025,— RM.	1 343 025,— RM
Geschäftsjahr 1929:		
Konzessionsabgabe:	1 382 865,— RM.	1 382 865,— RM.

Daß 1928 und 1929 keine Dividende verteilt wurde, hängt nicht mit dem Betriebsergebnis zusammen, sondern es sind durch Errichtung des Schwelwerkes Hungen größere Verluste entstanden, die von der Frankfurter Gasgesellschaft zu tragen waren."

Die Ablieferungen sind also ziemlich konstant geblieben.

„Der Gaspreis betrug am 1. April 1924 21 Pfg. / cbm, wurde im April 1925 auf 20 Pfg. / cbm und im April 1926 auf 19 Pfg. / cbm gesenkt. Löhne und Gehälter erfuhren seit 1924 bis 1929 eine starke Erhöhung. Größeren Schwankungen waren sämtliche Nebenprodukte sowie die Kohlenpreise unterworfen. Der Gasverkauf hat sich von 1924: 54 000 000 cbm auf 87 000 000 cbm gesteigert. Bei dieser Steigerung ist allerdings eine Abgabe von 15,7 Millionen cbm an die Stadt Offenbach, die seit Dezember 1928 durch uns versorgt wird, inbegriffen. Größere Überschüsse bei der Ausführung von Installationsarbeiten oder Verkauf von Gasgeräten wurden nicht erzielt."

Breslau.

Das Ansteigen des Gesamtüberschusses der Unternehmungen erklärt sich in der Hauptsache aus dem Steigen der Überschüsse des Gas- und des Elektrizitätswerks.

Die Überschüsse des Gaswerks (in 1000 Mk.)

1925	1927	1928	1929
4237	4893	4757	4986

Die abgegebene Gasmenge (in 1000 cbm)

1924	1925	1926	1927	1928	Steigerung von 1924 bis 1928 in %
59215	65289	67549	70051	72197	21,9 %

Gastarif: Durchschnittspreis für 1 cbm Gas in Pfg. unter Einrechnung etwa bestehender Nebengebühren (Gasmess.-Geb.)

	Zum Beleuchten u. Kochen bei einem Jahresverbrauch von		zum Beheizen von Räumen bei einem Jahresverbrauch von		
	360 cbm	1800 cbm	600 cbm	3000 cbm	6000 cbm
1926	18,0	18,0	18,0	18,0	
1927	19,0	19,0	11,0	11,0	11,0
		1200 cbm			
1928	19,0	19,0	11,0	11,0	11,0

für gewerbliche Zwecke und industrielle Großabnehmer bei einem Jahresverbrauch von

	600 cbm	3000 cbm	6000 cbm	12000 cbm	60000 cbm	600000 cbm
1926	18,0	18,0				
1927	19,0	19,0				
1928			16,7	15,8	13,9	13,3

Die Überschüsse des Elektrizitätswerks (in 1000 Mk.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
3192	8037	8621	9005	182,1 %

Gesamtabgabe von elektr. Strom ab Sammelschiene ins Netz geschickt (in 1000 kWh)

1926	1927	1928	Steigerung in %
66978	78748	90727	35,4 %

Stromtarif: Durchschnittspreis für 1 kWh Strom in Pfg. unter Einrechnung der Grund-, Zähler- und sonstigen Gebühren.

Lichtstrom; bei einem Jahresverbrauch von

			1925	1927
50 kWh	Anschlußwert 0,5 kW		40	45
250 „	„		40	45
Kraftstrom:				
500 „	„	5 „	20	23
5000 „	„	10 „	20	21
22500 „	„	15 „	16	18

1928: Durchschnittspreis für 1 kWh für Licht und Kleinkraft: 28,00.

Die Steigerung beim Elektrizitätswerk dürfte einmal auf die gesteigerte Abgabe von elektrischem Strom und zum anderen auf die Tariferhöhung zurückzuführen sein. Daß für das Gaswerk die Überschüsse nicht allein aus der abgegebenen Gasmenge heraus zu erklären sind, sondern daß diese in wesentlichem Maße von dem Absatz und den Preisen der Nebenprodukte abhängig sind, wurde schon weiter oben ausgeführt.

Die städt. Betriebsdeputation der Stadt Breslau gab für die Steigerung der Überschüsse des Elektrizitätswerkes folgende Gründe an: „Die starke Steigerung der Überschüsse beruht zum großen Teil auf erhöhter Stromabgabe und auf Erhöhung der Tarifpreise. Andererseits ist die Überschußsteigerung auch darauf zurückzuführen, daß die Kämmerei die Rück-

lagen stark beschnitt und die Rücklagenkürzung zur Erhöhung des Überschusses verwendete.

Die Einnahmen des Installationsbetriebes der Elektrizitätswerke spielen bei dem Überschusse gar keine Rolle, weil der bei diesem Betriebe erzielte Gewinn in den letzten Jahren unerheblich war.

Ein Verkauf von elektr. Geräten, Lampen, Installationsmaterial findet zwar statt, doch ist der Umsatz derart gering, daß von einem Gewinn kaum die Rede sein kann."

Dasselbe gilt auch für das Gaswerk. Hierüber heißt es ferner: „Der Verfasser des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte rechnet zu den Betriebsüberschüssen der Werke Verwaltungsbeiträge an die Zentralverwaltung, Straßenbenutzungsgebühren, Straßenunterhaltungsbeiträge, Zins- und Tilgungsbeträge für früher investierte Kapitalien hinzu. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, ergibt sich auch für die Gaswerke eine Steigerung der Überschüsse." In Wirklichkeit aber ist ab 1925 mit Ausnahme des Jahres 1927 ein stetiger Rückgang zu verzeichnen. Er beruht einmal auf der vermehrten Gasabgabe zu verbilligten Preisen an industrielle Unternehmungen und gewerbliche Betriebe; zum anderen wurde er durch rückläufige Preisbewegung auf dem Teermarkt, sowie der Preise für Koks und Benzol verursacht.

Für das Elektrizitätswerk treffen also unsere Schlüsse weitgehendst zu. Daß außerdem der erhöhte Überschuß noch auf außerwirtschaftliche Momente zurückzuführen ist, konnte den Angaben des Statistischen Jahrbuchs nicht entnommen werden.

Wuppertal-Barmen.

Hier sind einmal die Überschüsse des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerks, die zusammengefaßt angegeben sind, sowie die Überschüsse der Straßenbahnen gestiegen. Nach dem Statistischen Jahrbuch Deutscher Städte erhalten wir folgende Angaben.

Die Überschüsse des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerks (in 1000 Mk.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
3750	4750	4750	5000	33,5 %

Abgegebene Gasmenge (in 1000 cbm)

1924	1925	1926	1927	1928	Steigerung in %
36368	37082	38278	39684	40665	11,8 %

Gastarif (Durchschnittspreis für 1 cbm Gas in Pfg. unter Einrechnung etwa bestehender Nebengebühren.)

Zum Beleuchten und Kochen bei einem Jahresverbrauch von:

	360 cbm	1800 cbm	600 cbm	3000 cbm	6000 cbm
1927	14,0	12,7	14,0	11,2	8,6
		1200 cbm			
1928	14,0	13,0	14,0	11,2	8,6

Für gewerbliche Zwecke und industrielle Großabnehmer bei einem Jahresverbrauch von:

	600 cbm	3000 cbm	6000 cbm	12000 cbm	60000 cbm	600000 cbm
1927/1928	14,0	12,4	12,2	11,1	9,0	6,5

Wasserabgabe gegen Bezahlung an Privatentnehmer (in 1000 cbm)

1924	1926	1927	1928
21157	26081	29058	25719

Wasserpreis (für 1 cbm)

1924 bis 1928: 14 Pfg.

Gesamtabagbe von elektrischem Strom ab Sammelschiene ins Netz geschickt (in 1000 kWh)

1926	1927	1928	Steigerung in %
56723	90293	98291	73,3 %

Stromtarif: Durchschnittspreis für 1 kWh in Pfg. unter Einrechnung der Grund-, Zähler- und sonstigen Gebühren:

Lichtstrom: bei einem Jahresverbrauch von			1926	1927
50 kWh	Anschlußwert	0,5 kW	40	40
250 „	„	„ „	40	40
Kraftstrom:				
500 „	„	5 „	30	25
5000 „	„	10 „	15	15
22500 „	„	15 „	12	12

1928: Durchschnittspreis für 1 kWh für Licht und Kleinkraft: 40,00.

Die Überschüsse der Straßenbahn: (in 1000 RM.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
300	500	500	500	66,7 %

Zahl der beförderten Personen: (in 1000)

1924	1926	1927	1928	Steigerung in %
14 378	19 931	24 022	26 450	84,0 %

Zahl der durch Omnibus beförderten Personen: (in 1000)

1926	1927	1928
1 766	2 353	3 169

Die Schlüsse, die hieraus zu ziehen sind, daß nämlich die höheren Überschüsse in der Hauptsache auf vermehrte Abgabe von Gas, Wasser und elektrischen Strom sowie auf die gesteigerte Anzahl der beförderten Personen zurückzuführen sei, wird durch das Schreiben der Städtischen Werke bestätigt: „Tarifänderungen fanden in dieser Zeit nicht statt. Die höheren Überschüsse wurden durch die Einnahmen aus Verkäufen von Installationsmaterial pp. nicht beeinflußt. . . . Die Steigerung der etatsmäßigen Überschüsse bei den Barmer Straßenbahnen ist in der Hauptsache auf die Zunahme im Personenverkehr zurückzuführen."

Ludwigshafen a. Rh.

Das Elektrizitätswerk ist hier das einzige der vier Hauptversorgungsunternehmungen, das von 1925 bis 1929 eine dauernde Steigerung seiner in den Voranschlag der Stadt eingesetzten Überschüsse zu verzeichnen hat; es wird daher auch allein weiter unten behandelt werden. Sein prozentualer Anteil am Gesamtüberschuß stieg von Jahr zu Jahr und betrug:

1925	38,4 %
1927	41,9 %
1928	50,2 %
1929	53,0 %

Die Überschüsse des Gaswerks stiegen nur von 1925 bis 1927 und sanken von da ab dauernd (in 1000 RM.: 321; 323; 288; 255), die des Wasserwerks verliefen schwankend (262; 342; 312; 426), ebenfalls die der Straßenbahnen (10; 38; 35; —). Addiert man jedoch die Überschüsse aller vier Unternehmungen so ergibt sich 1925 bis 1929 ein dauerndes Steigen um insgesamt 57,8 % (1925 = 100 gesetzt): 976; 1236; 1348; 1540.

Die Überschüsse des Elektrizitätswerks: (in 1000 Mk.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
383	533	713	859	124,3 %

Gesamtabgabe von elektr. Strom ab Sammelschiene ins Netz geschickt: (in 1000 kWh)

1926	1927	1928	Steigerung in %
20469	28279	37168	81,6 %

Stromtarif: Durchschnittspreis für 1 kWh in Pfg. unter Einrechnung der Grund-, Zähler- und sonstigen Gebühren:

Lichtstrom; bei einem Jahresverbrauch von

				1926	1927
50 kWh	Anschlußwert	0,5	kW	50	50
250 „	„	„	„	42	42
Kraftstrom:					
500 „	„	5	„	36	36
5000 „	„	10	„	29	29
22500 „	„	15	„	13	12

1928: Durchschnittspreis für 1 kWh für Licht und Kleinkraft: 33,30.

Nach den Angaben des Städtischen Elektrizitätswerks Ludwigshafen steigerte sich jedoch die abgegebene Menge von elektrischem Strom 1926 bis 1928 nur um 78,7 %. Diese Differenz ist dadurch zu erklären, daß die Zahlen des Jahrbuchs die Abgabe an die vom Werk unmittelbar versorgten Abnehmer darstellen. „Hierzu kommt noch ein Weiterverkäufer (Stadtgemeinde mit eigenem Netz) so daß sich insgesamt folgende Zahlen ergeben:

1926	21 273 313	kWh
1927	29 292 180	„
1928	38 017 751	„

Nach der Mitteilung des Städtischen Elektrizitätswerks treffen die oben errechneten Werte jedoch nicht für das Ludwigshafener Werk zu. „In der Zeit von 1926 bis 1928 steigerte sich die Stromabgabe um 78,7 % und von 1925 bis 1929 um 135,34 %, wobei die Jahre 1925 und 1926 jeweils mit 100 % eingesetzt wurden."

Die Annahme, „daß der Betriebsüberschuß bzw. die Abführungen an den städtischen Haushalt gegenüber der Stromabgabe eine Übersteigerung erfahren hätten, trifft nicht zu. In

Wirklichkeit ist sogar der Gewinn pro verkaufter Einheit von Jahr zu Jahr zurückgegangen. Der Grund hierfür ist hauptsächlich in der ständig vermehrten Belieferung der Großindustrie zu suchen. Die Zuschüsse an den Haushalt der Stadt sind 1929 gegenüber 1925 um 98,6 % gestiegen.

Die Zählermieten sind seit Jahren im wesentlichen unverändert. Installationsarbeiten werden vom Werk nicht ausgeführt. Haushaltsgeräte werden nur gelegentlich an Konsumenten abgegeben. Die Einnahmen aus dem Verkaufsgeschäft sind daher so gering, daß sie auf den Gesamtumsatz keinen merklichen Einfluß ausüben können."

Wesermünde.

Die Steigerung des Gesamtüberschusses erklärt sich auch hier aus den steigenden Überschüssen von Gas- und Elektrizitätswerk. Die Angaben des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte sind folgende:

Die Überschüsse des Gaswerks: (in 1000 Mk.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
100	366	365	510	410 %

Die abgegebene Gasmenge: (in 1000 cbm)

1924	1925	1926	1927	1928	Steigerung in %
6379	6794	7113	7576	8443	32,4 %

Gastarif: (Durchschnittspreis für 1 cbm Gas in Pfg. unter Einrechnung etwa bestehender Nebengebühren)

Zum Beleuchten und Kochen — Zum Beheizen von Räumen bei einem Jahresverbrauch von

	360 cbm	1800 cbm	600 cbm	3000 cbm	6000 cbm
1926	20,0	20,0			
1927	20,0	20,0	10,0	10,0	10,0
		1200 cbm			
1928	20,0	20,0	10,0	10,0	10,0

Für gewerbliche Zwecke und industrielle Großabnehmer bei einem Jahresverbrauch von

	600 cbm	3000 cbm	6000 cbm	12000 cbm	60000 cbm	600000 cbm
1926	20,0	15,0	14,8	14,0	12,4	12,0
1927	20,0	12,0	12,0	12,0	10,0	10,0
1928	12,0	12,0	12,0	12,0	10,0	10,0

Die Überschüsse des Elektrizitätswerks: (in 1000 Mk.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
333	530	610	669	100,9 %

Gesamtabgabe von elektr. Strom ab Sammelschiene ins Netz geschickt (in 1000 kWh)

1926	1927	1928	Steigerung in %
4035	4701	4982	23,5 %

Stromtarif: Durchschnittspreis für 1 kWh Strom in Pfg. unter Einrechnung der Grund-, Zähler- und sonstigen Gebühren.

Lichtstrom; bei einem Jahresverbrauch von

				1925	1927
50 kWh	Anschlußwert	0,5	kWh	55	55
250 „	„	„	„	55	55
Kraftstrom:					
500 „	„	5	„	25	25
5000 „	„	10	„	24	24
22500 „	„	15	„	21	21

1928: Durchschnittspreis für 1 kWh Licht und Kleinkraft: 42,0.

Die Überschüsse sind hier aus der abgegebenen Menge von Gas und elektrischem Strom zu erklären.

Nach den Angaben der Stadtverwaltung ist die Steigerung dadurch zu verstehen, „daß die Gemeinde Wesermünde 1924 durch Zusammenschluß der beiden früheren Städte Geestemünde und Lehe entstanden ist.“ Ferner sind die Werke durch schrittweisen Ausbau modernisiert worden und hierdurch konnte aus den neuen Anlagen eine wesentlich höhere Rentabilität herausgewirtschaftet werden. „Die Bewirtschaftung der Nebenprodukte wie Koks, Teer usw. ist dabei nicht von ausschlaggebender Bedeutung gewesen.“ Da hier keine genaueren Angaben vorliegen, darf wohl angenommen werden, daß beide Ursachen gemeinsam die steigenden Überschüsse ermöglicht haben.

Bielefeld.

Die steigenden Überschüsse von Gas- und Elektrizitätswerk trugen auch hier zu einem Steigen des Gesamtüberschusses der Unternehmungen bei.

Überschüsse des Gaswerks: (in 1000 RM.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
300	610	650	760	153,3

Die abgegebene Gasmenge: (in 1000 cbm)

1924	1925	1926	1927	1928	Steigerung in %
10267	11230	11457	13333	15010	46,2

Gastarif: Durchschnittspreis für 1 cbm Gas in Pfg. unter Einrechnung etwa bestehender Nebengebühren (Gasmessergebühren)

Zum Beleuchten und Kochen — Zum Beheizen von Räumen
bei einem Jahresverbrauch von

	360 cbm	1800 cbm	600 cbm	3000 cbm	6000 cbm
1926	18,7	18,3	18,4	18,4	17,8
1927	17,7	17,3	17,4	14,8	14,3
		1200 cbm			
1928	17,7	17,0	17,7	14,5	14,0

Für gewerbliche Zwecke und industrielle Großabnehmer
bei einem Jahresverbrauch von

	600 cbm	3000 cbm	6000 cbm	12000 cbm	60000 cbm	600000 cbm
1926	18,4	18,4	17,8	17,3	13,4	9,2
1927	17,4	14,8	14,8	13,5	10,0	8,0
1928	17,7	14,5	14,0	13,5	10,0	8,0

Die Überschüsse des Elektrizitätswerks: (in 1000 Mk.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
700	890	840	1033	47,6

Gesamtabgabe von elektr. Strom ab Sammelschiene ins Netz geschickt (in 1000 kWh)

1926	1927	1928
25974	40039	39705

Stromtarif: Durchschnittspreis für 1 kWh Strom in Pfg. unter Einrechnung der Grund-, Zähler- und sonstigen Gebühren.

Lichtstrom; bei einem Jahresverbrauch von

					1926	1927
50	kWh	Anschlußwert	0,5	kW	50	50
250	„	„	„	„	50	50
Kraftstrom:						
500	„	„	5	„	22/11	22/11
5000	„	„	10	„	19/10	19/10
22500	„	„	15	„	16/ 8	16/ 8

1928: Durchschnittspreis für 1 kWh für Licht und Kleinkraft: 29,90 Rpfg.

Beim Elektrizitätswerk könnten wir die gesteigerten Überschüsse wohl auf die vermehrte Abgabe von elektrischem Strom zurückführen. Während die Erklärung für die Überschüsse des Gaswerks schon schwieriger ist, da hier einmal die abgegebene Gasmenge, wie schon mehrfach betont, nicht von derselben ausschlaggebenden Bedeutung für den Gesamtüberschuß des Werks ist wie beim Wasser- und Elektrizitätswerk und zum andern 1927 der Tarif gesenkt wurde. Nachfolgende Ausführungen geben uns eine genauere Erklärung.

Wie der Verfasser den ihm zur Verfügung gestellten Jahresberichten des Städtischen Betriebsamtes entnehmen konnte, ist die Steigerung der Überschüsse — in diesem Falle handelt es sich um Ist-Zahlen; da jedoch im allgemeinen die Ist-Zahlen des abgeschlossenen Betriebsjahres die Soll-Zahlen des nächsten Jahres darstellen, so dürften hiermit auch unsere oben angeführten Zahlen erklärt sein —auf folgende Ursachen zurückzuführen. Zunächst das Gaswerk.

Der Gasverbrauch konnte dauernd gesteigert werden. Ebenso war es möglich, die Ergebnisse des Gaswerks durch weitgehende kaufmännische und technische Rationalisierung zu steigern. Um diese Vorteile auch den Konsumenten zugute kommen zu lassen, wurde gegen Ende des Jahres 1927 der Gaspreis von 18 auf 17 Pfg. gesenkt, und „ein insbesondere für Gewerbe und Industrie günstigerer Tarif eingeführt.“ [20]) Einmal ergaben sich hierdurch für die nächsten Jahre verringerte Einnahmen. Zum anderen aber wurden diese durch die steigende Arbeitslosigkeit verursacht, da viele private Unternehmungen, vor allem in der Fahrradindustrie, infolge Stillegung als Abnehmer von Gas ausschieden. Wenn trotzdem die Abgabeziffern nicht entsprechend stark sanken, so ist dies darauf zurückzuführen, daß infolge eindringlicher Werbetätigkeit der Gasverbrauch

20) Städt. Betriebsamt, Bielefeld, Jahresber. 1927, S. 7.

„bei den Kleinabnehmern und hier besonders wieder bei den Haushaltungen“ [21]) gesteigert werden konnte. Jedoch ist der Überschuß im Vergleich zur Steigerung der Menge zurückgegangen; ein weiterer Einnahmeausfall ist auf das Sinken der Preise der Nebenprodukte zurückzuführen.

Wenn trotzdem die Ablieferungen an die Stadt gesteigert oder auf derselben Höhe behalten und ferner noch besondere Anforderungen, welche von der Kämmereikasse an die Betriebsverwaltung gerichtet wurden, erfüllt werden konnten, so war dies nur möglich durch Zurückgreifen auf Rücklagen aus früheren Jahren teilweise Verringerung der Abschreibungen.

Ähnlich liegen die Verhältnisse beim Elektrizitätswerk. Auch hier macht sich nach einer Besserung gegen Ende des Jahres 1926 und 1927 ein recht starker Rückgang infolge der schlechten Wirtschaftslage bemerkbar. Wenn auch hier diese Tatsachen nicht voll zur Auswirkung kamen, so liegt das ebenfalls an einer Steigerung des Stromverbrauchs beim Kleinabnehmer. Auch hier mußten teilweise Entnahmen aus Rückstellungen gemacht werden, um den Anforderungen der Kämmereikasse nachkommen zu können.

Königsberg.

Die Steigerung der Gesamtüberschüsse beruht hier auf einem Ansteigen der Überschüsse des Gaswerks sowie des Elektrizitätswerks und der Straßenbahnen.

Die Überschüsse des Gaswerks: (in 1000 Mk.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
515	950	1354	1425	176,7

Die abgegebene Gasmenge: (in 1000 cbm)

1924	1925	1926	1927	1928	Steigerung in %
23596	26690	28546	30402	31373	33,0

Gastarif: Durchschnittspreis für 1 cbm Gas in Pfg. unter Einrechnung etwa bestehender Nebengebühren (Gasmessergebühren)

	Zum Beleuchten und Kochen bei einem Jahresverbrauch von		Zum Beheizen von Räumen bei einem Jahresverbrauch von		
	360 cbm	1800 cbm	600 cbm	3000 cbm	6000 cbm
1926	19,0	19,0	13,3	13,3	11,4
1927	19,0	17,1	13,3	13,3	13,3
		1200 cbm			
1928	12,0	12,0	9,0	9,0	9,0

21) Städt. Betriebsamt, Bielefeld, Jahresber. 1928, S. 5.

Für gewerbliche Zwecke und industrielle Großabnehmer bei einem Jahresverbrauch von

	600 cbm	3000 cbm	6000 cbm	12000 cbm	60000 cbm	600000 cbm
1926	19,0	13,3	13,3	11,4	9,5	7,2
1927	19,0	13,3	13,3	11,4	9,0	—
1928	19,0	13,3	13,3	11,4	9,5	—

Die Überschüsse des Elektrizitätswerks und der Straßenbahnen (in 1000 Mark)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
1205	3057	3134	Elt. 2734	
			Strb. 1528	
			4262	253,7 %

Gesamtabgabe von elektr. Strom: (in 1000 kWh)

1926	1927	1928	Steigerung in %
40331	56659	58795	45,8 %

Stromtarif: Durchschnittspreis für 1 kWh Strom in Pfg. unter Einrechnung der Grund-, Zähler- und sonstigen Gebühren

Lichtstrom; bei einem Jahresverbrauch von

			1926	1927
50 kWh	Anschlußwert	0,5 kW	50	50
250 „	„	„ „	50	50
Kraftstrom:				
500 „	„	5 „	25	25
5000 „	„	10 „	25	25
22500 „	„	15 „	16	15

1928: Durchschnittspreis für 1 kWh für Licht und Kleinkraft: 38,30.

Zahl der beförderten Personen (in 1000)

1924	1926	1927	1928	Steigerung in %
24588	35169	38939	43330	76,2

Fahrpreis: 1924—1928 Einheitstarif zu 20 Pfg.

Das Ansteigen der Überschüsse des Elektrizitätswerks und der Straßenbahnen sind wohl in der Hauptsache durch die Steigerung der abgegebenen Strommengen, sowie der Zahl der beförderten Personen zu erklären, während beim Gaswerk die

abgegebene Gasmenge auch von einiger Bedeutung sein wird. Daß diese Schlüsse noch zu korrigieren sind, ergibt sich aus der Antwort des Magistrats der Stadt Königsberg — Stadtkämmerei:

„Bei dem im Statistischen Jahrbuch Deutscher Städte unter „Überschüsse der Betriebe" ausgewiesenen Zahlen handelt es sich um die von den Werken an die Stadtgemeinde zu leistenden Abgaben, und zwar:

a) Straßenmiete,
b) Kosten der Straßenbeleuchtung.

Im Jahre 1925 ist in dem betreffenden Jahrbuch nur die Straßenmiete eingesetzt worden, es fehlten also die Kosten der Straßenbeleuchtung. Ferner deckt sich der im Jahrbuch 1930 für 1929 eingesetzte Betrag für Elektrizitätswerk und Straßenbahn nicht mit dem unter „Kapital-Vermögensverwaltung" aufgeführten des Haushaltsplanes. Es besteht hier eine Differenz von RM. 542 000.—, die nach unserer Feststellung die Abgabe der Kanalisationswerke darstellt. Um diesen Betrag ist das Statistische Jahrbuch richtigzustellen.

Es ergibt sich danach folgende Gegenüberstellung:

	1925	1929	Steigerung um %
Elektrizitätswerk u. Straßenbahn			
Straßenmiete	1.205.000.—	3.260.000.—	170,6
Straßenbeleuchtung	200.000.—	460.000.—	130.—
	1.405.000.—	3.720.000.—	164,8 %
Gaswerk			
Straßenmiete	515.000.—	1.000.000.—	94,2
Straßenbeleuchtung	320.000.—	425.000.—	32,9
	835.000.—	1.425.000.—	70,7 %

Die Leistungen an die Stadtgemeinde sind also von 1925 zu 1929 gestiegen um

a) 164,8 % bei Elektrizitätswerk und Straßenbahn,
b) 70,7 % beim Gaswerk.

Dagegen beträgt die Konsumsteigerung in der gleichen Zeit

a) 65,2 % bei Elektrizitätswerk und Straßenbahn,
b) 25,0 % beim Gaswerk.

Der Unterschied in der prozentualen Steigerung der Leistungen an die Stadt gegenüber dem Konsum ist damit zu erklären, daß im Jahre

1925 13,0 % } von der Roheinnahme
und 1929 21,25 % }

Straßenmiete gezahlt worden sind. Bringt man beide Beträge auf eine gleiche Basis, so beträgt die Steigerung der Straßenmiete

a) nur 67,5 % bei Elektrizitätswerk u. Straßenbahn,
b) nur 20,3 % beim Gaswerk.

Der Zugang beim Elektrizitätswerk ist durch vermehrte Stromabgabe, der Rückgang beim Gaswerk durch Senkung des Tarifs zu erklären."

Chemnitz.

Hier haben das Wasserwerk und das Elektrizitätswerk zu der Steigerung des Gesamtüberschusses beigetragen.

Überschuß des Wasserwerks (in 1000 RM.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
150	210	310	310	106,6 %

Wasserabgabe gegen Bezahlung an Privatentnehmer (in 1000 cbm)

1924	1925	1927	1928	Steigerung in %
7 105	8 189	—	9 348	31,6 %

Wasserpreis: Der Einheits- oder häufigste Preis betrug von 1923/24 bis 1928 20 Pfg. pro cbm.

Überschuß des Elektrizitätswerks (in 1000 RM.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
1 446	4 440	6 300	7 266	402,5 %

Gesamtabgabe von elektr. Strom ab Sammelschiene ins Netz geschickt (in 1000 kWh)

1926	1927	1928	Steigerung in %
53 382	75 187	83 579	56,6 %

Stromtarif: Durchschnittspreis für 1 kWh Strom in Pfg. unter Einrechnung der Grund-, Zähler- und sonstigen Gebühren.

Lichtstrom; bei einem Jahresverbrauch von

		1926	1927
50 kWh	Anschlußwert 0,5 kW	50	50
250 „	„ „ „	50	50
Kraftstrom:			
500 „	„ 5 „	27	27
5000 „	„ 10 „	24	24
22500 „	„ 15 „	16	16

Ganz klar ergibt sich hieraus, daß sowohl beim Wasserwerk als auch beim Gaswerk die Überschüsse auf das Steigen der abgegebenen Wasser- bzw. Menge von elektrischem Strom zurückzuführen ist, was auch durch die Angaben, die dem Verfasser vom Rate der Stadt Chemnitz — Betriebsamt — gegeben wurden, durchaus bestätigt wird.

Trotzdem die in den Voranschlag eingesetzten Überschüsse des Gaswerks nur bis 1928 gestiegen und nach 1929 gesunken sind, sollen sie doch angeführt werden, da sich hier uns auch wieder die Grenzen für die Steigerung der Überschüsse durch die Städte zeigen.

Die Überschüsse des Gaswerkes (in 1000 Mk.)

1925	1927	1928	1929
596	2090	2385	2204

Wie dem Verfasser vom Rat der Stadt Chemnitz — Betriebsamt — mitgeteilt wurde, ist „das Absinken des im Haushaltsplans für 1929 eingesetzten Überschusses gegenüber 1928 darauf zurückzuführen, daß die 1928 angenommene Gasabgabe infolge des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges und insbesondere des Rückganges der Chemnitzer Industrie bei weitem nicht erreicht wurde. Außerdem haben die rückgängigen Preise für Nebenprodukte, hauptsächlich Teer und schwefelsaures Amoniak, das Geschäftserträgnis ungünstig beeinflußt."

Beim Wasserwerk ist „die Steigerung auf verstärkten Wasserverbrauch und auf Vermehrung der Gebührenpflichtigen zurückzuführen."

Die Ursache der Steigerung liegt für das Elektrizitätswerk in vermehrter Abgabe von elektrischem Strom. Infolge erhöhten Absatzes konnten bei günstigen Abnahmestellen Preisermäßigungen für Lichtstrom eintreten; ähnlich konnten ab April 1927 durch Umgruppierung für die Großabnehmer von Kraftstrom günstigere Preisstellungen durchgeführt werden.

Einnahmen aus dem Verkauf von elektrischen Geräten oder Installationsarbeiten liegen nicht vor, da dies dem privaten Handwerk bzw. konzessionierten privaten Installationsfirmen überlassen ist.

Kassel.

Die Steigerung der Überschüsse beruht hier auf einem Steigen der Überschüsse von Gaswerk, Wasserwerk und Elektrizitätswerk.

Die Überschüsse des Gaswerks (in 1000 RM.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
550	984	1 287	1 505	173,6 %

Die abgegebene Gasmenge (in 1000 cbm)

1924	1925	1926	1927	1928	Steigerung in %
13 445	14 950	15 555	17 385	18 743	39,4 %

Gastarif: Durchschnittspreis für 1 cbm Gas in Pfg. unter Einrechnung etwa bestehender Nebengebühren (Gasmessergebühren)

	Zum Beleuchten und Kochen bei einem Jahresverbrauch von		Zum Beheizen von Räumen bei einem Jahresverbrauch von		
	360 cbm	1800 cbm	600 cbm	3000 cbm	6000 cbm
1926	16,6	15,7	17,0	14,5	14,3
1927	16,0	15,0	12,0	12,0	12,0
		1200 cbm			
1928	22,5	19,4	13,7	11,9	11,2

	Für gewerbliche Zwecke und industrielle Großabnehmer bei einem Jahresverbrauch von					
	600 cbm	3000 cbm	6000 cbm	12000 cbm	60000 cbm	600000 cbm
1926	15,0	14,5	13,8	13,3	10,5	10,0
1927	16,0	13,5	13,0	12,5	10,0	10,0
1928	21,5	14,4	13,7	13,1	10,1	9,0

Überschuß des Wasserwerks (in 1000 RM.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
106	330	330	617	482,1 %

Wasserabgabe gegen Bezahlung an Privatentnehmer (in 1000 cbm)

1924	1926	1927	1928	Steigerung in %
4958	5696	6275	6553	32,2 %

Wasserpreis (nach den Angaben der Städt. Werke A. G.) (pro 1 cbm) 1925—1927: 15 Pfg.
ab 1. 4. 27: 18 Pfg.; ab 1. 6. 1929: 23 Pfg.; ab 1. 5. 30: 25 Pfg.

Die Überschüsse des Elektrizitätswerks (in 1000 RM.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
915	1 520	1 672	1 913	109,1 %

Gesamtabgabe von elektr. Strom ab Sammelschiene ins Netz geschickt (in 1000 kWh)

1926	1927	1928	Steigerung in %
37 067	40 903	42 842	15,6 %

Stromtarif: Durchschnittspreis für 1 kWh Strom in Pfg. unter Einrechnung der Grund-, Zähler- und sonstigen Gebühren

Lichtstrom; bei einem Jahresverbrauch von

			1926	1927
50 kWh	Anschlußwert	0,5 kW	50	50
250 „	„	„ „	44	44
Kraftstrom:				
500 „	„	5 „	29	28
5000 „	„	10 „	22	19
22500 „	„	15 „	15	15

1928: Durchschnittspreis für 1 kWh für Licht und Kleinkraft: 40,80.

Die Hauptschlüsse, die sich aus diesen Zahlen ziehen lassen, daß nämlich die abgegebene Menge von Gas, Wasser und elektrischem Strom, zum andern die erhöhten Tarife die Ursache für die steigenden Überschüsse dieser Unternehmungen gewesen sind, werden durch die Mitteilungen der Städtischen Werke vollkommen bestätigt.

Die Hauptursache für die Steigerung der Überschüsse des Wasserwerks ist in der Heraufsetzung des Wassergeldes zu suchen. Für Fabrikgrundstücke beträgt der Wasserpreis nach wie vor 18 Pfg. 1927 wurde ein starker Überschuß dadurch erzielt, daß Abschreibungen auf die Anlagewerte nicht vorgenommen wurden.

Beim Gas- und Elektrizitätswerk ist die Steigerung der Überschüsse neben einer Erhöhung der abgegebenen Menge z. T. auf Erhöhung der Preise zurückzuführen. „Andererseits sind," wie die Städtischen Werke dem Verfasser mitteilten,

„für Gas- und Stromverbrauch zu Kraft- und sonstigen besonderen Zwecken, auch für den Haushaltsverbrauch bei den Stromkosten dauernd erhebliche Ermäßigungen aller Art durch Sondertarife vorgenommen worden. — Beim Gaswerk spielen natürlich auch die Einnahmen aus den Nebenprodukten eine Rolle. Sie sind von 25—27 dauernd erheblich gestiegen, seit dem aber dauernd wieder zurückgegangen, weil die Preise der Nebenprodukte fortwährend fallen. Einnahmen aus Installationen kommen in nennenswertem Umfang nicht in Betracht."

Kaiserslautern.

Es handelt sich hier um die Überschüsse des Gas- und Elektrizitätswerkes.

Die Überschüsse des Gaswerks (in 1000 Mark)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
44	90	91	91	106,8 %

Die abgegebene Gasmenge (in 1000 cbm)

1924	1925	1926	1927	1928	Steigerung in %
3452	—	5053	5529	5950	72,4 %

Gastarif: Durchschnittspreis für 1 cbm Gas in Pfg. unter Einrechnung etwa bestehenden Nebengebühren (Gasmessergebühren)

Zum Beleuchten und Kochen Zum Beheizen von Räumen bei einem Jahresverbrauch von

	360 cbm	1800 cbm	600 cbm	3000 cbm	6000 cbm
1926	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
1927	20,0	20,0	20,0	20,0	18,0
		1200 cbm			
1928	19,0	18,0	—	—	—

Für gewerbliche Zwecke und industrielle Großabnehmer bei einem Jahresverbrauch von

	600 cbm	3000 cbm	6000 cbm	12000 cbm	60000 cbm	600000 cbm
1926	18,0	18,0	18,0	17,0	14,0	14,0
1927	20,0	20,0	20,0	18,0	17,0	17,0

Die Überschüsse des Elektrizitätswerks (in 1000 Mk.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
100	100	325	665	565 %

Gesamtabgabe von elektr. Strom (in 1000 kWh)

1926	1927	1928	Steigerung in %
4306	5233	6990	62,3 %

Stromtarif: Durchschnittspreis für 1 kWh Strom in Pfg. unter Einrechnung der Grund-, Zähler- und sonstigen Gebühren.

Lichtstrom; bei einem Jahresverbrauch von

				1925	1927
50 kWh	Anschlußwert	0,5	kW	62	62
250 „	„	„	„	38	38
Kraftstrom:					
500 „	„	5	„	56	56
5000 „	„	10	„	37	37
22500 „	„	15	„	18	22

1928: Durchschnittspreis für 1 kWh für Licht und Kleinkraft: 38,12.

Aus den Angaben für das Gaswerk wird man schließen können, daß sowohl die Steigerung der abgegebenen Gasmenge einen gewissen Einfluß auf die steigenden Überschüsse ausgübt hat. Dem ist jedoch nicht so.

Da die Gasanstalt hier eine private Aktiengesellschaft ist, die an die Stadt Kaiserslautern keinen Betrag abgeliefert hat; da andererseits die Stadt als Aktionär an dieser Gesellschaft beteiligt ist, so dürften die steigenden Einnahmen unter dieser Rubrik des städtischen Haushalts als Gewinn aus der Dividende dieser Aktien zu erklären sein.

Auch die Vermutung, daß die Überschüsse des Elektrizitätswerks auf die vermehrte Abgabe von elektrischem Strom zurückzuführen seien, trifft nicht zu.

Was das Elektrizitätswerk betrifft, so hat eine Steigerung der Überschüsse in Wirklichkeit gar nicht stattgefunden. „Die Einnahmen je 1000 kWh Stromabgabe an den Sammelschienen betrug," nach den Angaben des dortigen Elektrizitätswerkes, „im Jahre 1928 Mk. 181,50; im Jahre 1929 Mk 167,50." Wen die Ablieferungen an den städtischen Haushalt trotzdem gestiegen sind, so waren hierfür „keine geschäftlichen, sondern lediglich finanzielle Gesichtspunkte maßgebend. Die Stadtgemeinde brauchte Geld zur Deckung der Wohlfahrtslasten; Abschreibungen unterblieben. Instandhaltungsarbeiten wurden auf das äußerste beschränkt."

Solche außerwirtschaftliche Momente, die die Höhe der an die Stadtkasse abzuliefernden Beträge beeinflussen, können naturgmäß aus den Angaben der Statistik nicht herausgelesen werden.

Pforzheim.

In Frage kommen auch hier wieder Gas- und Elektrizitätswerk.

Die Überschüsse des Gaswerkes (in 1000 Mk.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
187	355	387	483	158,3 %

Die abgegebene Gasmenge (in 1000 cbm)

1924	1925	1926	1927	1928	Steigerung in %
12725	13527	13658	15019	15483	21,7 %

Gastarif: Durchschnittspreis für 1 cbm Gas in Pfg. unter Einrechnung etwa bestehender Nebengebühren (Gasmessergebühren)

Zum Beleuchten und Kochen — Zum Beheizen von Räumen bei einem Jahresverbrauch von

	360 cbm	1800 cbm	600 cbm	3000 cbm	6000 cbm
1926	16,0	16,0	12,0	12,0	12,0
1927	16,0	16,0	12,0	12,0	12,0
		1200 cbm			
1928	15,5	15,0	10,0	10,0	10,0

Für gewerbliche Zwecke und industrielle Großabnehmer bei einem Jahresverbrauch von

	600 cbm	3000 cbm	6000 cbm	12000 cbm	60000 cbm	600000 cbm
1926	16,0	15,0	14,9	14,7	14,3	14,0
1927	16,0	15,0	14,9	14,7	14,3	14,0
1928	15,5	14,5	14,3	13,9	13,2	12,6

Die Überschüsse des Elektrizitätswerks (in 1000 Mk.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
180	320	485	566	214,4 %

Gesamtabgabe von elektr. Strom (in 1000 kWh)

1926	1927	1928	Steigerung in %
11399	14000	17400	52,6 %

Stromtarif: Durchschnittspreis für 1 kWh Strom in Pfg. unter Einrechnung der Grund-, Zähler- und sonstigen Gebühren.

Lichtstrom; bei einem Jahresverbrauch von			1925	1927
50 kWh	Anschlußwert	0,5 kW	40	40
250 „	„	„ „	30	30
Kraftstrom:				
500 „	„	5 „	20	20
5000 „	„	10 „	20	20
22500 „	„	15 „	18	18

1928: Durchschnittspreis für 1 kWh für Licht und Kleinkraft: 19,50.

Die hauptsächlichsten Schlüsse, die wir aus diesen Zahlen zu ziehen vermögen, werden durch die Angaben der Stadtverwaltung bestätigt, so daß wir diese sofort folgen lassen wollen.

Die Ursachen für die Steigerung der Überschüsse des Gaswerks sind, wie der Herr Oberbürgermeister dem Verfasser auf Anfrage mitteilte, in dem erhöhten Absatz von Gas sowie der Nebenprodukte zu suchen. „Gewinne aus Installationsarbeiten und aus Geräteverkauf kommen nicht in Frage. Der Durchschnittspreis für 1 cbm Gas ist von 15,7 Pfg. im Jahre 1925 auf 14,4 Pfg. im Jahre 1929 gesenkt worden.

Die Überschüsse des Elektrizitätswerks sind nicht auf eine Erhöhung der Tarife, sondern auf eine Verbilligung und Spezialisierung der Strompreise je nach dem Verwendungszweck der elektrischen Arbeit zurückzuführen. Gleichzeitig wurde durch eine genaue stetige Überprüfung der Betriebsführung in allen Teilen eine nicht unwesentliche Herabminderung der Gestehungskosten erreicht."

Düsseldorf.

In Frage kommen hier einmal die Überschüsse der Städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, deren Ergebnisse für drei von den 4 untersuchten Jahren in einer Summe zusammengefaßt angegeben sind; ferner die Einnahmen der Rubrik „Straßenbahn".

Die Überschüsse des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerks (in 1000 Mk.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
7175	11891	11878	13680	90,7 %

Die abgegebene Gasmenge (in 1000 cbm)

1924	1925	1926	1927	1928
55 640	55 956	55 578	56 656	61 014

Gastarif: Durchschnittspreis für 1 cbm Gas in Pfg. unter Einrechnung etwa bestehender Nebengebühren (Gasmessergebühren)

	Zum Beleuchten und Kochen bei einem Jahresverbrauch von		Zum Beheizen von Räumen bei einem Jahresverbrauch von	
	360 cbm	1800 cbm	600 cbm	3000 cbm	6000 cbm
1926 u. 1927: Durchschnittspreis 17,24 Pfg.					
1928	18,0	18,0	11,6		10,6

Für gewerbliche Zwecke und industrielle Großabnehmer bei einem Jahresverbrauch von

	600 cbm	3000 cbm	6000 cbm	12000 cbm	60000 cbm	600000 cbm
1928		11,6	10,6	9,8	8,4	7,1

Wasserabgabe gegen Bezahlung an Privatentnehmer (in 1000 cbm)

1924	1926	1927	1928	Steigerung in %
21 669	24 757	28 383	29 408	35,7 %

Wasserpreis: Der Einheits- oder häufigste Preis betrug von 1923/24 bis 1927 13 Pfg. für 1 cbm.

Gesamtabgabe von elektr. Strom (in 1000 kWh)

1926	1927	1928	Steigerung in %
84 560	97 236	105 651	24,9 %

Stromtarif: Durchschnittspreis für 1 kWh Strom in Pfg. unter Einrechnung der Grund-, Zähler- und sonstigen Gebühren.

Lichtstrom; bei einem Jahresverbrauch von		1925	1927
50 kWh	Anschlußwert 0,5 kW	60	60
250 „	„ „ „	46	46
Kraftstrom:			
500 „	„ 5 „	24	24
5000 „	„ 10 „	20	20
22500 „	„ 15 „	17	17

1928: Durchschnittspreis für 1 kWh für Licht und Kleinkraft: 45,60 (19,50).

Überschüsse der Straßenbahn (in 1000 Mk.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
1250	3500	3500	3700	196,0%

Zahl der durch die Straßenbahn beförderten Personen (in 100)

1924	1926	1927	1928	Steigerung in %
85642	131912	139684	145082	69,4%

Zahl der mit Omnibus beförderten Personen (in 1000)

1926	1927	1928
1713	2340	2114

Fahrpreis: Streckentarif; 1924—1926 kleinste Strecke 15 Pfg., ab 1928 20 Pfg.

Nach diesen Angaben wäre zu schließen, daß die Steigerung der Überschüsse in der Hauptsache auf die Steigerung der abgegebenen Gas-, Wasser- und Strommenge, bzw. der Zahl der beförderten Pesonen zurückzuführen ist. Diese Vermutungen werden durch die Auskunft der Werke bestätigt, wenigstens in bezug auf die drei erstgenannten Unternehmungen.

Bei den ersten drei Werken ist, nach der Auskunft der Werke, die Steigerung „in der Hauptsache auf den erhöhten Umsatz zurückzuführen. Daneben spielt die Modernisierung der Werke eine Rolle. Beim Wasserwerk kommen für die Steigerung noch Tariferhöhungen in Frage. Dem stehen jedoch Tarifsenkungen beim Elektrizitätswerk und Gaswerk durch Einführung von Staffeltarifen und von Haushaltsstrom mindestens in gleicher Höhe gegenüber. Instalationsarbeiten werden von den Werken nicht ausgeführt; Hausanschlüsse werden von den Düsseldorfer Werken zu Sätzen ausgeführt, die eben ausreichen, die Selbstkosten zu decken. Gewinn bzw. Überschüsse werden hierbei nicht erzielt."

Da die Straßenbahnen an eine Privatgesellschaft, an die Rheinische Bahngesellschaft, verpachtet sind, so stellen sich die, unter dieser Rubrik im Haushalt der Stadt erscheinenden Einnahmen als Pachtsumme dar. Und zwar ist dies nur ein Teil. Wie die Rheinische Bahngesellschaft dem Verfasser auf Anfrage mitteilte, „hängen die Abgaben nicht mit der Zahl der beförderten Personen zusammen, auch sind sie kein Spiegelbild der Einnahmen". Nähere Angaben waren nicht zu erlangen.

Braunschweig.

Beteiligt an der Steigerung der Überschüsse der Unternehmungen waren hier Wasserwerk und Elektrizitätswerk.

Die Überschüsse des Wasserwerks (in 1000 Mk.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
32	392	452	494	1443,7 %

Wasserabgabe gegen Bezahlung an Privatentnehmer (in 1000 cbm)

1924	1926	1927	1928	Steigerung in %
4081	—	5043	5495	34,6 %

Wasserpreis: Einheits- oder häufigster Preis in Pfg. pro cbm

1923/24: 13 Pfg.
1926: 21 „
1927—28: 23 „

Die Überschüsse des Elektrizitätswerks (in 1000 Mk.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
350	580	675	900	157,1 %

Gesamtabgabe von elektr. Strom ab Sammelschiene ins Netz geschickt (in 1000 kWh)

1926	1927	1928	Steigerung in %
25673	30835	34144	33,0 %

Stromtarif: Durchschnittspreis für 1 kWh Strom in Pfg. unter Einrechnung der Grund-, Zähler- und sonstigen Gebühren.

Lichtstrom; bei einem Jahresverbrauch von

			1925	1927
50 kWh	Anschlußwert	0,5 kW	52	52
250 „	„	„ „	27	27
Kraftstrom:				
500 „	„	5 „	46	46
5000 „	„	10	21	21
22500 „	„	15 „	15	15

1928: Durchschnittspreis für 1 kWh für Licht und Kleinkraft: 31,70.

Die starke Steigerung der Überschüsse des Wasserwerks dürfte durch Gründe bedingt sein, die nicht den Angaben des Jahrbuchs zu entnehmen sind; denn die große Steigerung von 1925 auf 1927 kann nicht allein nur durch die Tariferhöhung des Jahres 1926 bedingt sein. Dagegen wird die Steigerung beim Elektrizitätswerk in der Hauptsache mit der vermehrten Stromabgabe zusammenhängen. Dies ist jedoch nicht ganz der Fall.

Wie das Städtische Betriebsamt dem Verfasser auf Anfrage mitteilte, „hängen die Steigerungen der Überschüsse beim Wasserwerk teils mit dem Übergang von der Inflation zur Stabilisierung zusammen, teils haben sie ihren Grund in der Zunahme des Verbrauchs und in der Steigerung des Wasserpreises." Genauere Einzelheiten mitzuteilen wurde mit dem Ausdruck des Bedauerns abgelehnt.

Das Elektrizitätswerk wird von einer Aktiengesellschaft betrieben, an der die Stadt Braunschweig allerdings erheblich beteiligt ist. Auf Anfrage gab die Gesellschaft als Ursache der Steigerung folgendes an: „Die nach dem Konzessionsvertrage an die Stadt Braunschweig zu zahlende vertragliche Abgabe aus dem Betriebe der Elektrizitätswerk- und Straßenbahn Braunschweig A. G. hat im Vergleich von 1925 zu 1929 eine Steigerung von 40 % infolge erhöhter Abgabe an elektrischer Arbeit erfahren.

Die weitere Steigerung der Abgabe ist auf eine Erhöhung der Sätze für die vertraglichen Abgaben zurückzuführen."

Für die Zahlen des Elektrizitätswerkes waren also auch hier außerwirtschaftliche Momente maßgebend, so daß ein Schluß allein auf Grund der Zahlen des Jahrbuchs zu einem falschen Ergebnis geführt hätte.

Wuppertal-Elberfeld.

Nach den Angaben des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte weist keines der vier Hauptversorgungsunternehmungen der Stadt Elberfeld nach den Voranschlägen für die Jahre 1925 bis 1929 einen steigenden Überschuß auf; bzw. die Angaben sind teilweise so lückenhaft, daß nichts daraus entnommen werden kann. Wenn trotzdem diese Stadt hier mit aufgeführt wurde, so geschah es deswegen, weil dieser Ausfall der Hauptversorgungsunternehmungen für 1929 dadurch ausgeglichen wurde, daß hier zum ersten Mal in der Rubrik „Sonstige Betriebe" ein Posten von 1 866 000 RM. als

Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen erscheint, wodurch sich — den Gesamtüberschuß der Unternehmungen betrachtet — ein von Jahr zu Jahr steigender Gesamtüberschuß aller Unternehmungen ergibt.

Darmstadt.

Hier sind die Überschüsse von Gaswerk, Elektrizitätswerk und der Straßenbahn gestiegen.

Die Überschüsse des Gaswerks (in 1000 Mk.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
503	531	634	855	70,0 %

Die abgegebene Gasmenge (in 1000 cbm)

1924	1925	1926	1927	1928	Steigerung in %
11075	11265	11735	12870	14107	27,4 %

Gastarif: Durchschnittspreis für 1 cbm Gas in Pfg. unter Einrechnung etwa bestehender Nebengebühren (Gasmessergebühren)

	Zum Beleuchten und Kochen bei einem Jahresverbrauch von		Zum Beheizen von Räumen bei einem Jahresverbrauch von		
	360 cbm	1800 cbm	600 cbm	3000 cbm	6000 cbm
1926	21,3	17,0	14,0	10,8	—
1927	21,3	17,0	14,0	10,8	11,0

	Für gewerbliche Zwecke und industrielle Großabnehmer bei einem Jahresverbrauch von					
	600 cbm	3000 cbm	6000 cbm	12000 cbm	60000 cbm	600000 cbm
1926/1927	14,0	12,0	12,0	11,0	10,4	10,2

Die Überschüsse des Elektrizitätswerks (in 1000 Mk.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
123	332	332	394	220,3 %

Gesamtabgabe von elektr. Strom (in 1000 kWh)

1926	1927	1928	Steigerung in %
31519	40039	43044	36,6 %

Stromtarif: Durchschnittspreis für 1 kWh Strom in Pfg. unter Einrechnung der Grund-, Zähler- und sonstigen Gebühren

Lichtstrom; bei einem Jahresverbrauch von

				1925	1927
50	kWh	Anschlußwert	0,5 kW	45	52
250	„	„	„ „	—	22
Kraftstrom:					
500	„	„	5 „	30	30
5000	„	„	10 „	18	18
22500	„	„	15 „	13	13

1928: Durchschnittspreis für 1 kWh für Licht und Kleinkraft: 34,00.

Die Überschüsse der Straßenbahnen (in 1000 Mk.)

1925	1927	1928	1929	Steigerung in %
10	197	240	240	2300 %

Zahl der beförderten Personen (in 1000)

1924	1926	1927	1928	Steigerung in %
6149	11015	12748	13367	117,4 %

Mit dem Omnibus wurden 1928 1 236 000 Personen befördert.
Fahrpreis: Streckentarif, 1924 u. 1928 niedrigster Satz 15 Pfg.

Nach diesen Zahlen zu schließen würde die Höhe der Überschüsse des Gaswerks zu einem Teil durch die Steigerung der abgegebenen Gasmenge verursacht worden sein. Beim Elektrizitätswerk war neben der Steigerung der abgegebenen Strommenge auch die Tariferhöhung maßgebend. Allerdings ist es sehr wahrscheinlich, daß für die starke Steigerung von 1925 auf 1927 auch noch andere Gründe mitsprechen. Ebenfalls ist die überaus starke Steigerung der Überschüsse der Straßenbahnen von 1925 auf 1927 wohl nicht nur auf die wachsende Zahl der beförderten Personen zurückzuführen.

Das Elektrizitätswerk und die Straßenbahnen unterstehen einer privaten Aktiengesellschaft, der Hessischen Eisenbahn-Aktiengesellschaft, „an der die Stadt Darmstadt," laut Auskunft der Direktion der Städtischen Betriebe, „mit einem größeren Kapitalbetrag beteiligt ist." Es darf daher wohl angenommen werden, daß es sich bei diesen im Etat der Stadt erscheinenden Beträgen um Gewinne aus der Dividende jenes Aktienpaketes handelt.

Über die Ursachen der Steigerung der Überschüsse des Gaswerks wurde dem Verfasser folgende Auskunft gegeben: „Die erhöhten Überschüsse des Gaswerks von 1925 bis 1929 sind teilweise auf die erhöhte Wirtschaftlichkeit des Gaswerksbetriebs zurückzuführen. Die Gastarife sind in dieser Zeit nicht erhöht, sondern gesenkt worden. Es wurden Werbetarife eingeführt, die sich in finanzieller Beziehung bewährt haben. Allerdings ist durch den Zwang der Verhältnisse die Überschußablieferung des Gaswerks an die Stadtkasse in den Jahren von 1925 bis 1929 sehr stark zu Lasten der wirtschaftlich notwendigen Rückstellungen erfolgt. Die Rückstellungen konnten also nicht nach rein privatwirtschaftlichen Grundsätzen gemacht werden, wie sie der Wirtschaftsbetrieb selbst unbedingt erfordert hätte."

Die Steigerung beim Gaswerk ist also in hohem Maße auch durch außerwirtschaftliche Momente bedingt gewesen.

4. Zusammenfassung.

Tabelle Nr. 22.

Die Gesamtüberschüsse der städt. Unternehmungen nach Abzug der Überschüsse der Gas-, Wasser- u. Elektrizitätswerke sowie der Straßenbahnen.

Städte	1926	1927	1928	1929
1	2	3	4	5
Gruppe A.				
Berlin	1.973	439	2.031	1.725
Köln	235	— 383	— 1.126	— 4.179
München	— 121	— 1.019	— 428	— 771
Leipzig		605	1.023	1.251
Dresden	— 51	350	1.626	1.410
Breslau	6	— 14	628	1.223
Frankfurt a/M.	538	— 535	— 518	202
Essen		— 67	— 92	— 296
Dortmund	503	— 537	— 959	— 569
Düsseldorf	— 673	— 263	— 147	— 140
Hannover	336	397	160	286
Nürnberg	— 85	— 136	— 54	— 190
Stuttgart	— 36	198	17	
Chemnitz	280	187	410	483
Gelsenkirchen-Buer			28	259
Magdeburg	255	— 102	— 25	— 498
Königsberg	100	— 548	15	592

Tabelle Nr. 22.

Die Gesamtüberschüsse der städt. Unternehmungen nach Abzug der Überschüsse der Gas-, Wasser- u. Elektrizitätswerke sowie der Straßenbahnen.

Städte	1926	1927	1928	1929
1	2	3	4	5
Duisburg	11	— 248	— 254	— 236
Stettin	— 134	— 98	— 386	— 831
Mannheim	— 108	— 61	— 136	— 262
Altona	441		1.005	593
Kiel	— 61	— 774	— 740	
Bochum	50	40	199	110
Halle	10	10	162	— 268
Gelsenkirchen		10		
Gruppe B.				
Kassel	63	73	31	219
Elberfeld	— 60	— 101	— 102	1.890
Augsburg	34	8	34	69
Aachen	67	123	51	130
Wiesbaden	— 1.249	— 709	— 913	— 848
Karlsruhe		49	197	272
Braunschweig	56	167	92	113
Erfurt	153	— 165	61	187
Krefeld	— 199	174	— 10	11
Mülheim	— 83	— 184	— 120	— 342
Hamborn			36	38
Hindenburg	16	13	45	67
M.-Gladbach	— 27	— 337	— 38	— 22
Münster		9	26	— 105
Plauen	11	— 15	— 15	— 4
Harburg-Whsbg.			— 28	— 19
Mainz	18			316
Oberhausen		28	40	45
Ludwigshafen	21	37	72	82
Gleiwitz		— 42	— 104	74
Hagen		— 3	59	— 17
Gruppe C.				
Herne	31	128	8	167
Osnabrück	5		— 5	8

Tabelle Nr. 22.

Die Gesamtüberschüsse der städt. Unternehmungen nach Abzug der Überschüsse der Gas-, Wasser- u. Elektrizitätswerke sowie der Straßenbahnen.

Städte	1926	1927	1928	1929
1	2	3	4	5
Beuthen	4	10	35	2
Freiburg	74	217	161	166
Bonn			29	22
Würzburg	44		— 14	139
Görlitz	168	614	1.099	852
Bielefeld		— 38	— 26	11
Darmstadt	— 56	— 65	115	80
Recklinghausen	— 56	— 60	— 31	— 40
Zwickau	30	53	223	355
Gera	30	59	19	23
Heidelberg	47	91	181	343
Rostock				183
Offenbach	— 117	— 4	47	41
Bottrop			31	— 3
Regensburg	22	38	38	87
Remscheid		— 47	— 49	— 2
Pforzheim	21	12	44	64
Fürth	70	41	113	79
Dessau				112
Liegnitz		50	62	99
Wesermünde	2	— 228	— 228	— 74
Frankfurt a/O.	52		98	85
Elbing	47	67	130	96
Potsdam		20	20	20
Flensburg	— 21	— 37	71	88
Brandenburg	4	229	360	19
Wattenscheid			7	27
Hildesheim	15	81	54	— 99
Kaiserslautern		67	169	83
Koblenz			— 42	— 110
Trier	19	1	48	43
Ulm	10	53	35	30
Castrop-Rauxel			8	45
Jena		135	174	205
Oldenburg		— 26		— 21
Solingen		— 98	— 45	— 34

Tabelle Nr. 22.

Die Gesamtüberschüsse der städt. Unternehmungen nach Abzug der Überschüsse der Gas-, Wasser- u. Elektrizitätswerke sowie der Straßenbahnen.

Städte	1926	1927	1928	1929
1	2	3	4	5
Tilsit		107	— 12	48
Cottbus		— 68	— 46	— 56
Hamm			9	
Sterkrade		21	29	98
Harburg	3	10		

5. Die übrigen Unternehmungen.

Werfen wir im folgenden noch einen kurzen Blick auf die übrigen Unternehmungen der Städte. Eine ausführliche Betrachtung erübrigt sich, da sie für die Einnahmeseite des städtischen Etats meist nur eine untergeordnete Bedeutung haben, im Gegenteil sogar oft als großer Ausgabenposten in Erscheinung treten. Letzteres ist besonders bei den Flughäfen der Fall. Die Häfen erscheinen teils als Zuschuß-, teils als Überschußunternehmungen, ebenso die land- und forstwirtschaftlichen Unternehmungen der Städte und ferner die „Stadtkellereien" (in diese Rubrik fallen auch Märkte und Messehallen, Ausstellungshallen). Größere Überschüsse erzielen noch die Vieh- und Schlachthöfe, die aber erst seit 1928 von der Städtestatistik zu den Unternehmungen gezählt werden und die Sparkassen.

Um zu sehen, ob bei diesen gesamten übrigen Unternehmungen irgend eine einheitliche Tendenz festzustellen wäre, etwa in der Richtung, daß auch sie in stärkerem Maße zu den städtischen Einnahmen herangezogen worden wären, wurden in Tabelle Nr. 22 die Überschüsse dieser Unternehmungen allein aufgezeichnet, also die Gesamtüberschüsse nach Abzug der Überschüsse der vier Hauptversorgungsunternehmungen. Jedoch läßt sich aus diesen Zahlen keine einheitliche Linie erkennen; die Überschüsse verlaufen fast überall schwankend. Nur bei Leipzig, Karlsruhe, Oberhausen, Ludwigshafen, Zwickau, Heidelberg, Regensburg, Liegnitz, Jena und Sterkrade ergibt sich ein dauerndes Ansteigen. Bei einem Teil dieser Städte ist für die Steigerung, besonders der beiden letzten Jahre, das Hinzutreten der Vieh- und Schlachthöfe die Ursache. Hinzu kom-

men natürlich bei den einzelnen Städten noch verschiedene andere Gründe: so bei Karlsruhe die Stadtkellereien und die Hafenanlagen. Bei Oberhausen stiegen die Zahlen der Rubrik „Sonstige Betriebe" an, ebenso in Ludwigshafen. In Zwickau waren es die Gruben, in Heidelberg die Stadtkellereien, sowie die land- und forstwirtschaftlichen Unternehmungen, letzteres ebenfalls in Liegnitz, während in Jena wieder die Stadtkellereien steigende Überschüsse erbrachten. In Sterkrade endlich stiegen die Überschüsse der Sparkasse.

In Düsseldorf, Bielefeld und Solingen ging der Zuschuß dauernd zurück. In Bielefeld stieg der Überschuß der Ziegeleien, in Solingen der Ertrag der „Sonstigen Betriebe". Dagegen stieg der Zuschuß dauernd in Köln, wo in der Hauptsache der Hafen ein wachsendes Minus aufweist und für 1928 noch die Ausstellung mit einem Zuschuß hinzukommt; ferner in Essen, wo die Stadtkellereien ebenfalls einen steigenden Zuschuß erforderten.

Interessant ist noch die Aufteilung der Rubrik „Sonstige Betriebe" der Statistik, die ich der Liebenswürdigkeit des Bearbeiters dieses Abschnittes im Statistischen Jahrbuch Deutscher Städte, Herrn Dr. Seutemann in Hannover, verdanke; allerdings nur für das Etatjahr 1929. Sie gibt uns einen guten Überblick darüber, welche Art von Unternehmungen von den Städten betrieben werden. Jedoch ist ein Vergleich dieser Rubrik mit den gleichen Rubriken der früheren Jahre nicht möglich, da die Einteilungsgesichtspunkte für die Unternehmungen in den vier Jahren verschieden waren.

Tabelle Nr. 23.

„Sonstige Betriebe".

(Angaben nach den Voranschlägen für 1929.)

Berlin:	Ziegeleien	60
	Reklame	2.063
	Stadtgüter	250
	Werk-Buch	30
	Brennstoffgesellsch.	60
	Schiffahrtskanal	— 51
	Weinkeller	40
	Druckerei	5
Leipzig:	Ziegeleien	5
Dresden:	Ziegeleien	— 1
	Kurbüro Weißer Hirsch	— 14

Tabelle Nr. 23.

„Sonstige Betriebe".

(Angaben nach den Voranschlägen für 1929.)

Breslau:	Fernheizwerke	6
	Hospitalapotheke	72
Frankfurt/M.:	Reklamestelle	6
	Südwestdeutsche Rundfunk-A.-G.	1
	Nassauische Heimstätte	2
	Heller Hof A.-G.	2
	Kombabau	1
	Braunkohlenschwelkraftwerk	100
	Hessen-Nassauische Installations-A.-G.	3
	Mainkraftwerke A.-G.	130
Düsseldorf:	Druckerei und Buchbinderei	12
Hannover:	Ziegeleien	10
	Ratsapotheke	24
	Krankenhausapotheke	26
Gelsenk.-Buer:	Ziegeleien	52
Magdeburg:	Beteiligung an Handels-, Verkehrs- u. Industrieunternehmungen (mit Ausnahme der Straßen- u. Vorortbahnen)	26
Altona:	Fischereibetrieb	134
	Ziegeleien	1
Bochum:	Ziegeleien	50
Halle:	Bergwerke	10
Nürnberg:	Industriegelände	— 6
	Wohnungsbaugesellsch.	— 190
Stettin:	Industriegebiet Torney-Schwarzow	— 11
Königsberg:	Stadtanzeiger	10
	Magistratsdruckerei	15
Kassel:	Beteiligungen an Akt.-Ges.	62
Elberfeld:	Täglicher Anzeiger	— 82
	Beteiligg. an wirtsch. Unternehmung.	1.866
Wiesbaden:	Kurverwaltung	— 1.106
	Kurtaxverwaltung	498
	Forschungsinstitut	— 59
	Bäderverwaltung	— 87
	Ziegeleien	— 5
Karlsruhe:	Städt. Milchzentrale	11
Braunschweig:	Neustadtmühle	20
	Priv. Einrichtungsgesch.	7
Erfurt:	Beteiligung a. d. Straßenbahn A. G., Mitteldeutsch. Landesbank, Erfurter Druckereigesellsch., Marktbetrieb	

Tabelle Nr. 23.

„Sonstige Betriebe".

(Angaben nach den Voranschlägen für 1929.)

M.-Gladbach:	Schießstand (100 RM.)	
Mainz:	Stadtapotheken	15
Oberhausen:	Ziegeleien	4
	Eiswerk u. a.	23
Ludwigshafen:	Plakatinstitut	25
	Ebertpark	— 28
Hagen:	Preuß. Landespfandbriefanst. (250 RM.)	
	Westf. Zentralgen. f. d. Ein- und Verkauf landw. Bedarfsartikel (5.— Mk.)	
Herne:	Steinbrüche (Beteiligung)	3
	Beteiligung a. d. Akt.-Ges. Elektrizitätswerk Westfalen	94
Beuthen:	Ziegeleien und Gruben	23
Freiburg:	Dreikönigsäge	12
	Holzzerkleinerungsanlage	2
Bonn:	Ziegeleien	14
	Fuhrpark	8
Würzburg:	Gas- und Wasserinstallationsgeschäft	101
	Ladehofanlage	32
Görlitz:	Ziegeleien und Gruben	100
Bielefeld:	Ziegeleien	32
Recklinghausen:	Säuglingsmilchanstalt	— 11
	Beteiligungen	3
Zwickau:	Beteiligung an Kohlenwerk.	70
Heidelberg:	Heidelberger Holzindustrie-A.-G.	10
	Nähere Angaben fehlen	20
Rostock:	Kur- und Bäderverwaltung	71
Offenbach:	Industriebahn	— 18
	Handwerkerwerkstätte	12
	Apotheken	1
Bottrop:	Bergwerke	4
	Industriegelände u. Bahnanschl.	— 7
Fürth:	Beteiligung an gemischtwirtsch. Betrieben	57
	Nähere Angaben fehlen:	— 9
Dessau:	Ziegeleien	16
Liegnitz:	Steinbruch-Gräben	21
Wesermünde:	Beteiligung an d. Kühlfisch-A.-G.	— 71
	Industriegleise	— 5
Flensburg:	Installationsabteilung	14
Brandenburg:	Lagerhof	20

Tabelle Nr. 23.

„Sonstige Betriebe".

(Angaben nach den Voranschlägen für 1929.)

Hildesheim:	Ziegeleien	9
	Kiesgruben	23
	Industriegleise	5
	Lagerhof	6
Trier:	Molkereibetrieb	11
Ulm:	Industriegleisanlagen	—7
Jena:	Baggerei	25
	Abfuhranstalt	1
	Anschlagsäulen	7
Solingen:	Beteiligung an gewerbl. Unternehmung.	47
Tilsit:	Lagerhof	25

Duisburg, Aachen, Erfurt, Mülheim, Hindenburg, Mainz, Oberhausen, Gleiwitz, Koblenz, Ulm und Tilsit.

Als Ergebnis unserer Untersuchung können wir also feststellen: Den überwiegenden Anteil am Gesamtüberschuß der Unternehmungen machen die Hauptversorgungsunternehmungen aus: Gas, Wasser, Elektrizität und Straßenbahn. Bei ihnen sind die Ablieferungen an die Stadtkasse fast dauernd gestiegen und auch nur hier ist es den Städten möglich, durch Einwirkung auf die Betriebsführung den Überschuß bzw. die Ablieferungen in beträchtlichem Umfange zu erhöhen.

Die Steigerung läßt sich auf folgende Ursachen zurückführen:

1. Auf eine Steigerung der abgegebenen Menge von Gas, Wasser und elektrischem Strom;
2. Auf eine Erhöhung der Tarife; eine Senkung der Tarife hat meist zuerst einen Ausfall an Einnahmen zur Folge gehabt und erst nach einiger Zeit auf dem Umweg über eine Steigerung der abgegebenen Menge ein weiteres Steigen der Einnahmen;
3. Auf rationelle Betriebsführung in technischer und kaufmännischer Hinsicht;
4. Bei verpachteten Unternehmungen auf eine Steigerung der Pachtabgabe, bzw. bei Beteiligung ein Steigen der Dividende. Hier ist entscheidend einen wie großen Einfluß die Stadt sich auf das private Unternehmen gesichert hat.

Als indirekte Maßnahme könnte man noch die Reklame sowie die hiermit zusammenhängende Beratung der Kunden, ferner aufklärende und belehrende Vorträge über rationelle Verwendung von Gas und Strom anführen.

Daneben aber verlangten die Städte aus ihrer Notlage heraus von ihren Unternehmungen noch erhöhte Ablieferungen, die von diesen nur durch Entnahme aus Rückstellungen oder durch mangelhafte Abschreibungen, also durch Außerachtlassung jeglicher Grundsätze, die für eine gesunde Wirtschaftsführung unerläßlich sind, erzielt werden konnten. Wenn dies den Städten auch klar war, so waren sie doch zu diesem Schritt gezwungen, da sie auf andere Weise die dringend notwendigen Ausgaben nicht hätten bestreiten können. Das städtische Betriebsamt Bielefeld drückt in seinem Jahresbericht für 1929 dies einmal folgendermaßen aus:

„Allgemein ist es in den Städten zur Regel geworden, aus den städtischen Betrieben an Reingewinn mehr herauszuholen, als sich buchmäßig ergeben hat. Der von der Kämmereikasse geforderte Reingewinn wird teils durch Verringerung der Abschreibungen, teils durch Entnahme aus Rückstellungen oder durch Aufnahme von Anleihen geschaffen, unter gleichzeitiger Erhöhung der Tarife.

Daß diese künstliche Gewinnkonstruktion auf die Dauer in dieser Weise nicht fortgesetzt werden kann und zum Ruin führen muß, ist klar. Genau so wie die Privatindustrie die Möglichkeit der Eigenkapitalbildung für sich beansprucht, muß auch den städtischen Werken, wenn sie gesund bleiben wollen, die Möglichkeit der Eigenkapitalbildung gegeben werden. Es geht nicht an, bei den städtischen Versorgungsbetrieben z. B. alle Erweiterungen, vor allem auch für Rohr- und Kabelnetze durch Aufnahme von Anleihen vorzunehmen, denn derartige Erweiterungen sind, besonders auch in den Eingemeindungsgebieten, in den ersten Jahren nicht wirtschaftlich, und würden dazu noch durch die hohen Zinssätze der Anleihen mitbelastet.

Je mehr die Gas-, Wasser- und Stromabgabe steigt, um so eher kommt der Zeitpunkt näher, wo Erweiterungen nötig sind. Auch werdern durch den raschen Fortschritt der Technik und der Chemie die Zeiträume immer kürzer, in denen heute eine moderne Anlage veraltet. Deshalb muß heute mehr denn je der Grundsatz Geltung erhalten, rechtzeitig die Rücklagen zu schaffen, die für die Erweiterung und Erhaltung der Werke erforderlich sind. Nur wenn den Werken die Möglichkeit gegeben wird, ihre Einrichtungen auf voller technischer Höhe zu halten, wird es möglich sein, auch weiterhin regelmäßige Summen zur Deckung des kommunalen Finanzbedarfs freizumachen und den Verbrauchern Gas, Wasser und Strom einwandfrei und zu billigen Preisen zu liefern.

Von besonders ungünstiger Wirkung auf die Lage der Werke ist es, wenn Rückstellungen, die für Wiederherstellung oder Verbesserung oder Ergänzung der Anlagen gemacht werden, zur Deckung des städtischen Finanzbedarfs herangezogen werden, zumal diese Rücklagen in bar selten vorhanden, sondern bereits in Anlagewerte umgesetzt sind. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen können die öffentlichen Betriebe Anleihen in ausreichender Menge nicht erhalten. Sie müssen daher versuchen, einen Teil ihres Kapitalbedarfes aus eigenen Mitteln zu finanzieren, die nur den Betriebsüberschüssen der Werke entnommen werden können. Die Finanzierung

der städtischen Versorgungbetriebe ist eine sehr wichtige volkswirtschaftliche Angelegenheit, an der nicht nur die Verbraucher, sondern auch weitere Kreise der Wirtschaft ein vitales Interesse haben, nämlich alle diejenigen Unternehmer und Arbeiter, die auf dem Gebiete der Lieferung und des Baues der öffentlichen Versorgungsbetriebe tätig sind. In der Zeit der großen Arbeitslosigkeit ist es notwendig, daß die Kommunen in ihren gewerblichen Unternehmungen eine Finanzpolitik treiben, die die großen Versorgungsbetriebe als industrielle Auftraggeber aktionsfähig hält. Aus diesem Grunde dürfen die Überschüsse der öffentlichen Unternehmungen nicht restlos der Kämmereiverwaltung zugeführt werden, sondern sie müssen zu einem Teil für die eigenen Bedürfnisse der Werke verfügbar bleiben.“ [22])

Fassen wir das Ergebnis noch einmal kurz zusammen: die Städte können die Überschüsse bzw. Ablieferungen ihrer Unternehmungen unter Beibehaltung kaufmännisch gesunder Betriebsführung nur innerhalb enger Grenzen steigern. Eine erhöhte Abgabe infolge mangelnder Abschreibung oder ähnlicher Methoden, wie sie unter dem Zwang der augenblicklichen Notlage der Städte angewandt werden müssen, muß schon in kurzer Zeit zu einer schweren Schädigung der Werke führen.

Auf die Folgerungen, die sich aus dieser Erkenntnis ergeben, soll im Schlußteil noch kurz eingegangen werden.

22) Städt. Betriebsamt, Bielefeld, Jahresber. 1929, S. 3—4.

C Schluß: Ausblick.

Die Frage, die sich jedem unwillkürlich aufdrängen muß, der das Ergebnis unserer Untersuchung liest ist die: wodurch wurden die Städte veranlaßt, diese steigenden Ablieferungen aus ihren Unternehmungen herauszuholen? Hieraus ergeben sich dann zwei weitere Fragen: einmal, welche Ausgaben kommen hier besonders in Betracht und zum zweiten: waren die beiden anderen Einnahmequellen, nämlich Einnahmen der Kämmereiverwaltung und Steuern nicht imstande, diesen steigenden Bedarf zu decken? Und endlich als letzte Frage, wie kann diese Notlage beseitigt werden?

Wie wir weiter oben zeigten, ist die starke Steigerung der Pflichtausgaben, die die schwere Notlage der Städte verursachte, auf das außerordentliche Anwachsen der Ausgaben für das Wohlfahrtswesen, speziell für die Wohlfahrtserwerblosen, zurückzuführen. Nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom Jahre 1927 fallen ja die ausgesteuerten Erwerbslosen den Städten zur Last und da infolge der Wirtschaftskrise die Zahl der Arbeitslosen steigt, so steigt auch die Zahl derer, die nach der bestimmten Zeit aus der staatlichen Fürsorge ausscheiden und von den Städten unterstützt werden müssen.

Zwar haben die Städte schon wiederholt auf diese unhaltbaren Zustände hingewiesen und haben ihrerseits Vorschläge zu einer Neuordnung der ganzen Materie eingebracht. Erinnert sei hier an den Vorschlag des Deutschen Städtetages, die Wohlfahrtserwerbslosen- und Krisenfürsorge zusammenzulegen und die Übernahme der Kosten je zur Hälfte durch das Reich sowie die Länder und Gemeinden. Erfolg haben diese Bestrebungen bis jetzt noch nicht gehabt.

Auf der anderen Seite haben die Städte die Forderung vertreten, daß der heutige Finanzausgleich, also die Verteilung des Steueraufkommens zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, unbedingt einer Neuregelung Platz machen müsse, die den Städten eine größere Selbständigkeit in der Ausschöpfung ihrer Steuerquellen gewähren. Sie waren der Ansicht, daß

eine gemeindliche Selbstverwaltung auch finanzielle Selbstverantwortung einschließe. Das heutige System der Steuerüberweisungen durch das Reich sei dringend reformbedürftig, da es einmal dieser grundlegenden Forderung nicht entspräche und außerdem viel zu starr sei. Die einzigen beweglichen Einnahmefaktoren im Haushalt, auf die die Städte heute noch einen Einfluß ausüben können, sind nur die Tarife der Unternehmungen und die Realsteuern, die aber beide schon bis zum äußersten angespannt sind. Die Forderung geht nach „Schaffung einer Gemeindeeinkommensteuer unter Außerhebungsetzung des jetzigen Gemeindeanteils an der Reichseinkommensteuer und die organische Verbindung dieses selbständigen gemeindlichen Besteuerungsrechts mit den Realsteuern, um so auf der Einnahmeseite die Beweglichkeit und Verantwortlichkeit im Gemeindehaushalt wieder herzustellen." [1])

Unbedingt notwendig aber ist, daß mit dieser Neuregelung des Steuersystems auch eine Neuverteilung der Aufgaben und damit der finanziellen Lasten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden verbunden wird. Daß insbesondere die Frage der Wohlfahrtserwerbslosen in zufriedenstellender Weise gelöst wird. Alsdann ist es auch möglich, daß die Verwaltung der Unternehmungen der Städte wieder allein durch kaufmännische Momente bestimmt wird, daß die Ablieferungen an die Stadtkasse ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht schädigen. Dann können die Unternehmungen auch wieder ihrem ursprünglichen Ziel nachkommen, als Musterbetriebe die Bevölkerung der Stadt zu billigen Tarifen mit Gas, Wasser und elektrischem Strom zu versorgen. Zugleich erfüllen sie damit eine volkswirtschaftlich wichtige Aufgabe und können so auf ihre Weise zu einer wirtschaftlichen Gesundung unseres deutschen Vaterlandes beitragen.

---

1) Der Städtetag, Dr. Mulert: Krise der Selbstverwaltung? 24. Jahrg. Nr. 12, S. 575.

Literaturverzeichnis.

Handbuch der Finanzwissenschaft:
Bleicher: Kommunale Finanzwirtschaftslehre.
Amonn: Privatwirtschaftliche Einnahmen.

Handwörterbuch der Rechtswissenschaft:
Stier-Somlo: Erwerbslosenfürsorge.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl.
3. Bd. Popitz: Einkommensteuer.
Schmidt: Elektrizitätsindustrie und Elektrizitätswirtschaft.
4. Bd. Eheberg: Gemeindefinanzen.
Schmelcher: Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen.
7. Bd. Fischer: Schlachthäuser.
3. Bd. Popitz: Finanzausgleich.

Lehrbuch der Wohlfahrtspflege:
Prochownik: Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.
Satistisches Jahrbuch Deutscher Städte, Bd. 1—25.

Hensel: Kommunalrecht und Komunalpolitik in Deutschland, Breslau 1928.
Jellinek: Verwaltungsrecht, Berlin 1929 (§ 20: Die Polizei).
Köttgen: Öffentliche Hand und öffentliches Recht, Tübingen 1928.
Lindemann: Öffentlich-rechtliche Wirtschaft im Rahmen der Gesamtwirtschaft Deutschlands, Berlin.
Lindemann: Die deutsche Städteverwaltung, Stuttgart 1906.
Lindemann: Die städtische Regie, Berlin 1907.
Ludewig: Die Regiebetriebe der Gemeinden, Berlin 1927.
Majerczik: Kommunale gewerbliche Unternehmungen als Kampfmittel gegen die finanzielle Notlage der Städte, Berlin 1919.
Meesmann: Grundfragen der Wirtschaft, Mainz 1928.
Mittelstaedt-Schrader: Das städtische Haushaltswesen nach Form und Inhalt, Berlin-Friedenau 1928.
Mitzlaff-Stein: Die Zukunftsaufgaben der deutschen Städte, Berlin-Friedenau 1925.
Most: Die deutsche Stadt und ihre Verwaltung, Berlin 1926.
Niebuhr: Öffentliche Unternehmungen und Privatwirtschaft, Leipzig 1928.
Die Regiebetriebe der Gemeinden im Urteil führender Kommunalpolitiker und leitender Fachmänner, Berlin 1927.
Die Regiebetriebe der Gemeinden. Die Kritik einer Kritik. Berlin 1928.
Schumpeter: Das deutsche Finanzproblem, Berlin 1928.
Städte, Staat, Wirtschaft, Denkschrift des Deutschen Städtetages, Berlin 1926.
Sternberg-Rasch: Die Bedeutung der Kommunen als Arbeitgeber und ihre besonderen Probleme, Berlin 1928.
Wissel: Kritik und Aufbau, 1921.

Der Arbeitgeber:
15. Jg. Nr. 12, 16.
17. „ „ 24.
18. „ „ 14.
19. „ „ 21, 22.

Archiv f. Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 61. Jg. Bd. 2.

Die Bank: 23. Jg. Nr. 4, 12.

Bankarchiv:
26. Jg. Nr. 4.
27. „ „ 11.
28. „ „ 6, 13, 14, 16.
29. „ „ 12, 15.

Berliner Wirtschaftsberichte: 5. Jg. Nr. 24.

Deutsche Gemeindezeitung:
65. Jg. Nr. 4, 10, 20, 21, 22, 32, 40, 49, 50, 51.
66. „ „ 8, 9, 27.
67. „ „ 6, 40, 41.

Der deutsche Volkswirt:
2. Jg. Nr. 2.
4. „ „ 15, 28.
5. „ „ 5.

Deutsche Wirtschaftszeitung:
23. Jg. Nr. 35, 36, 37, 45, 48.
24. „ „ 12, 41.
25. „ „ 29, 31, 36, 40, 50.
26. „ „ 7, 12, 13.

Die Gemeinde (Berlin):
2. Jg. Nr. 2, 7, 9, 11, 14, 18, 21, 22.
3. „ „ 2, 3, 5, 9.
4. „ „ 2, 3, 7, 15, 19, 22, 23.
5. „ „ 1, 2, 10, 24.
6. „ „ 6, 19—24.
7. „ „ 1—22.

Die Gemeinwirtschaft:
6. Jg. Nr. 7.
7. „ „ 9, 12.

Gewerkschaftszeitung: 36. Jahrg. Nr. 3, 51.

Kommunalpolitische Blätter: 17. Jg. Nr. 22.

Magazin der Wirtschaft: 6. Jg. Nr. 3.

Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Berlin:
24. Jg. Nr. 8, 9, 10.
25. „ „ 5.

Mitteldeutsche Handelsrundschau, 23. Jg. Nr. 23, 24.

Nationalwirtschaft:
1. Jg. Nr. 2.
2. „ „ 1.

Preußisches Verwaltungsblatt: Bd. 48 Nr. 22.

Reichsverwaltungsblatt und Preußisches Verwaltungsblatt: Bd. 49 Nr. 62.

Reichszentrale für Heimatsdienst: Finanz- und Wirtschaftspolitik der Gegenwart, Berlin 1928.

Ruhr- und Rhein-Wirtschaftszeitung:
9. Jg. Nr. 20, 27, 32, 33.
10. „ „ 10, 20, 22, 44.
11. „ „ 14.

Rundschau für Kommunalbeamten:
32. Jg. Nr. 28.
33. „ „ 1.

Soziale Kultur: 48. Jg. Heft 4/5.

Sparkasse: 47. Jg. Nr. 12.

Der Städtetag:
21. Jg. Nr. 11.
22. „ „ 4, 10.
24. „ „ 1, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12.
25. „ „ 2, 3, 5.

Steuer und Wirtschaft: Heft 4 (April 1930).

Technik und Kultur: 18. Jg. Nr. 2.

Westdeutsche Wirtschaftszeitung:
5. Jg. Nr. 14.
7. „ „ 29.

Wirtschaftliche Nachrichten für Rhein und Ruhr: 8, Jg. Nr. 42.

Wirtschaftsdienst:
12. Jg. Nr. 31.
14. „ „ 14, 46.
15. „ „ 37.

Wirtschaft und Recht: 4. Jg. 2/3, 5/6, 8/9.

Zeitschrift für Kommunalwirtschaft:
15. Jg. Nr. 10, 12, 14, 16, 17, 18, 21, 23, 24.
16. „ „ 1, 3, 5, 20, 21.
17. „ „ 5, 7, 13.
18. „ „ 1, 10, 11, 13, 18.
19. „ „ 1, 7, 8. 10, 14, 15, 18, 19.

Zeitschrift für Selbstverwaltung, 9. Jg. Nr. 12, 13, 14, 15.

Bonner Generalanzeiger.

Bonner Zeitung.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Kölnische Zeitung.

Rheinisch-Westfälische Zeitung.

Rostocker Anzeiger.

Kommune und Wirtschaft. Sondergabe der Kölnischen Zeitung. (Köln 1929).

Zehn Jahre Friedenswirtschaft. Sondergabe der Rhein.-Westf. Zeitung. Essen 1929.

Mitteldeutschland. Das neue Wirtschaftszentrum, herausgegeben von Prof. Dr. Hoffmann, Berlin, 1928.

Lebenslauf.

Ich, Max Martin Otto Heinrich Blume, wurde am 7. April 1906 als Sohn des kgl. pr. Bergwerksdirektor Blume zu Saarbrücken geboren. In Bonn, wohin meine Mutter nach dem Tode meines Vaters zog, besuchte ich das Gymnasium und bestand 1924 mein Abiturientenexamen. Hierauf studierte ich in Bonn und München Volkswirtschaftslehre und bestand am 19. Dezember 1928 mein Diplomexamen. Seit dem Sommersemester 1929 studiere ich in Rostock. Von Mai bis November 1930 war ich bei der Stadtverwaltung der Seestadt Rostock informatorisch beschäftigt.